

## **1. „Im Westen nicht Neues?“ – Deutschland und seine Streitkräfte im Umbruch**

### **1.1. Betrachtung des Wandels**

Im folgenden wird versucht, sich dem Begriff des „Wandels“ zu nähern, dem die deutsche Sicherheitspolitik und die Bundeswehr seit der politischen Wende von 1989/90 ausgesetzt sind. Um einen Wandel zu beschreiben, ist es erforderlich, sich mit dem auseinanderzusetzen, was vorher und was nachher war. Nur in dieser Synopse wird Wandel deutlich. Nach einer einleitenden Auseinandersetzung mit dem Phänomen des gesellschaftlichen Wandels und der Frage, ob und wie Militär davon erfaßt wird (1.2.), soll anschließend der Blick auf die bereits in der Einleitung genannten Beobachtungsebenen gelenkt werden. Es wird zu untersuchen sein, wie sich der globale Umbruch auf der Ebene der Gesellschaft, der Nation ausgewirkt hat und noch auswirkt (1.3.). Im Anschluß daran gerät die Organisation Streitkräfte in den Blickpunkt. Hier werden die verschiedenen Dimensionen zu untersuchen sein, die den Wandel erkennbar werden lassen (1.4.). Zuletzt und am ausführlichsten widmet sich die Arbeit dem Individuum, dem in den Streitkräften dienenden Soldaten und seiner gewandelten Berufssituation (1.5.).

Obwohl Phänomene wie beispielsweise der noch zu untersuchende Wandel global zu beobachten sind, bzw. globale Ursachen haben, kann eine globale Analyse im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Inhaltlich bleibt das erste Kapitel daher auf die Situation Deutschlands und der Bundeswehr beschränkt, aus der deutschen Perspektive werden dann im Fortgang der Arbeit im Rahmen gezielter Fragen die Verhältnisse in den USA in den Blick genommen.

### **1.2. Die Bundeswehr im „Wertespagat“**

An dieser Stelle soll nicht eine Analyse des Wertewandels vorgenommen werden, es soll auch nicht eine diesbezügliche Ursachenforschung betrieben werden. Beides würde vom Umfang her eigene Arbeiten rechtfertigen, zudem gibt es unzählige Publikationen zu beiden Themen. Auch zum Thema Wertewandel und Militär liegen zahlreiche Veröffentlichungen vor.<sup>1</sup> Hier soll es dezidiert um die Frage gehen, in welcher gesellschaftlichen Situation sich die

Bundeswehr derzeit befindet, und welche Auswirkungen dies auf die Bundeswehr hat. Die Beschreibung der gesellschaftlichen Situation stützt sich dabei nicht in erster Linie auf repräsentative empirische Daten, sondern will Trends aufzeigen, die in der Literatur zu finden sind.

Rohrmoser hält den Wertbegriff für einen außerordentlich problematischen, gar für so problematisch, daß er nur einer Wissenschaft zugesteht, eine klare Antwort zu geben, dies sei die Nationalökonomie. Sie sei der Ursprungsort des Wertbegriffes; der Wert eines Gutes ermittle sich aus dem Preis, den jemand zu zahlen bereit sei. Jenseits dieser Festlegung sei jeder Wert grundsätzlich bestreitbar. Werte seien einer rationalen Begründung entzogen, sie leuchteten einem ein oder nicht. Nach Nietzsche seien Werte nicht an sich gegeben, sondern würden gesetzt. Damit seien sie eine Folge menschlicher Subjektivität und Ursache von Meinungsverschiedenheiten.<sup>2</sup> „Wenn aber irgendwelche Werte gesetzt werden, so werden diese Werte prinzipiell anderen Werten entgegengesetzt. (...) Wer zur Wertebeschwörung und -durchsetzung aufruft, der ruft zum Wertekampf auf.“<sup>3</sup> Dies sei auch in der Diskussion über den Einsatz der Bundeswehr in Bosnien festzustellen. Dem Wert der Gewaltfreiheit werde hier der Wert der Solidarität gegenüber den Wehrlosen gegenübergestellt. Das führe dann sehr leicht zur Verunglimpfung der Bundeswehr, die für einen Pazifisten ein Unwert sei, weil sie für das Prinzip der Gewaltanwendung stehe. Das politische Ziel, das sich aus der Etikettierung der Bundeswehr als einer Institution der Gewaltanwendung ergäbe, wäre dann konsequenterweise ihre Abschaffung.<sup>4</sup> Rohrmoser identifiziert zwei große geschichtliche Zäsuren in Bezug auf den Wertewandel: Der erste große Wertewandel sei verbunden mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Der Wiederaufbau Deutschlands sei gelungen im Rückgriff auf Werthaltungen und Tugenden aus der deutschen Geschichte, die die nationalsozialistische Schreckensperiode überlebt hätten. Die zweite große Zäsur sei verbunden mit der studentischen Kulturrevolution der 68er Jahre. Deren Ziel sei es gewesen, die tragenden Werte der bürgerlichen Gesellschaft durch andere, neue Werte zu ersetzen. Übergreifendes Ziel sei die geistige und kulturelle Vernichtung des Konservatismus gewesen. Das Ergebnis dieser Kulturrevolution sei heute noch sichtbar, beispielsweise am „Soldaten-sind-Mörder“-Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> Beispielsweise Lippert 1992a; Kuhlmann, Lippert 1993; Seifert 1993; Kohr 1996 oder Prüfert (Hrsg.) 1998

<sup>2</sup> Vgl. Rohrmoser 1995: 26 f.

<sup>3</sup> Ders.: 27.

<sup>4</sup> Ders.: ebd.

<sup>5</sup> Nach jahrelangem Rechtsstreit auf verschiedenen juristischen Instanzenebenen, ausgelöst durch eine Beleidigungsklage, entschied das Bundesverfassungsgericht im Oktober 1995, daß es durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sei, den Satz „Soldaten sind Mörder“ öffentlich zu äußern, wenn deutlich sei,

Lippert beschreibt anhand einiger Indikatoren den gegenwärtigen sozialen Wandel:<sup>6</sup>

- Von den rund 5900 wachen Stunden des Jahres wurden im Jahre 1950 durchschnittlich rund 2700 mit der Berufsarbeit, annähernd 1600 Stunden mit Freizeit verbracht. Im Jahre 1990 hatte sich die Rangfolge zwischen Arbeit und Freizeit umgekehrt. Letztere hatte sich auf 2100 Stunden ausgedehnt, durchschnittlich 2000 Stunden wurden mit Arbeit verbracht.
- 1982 hatten in der Altersgruppe der 20- bis 25jährigen 58 % einen Volks- oder Hauptschulabschluß; 11,5 % hatten die Fachhochschul- oder Hochschulreife. 1987 hatte sich der Anteil der Hauptschulabgänger in derselben Altersgruppe auf 48 % verringert, der der Abiturienten auf 16 % erhöht. Im Jahre 1950 lag der Prozentsatz der Hauptschulabgänger noch bei über 90 %.
- Der Prozentsatz der Studenten an der gleichaltrigen Bevölkerung betrug 1970 noch 9,5 %. 1980 waren es schon 15,9 %, 1987 waren es 19,1 %. Die absolute Zahl der Studierenden hatte sich zwischen 1970 und 1987 verdreifacht. 1990 gab es in Deutschland erstmalig mehr Studenten als Auszubildende
- Es gibt einen Trend zur Kleinfamilie. Im Jahre 1900 hatten 78 % der Ehepaare zwei oder mehr Kinder, 9 % waren kinderlos. 1974 hatten 19 % keine Kinder, 52 % hatten zwei oder mehr Kinder. Gegenwärtig umfassen rund zwei Drittel aller Haushalte nur eine oder zwei Personen.

Lippert leitet aus dem Anstieg des formalen Bildungsniveaus eine Steigerung des Selbstbewußtseins der Betroffenen ab, ablesbar an dem Wunsch nach einer anspruchsvolleren Berufstätigkeit planender, steuernder oder organisierender Art („white-collar-job“), die auch besser entlohnt wird. Selbstbestimmung, Eigenständigkeit und Selbstverwirklichung werden zunehmend wichtig, gemeinschaftsbezogene Werte stoßen auf Unverständnis. Betroffen davon sind Partnerschaftsbeziehungen oder auch die Bereitschaft, sich in soziale Strukturen (z.B. Familie, Vereine, Militär) einzufügen. Die relative Zunahme der Freizeit an den „wachen“ Stunden des Lebens führt dazu, daß man sich nicht mehr in erster Linie mit einer Berufszugehörigkeit identifiziert, sondern mit einer an Genuß und Sinnenfreude orientierten

---

daß es sich um ein Zitat Kurt Tucholskys handele. Obwohl es sich hierbei um ein formaljuristisch korrektes Urteil handelte, zeigte sich doch seine Praxisferne in der dem Urteil folgenden Zunahme von Verunglimpfungen von Angehörigen der Bundeswehr. Das Urteil zog eine große Welle der Empörung von Verfassungsjuristen, Politikern und Angehörigen des Militärs nach sich.

<sup>6</sup> Vgl. Lippert 1992a: 207 ff.

Freizeit. Die geringer werdende Kinderzahl, auch die Zunahme von Kindern aus Einkindehen oder defekten Familien führt dazu, daß ein Großteil der Kinder in einer erwachsenen-zentrierten Welt aufwächst. Vergleichsweise seltene Kontakte mit anderen Kindern, eine wenig kinderfreundliche Umwelt und die permanente Zuwendung seitens Erwachsener führen zu einer wachsenden Individualisierung zunächst der Kinder und allmählich der ganzen Gesellschaft.<sup>7</sup>

Die dargestellten Tendenzen haben natürlich auch Auswirkungen auf das gesellschaftliche Subsystem Bundeswehr. Die Nachwuchsgewinnung aus einem Pool freizeitorientierter Individualisten verspricht innerbetriebliche Probleme größeren Ausmaßes. Sehr deutlich wird diese Prognose auch bei den Ergebnissen einer Untersuchung von Hillmann.

Hillmann kommt im Rahmen seiner gegenwartsbezogenen Wertewandels-Analyse zu einer Gegenüberstellung von Auf- und Abwertungen, die hier auszugsweise und tabellarisch wiedergegeben werden soll.<sup>8</sup>

|   | <b>Abwertungen</b>   | <b>Aufwertungen</b>   |
|---|--|---|
| <b>1. Religion und Religiosität</b>     | Jenseitsorientierte Religionen, Gottesfurcht, religiöse Bindung, Kirchentreue, Frömmigkeit   | Diesseitsorientierung, „ökologische“ Religiosität ohne Gott, entinstitutionalisierte Religiosität   |
| <b>2. Natur und Leben</b>               | Ausbeutung der Natur, Umweltbelastung, Rohstoffvergeudung  | Leben als höchster Wert, Achtung vor der Natur, Umweltschutz, Recycling   |
| <b>3. Technik und Wirtschaft</b>        | Quantitatives Wirtschaftswachstum, Gewinnprinzip, Leistungsprinzip, Großtechnologie, technokratische Rationalität  | Lebensqualität, Gemeinnutzprinzip, Humanprinzip, sanfte Technologie, ökologische Rationalität   |
| <b>4. Arbeit und Beruf</b>              | Bürgerliche Arbeits- und Leistungsethik, Eigenwert der Arbeit, Berufsidentifikation, rigide Arbeitsverhältnisse, Fremdbestimmung der Arbeit, Risikobereitschaft, Tugenden der bürgerlich-asketischen Leistungsethik wie Selbstdisziplin, Ehrgeiz, Fleiß, Effizienz, Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit, Genauigkeit, Zuverlässigkeit | Aufwertungen: Freizeit, Arbeit ist notwendig zum Geldverdienen, Jobauffassung, individuelle Freiheit, Autonomie und Persönlichkeitsentfaltung, Lebensgenuß, Bequemlichkeit, Schonung, Mitbestimmung, gesicherter Lebensstandard |
| <b>5. Konsum</b>                        | Verschwendung, statusorientierter Konsum   | Ökologisch verantwortungsbewußter Konsum, vernünftiger Umgang mit Geld  |
| <b>6. Staat, Herrschaft und Politik</b> | Machtmißbrauch, Willkür, Obrigkeit, Gleichschaltung, Fremdsteuerung, Patriotismus, nationale Stärke, militärische Stärke, Gewalt, offensive Verteidigung, Loyalität, Pflichterfüllung, Opferbereitschaft, Autorität, Hierarchie, Unterordnung, Befehl und Gehorsam, Disziplin  | Freiheit, Pluralismus, Individualismus, Selbstbestimmung, kosmopolitische Orientierung, Abrüstung, Gewaltverzicht, soziale Verteidigung, individuelle Persönlichkeitsentfaltung, antiautoritäre Werte                           |

Abb. 1: Umwertungstendenzen nach Hillmann

<sup>7</sup> Vgl. ders. ebd.

Hillmann betont, daß dieses Schema nicht im Sinne eines Entweder-Oder verstanden werden dürfe. Manche Umwertungstendenzen ließen sich als große Pendelausschläge darstellen, andere treten nur als langsam ablaufende geringfügige Schwerpunktverlagerungen in Erscheinung.<sup>9</sup>

Auch wenn durch diese Auflistung nur eine Tendenz ausgedrückt werden kann, so ist doch die Betroffenheit des Militärs offensichtlich. Insbesondere die Abwertungen in den Bereichen *Arbeit und Beruf* sowie *Staat, Herrschaft und Politik* lesen sich nahezu wie die Aufzählung eines traditionellen militärischen Tugendkatalogs (Disziplin, Ordnung, Zuverlässigkeit, Patriotismus u.a.). Auch wird die von den Befragten aufgewertete „sanfte Technologie“ im militärischen Milieu angesichts von Fregatten, Bombern und Panzerhaubitzen nur schwer auszumachen sein. In Zukunft wird es somit für das Militär, auch für die Bundeswehr darauf ankommen, auch die aufgewerteten Parameter systemintern erkennbar und erfahrbar zu machen, will sie nicht ins gesellschaftliche Abseits geraten. Auf den ersten Blick scheint dies nahezu ausgeschlossen, so spricht Lippert auch von der „Bundeswehr im Wertespagat“ und vom „Dilemma einer Armee, deren Tugenden in der Gesellschaft nicht mehr gefragt sind“.<sup>10</sup>

Klages kennzeichnet einen seit den 60er Jahren in Deutschland stattfindenden Wertewandel, in dessen Verlauf „individualistische Selbstentfaltungswerte“ zunehmen und „Pflicht- und Akzeptanzwerte“ abnehmen.<sup>11</sup> Seit den 80er Jahren habe sich vor allem bei jungen Menschen eine Wertkonstellation entwickelt, die er als „hedonistischen Materialismus“ bezeichnet. Hiermit sei die Neigung verbunden, „den leichten Weg zu gehen, sich nicht groß zu engagieren, die schönen Seiten des Lebens mitzunehmen, sich auszuleben.“<sup>12</sup> Einer weitaus größeren Gruppe hingegen bescheinigt er „aktiven Realismus“. Hierunter versteht er zwar auch eine Form der Selbstverwirklichung, aber verbunden mit der Bereitschaft, sich in Institutionen und Organisationen der Gesellschaft einzubringen, produktive Rollen zu übernehmen, die Selbständigkeit und Eigenverantwortung ermöglichen.<sup>13</sup> Klages plädiert dafür, dieses positive Potential des Wertewandels zu nutzen. Hier läge wohl auch der Ansatz für eine größere „Kundenfreundlichkeit“ der Bundeswehr, die sich, wie andere Arbeitgeber

---

<sup>8</sup> Vgl. Hillmann 1989: 177 ff.

<sup>9</sup> Vgl. ders.: 187.

<sup>10</sup> Lippert 1992a: 206; auch der amerikanische Militärsoziologe Huntington kommt schon 1977 zu dem Schluß, daß sich in Bezug auf das jeweilige Wertesystem Militär und Gesellschaft zwar unterscheiden, aber nicht zu weit voneinander entfernen dürfen: „In the end, the dilemma of military institutions in liberal society can only be resolved satisfactorily by a military establishment that is different from but not distant from the society it serves.“, Huntington 1977: 27.

<sup>11</sup> Vgl. Klages 1996: 46.

<sup>12</sup> Ders.: ebd.

<sup>13</sup> Ders.: ebd.

auch, in einer Wettbewerbssituation wiederfindet. Es kann wohl unter keinen denkbaren Verhältnissen ihr Anliegen sein, in ihren Reihen den „hedonistischen Materialismus“ zu fördern, aber sie kann durchaus die „aktiven Realisten“ einbinden. Zu einem ähnlichen Schluß kommt auch Lippert, wenn er fordert, „dort, wo der Dienstbetrieb dies zuläßt, Verhaltensweisen an den Tag zu legen, die dem Wertewandel entgegenkommen, die also der (...) Entfaltung ihrer Persönlichkeit [der militärischen Untergebenen] dienen, zumindest ihr nicht im Wege stehen.“<sup>14</sup>

Nach der einleitenden Auseinandersetzung mit dem sozialen Wandel und dessen Auswirkungen auf die Bundeswehr, soll nun nach den Auswirkungen des politischen Wandels gefragt werden, der die Ausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik und somit auch Auftrag und Struktur der Bundeswehr nachhaltig geprägt hat und immer noch prägt.

### **1.3. Deutschland: Vom „Kalten Krieg“ zur „Neuen Weltordnung“**

#### **1.3.1. Deutschland im „Kalten Krieg“**

„Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte einen tiefen Einschnitt in die Weltgeschichte. Es begann nicht nur das Atomzeitalter, sondern auch der Ost-West-Konflikt, der für Jahrzehnte die Weltpolitik bestimmen sollte. (...) Die Bundesrepublik Deutschland ist (1949) in dieser Konstellation entstanden.“<sup>15</sup> Der „Kalte Krieg“ zwischen NATO und Warschauer Vertrag prägte die internationale Politik von 1947 bis 1990. Die alliierten Partner Sowjetunion, Großbritannien und die USA waren sich während des Zweiten Weltkrieges über das Hauptkriegsziel, die Zerschlagung des nationalsozialistischen Deutschlands einig. Bereits auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam 1945 wurden jedoch schwere Differenzen deutlich, ab 1947 ging es schließlich um die Abgrenzung geostrategischer Einflusssphären.<sup>16</sup> Der

---

<sup>14</sup> Lippert 1992a: 210.

<sup>15</sup> Brill 1999: 413.

<sup>16</sup> Vgl. Ihme-Tuchel 1997: 56 f.; Brill definiert den Begriff der „Geostrategie“ so: „Grundbegriffe der Geostrategie sind der Raum, die Lage und die militärischen Kräfte. Damit ist insbesondere die geopolitische bzw. geostrategische Lage in der konkreten Raum-Mächte-Konstellation angesprochen. Darunter versteht man die zu einem bestimmten Zeitpunkt festgelegte Fixierung der Mächte (Staaten) auf bestimmte Erdräume sowie die sich hieraus ergebende Lage der Mächte zueinander. Die globale wie regionale Raum-Mächte-Konstellation ist durch Expansion oder Zerfall von Staaten und Bündnissen einer ständigen Veränderung unterworfen. Dabei verändert sich die geostrategische Lage der Staaten (z.B. durch Bündnisse, Wechsel der Freund-Feind-Staaten) schneller als die Raum-Mächte-Konstellation. Deutschlands neue geopolitische und geostrategische Lage seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland (1990) ist ein Beispiel dafür.“, Brill 1999: 413.

Begriff des „Kalten Krieges“ stammt vom amerikanischen Präsidentenberater Bernard M. Baruch, der den Begriff 1947 zum ersten Mal öffentlich gebrauchte: „Russia is waging a cold war against us.“<sup>17</sup> Zunächst wurde mit dem Begriff die Haltung der Sowjetunion gegenüber den USA bezeichnet, erst später wurde er zur Kennzeichnung einer Epoche der Beziehungen zwischen den Supermächten. Die Phase des „Kalten Krieges“ hatte einige Höhepunkte zu verzeichnen, während derer der Krieg auch heiß zu werden drohte. Als wichtigste sind zu nennen: der Korea-Krieg (1950), die Berlin-Krisen von 1948/49 sowie von 1961 (Bau der Mauer) sowie vor allem die Kuba-Krise 1962.<sup>18</sup> Es stellte sich heraus, daß Deutschland zu einem wichtigen Schauplatz des „Kalten Krieges“ wurde, nachdem auf der Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister vom 10. März bis zum 24. April 1947 das Scheitern der gemeinsamen Deutschlandpolitik der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs offenkundig geworden war. Der amerikanische Präsident Truman gab am 12. März 1947 eine grundsätzliche Erklärung über die finanzielle Hilfe und den militärischen Schutz gegenüber den Ländern ab, die von der Sowjetunion in irgendeiner Form bedroht wurden. Diese Erklärung wurde später als „Truman-Doktrin“ bekannt.<sup>19</sup>

Im Juni 1947 verkündete der amerikanische Außenminister James Marshall die Grundzüge eines wirtschaftlichen Hilfsprogrammes für das kriegszerstörte Europa, das offiziell „European-Recovery-Program“ hieß, aber unter der Verknüpfung mit seinem Namen als „Marshall-Plan“ populär wurde. Noch im Sommer 1947 hatten auch die UdSSR, Polen und die Tschechoslowakei Interesse an einer wirtschaftlichen Aufbauhilfe signalisiert, aber im Herbst des Jahres kam es auch hier zu einer Wende. Die sowjetische Führung interpretierte den Marshall-Plan als einen Versuch der Einflußgewinnung auf die sozialistischen Staaten Europas. Im Juli 1947 in Paris verließ der russische Außenminister Molotow die Verhandlungen über eine mögliche Annahme des Marshall-Planes und lehnte weitere Verhandlungen ab.<sup>20</sup>

Die Außenministerkonferenz im November und Dezember 1947 in London, auf der über Deutschland beraten wurde, wurde ergebnislos abgebrochen. Die Unstimmigkeiten zwischen der UdSSR und den westlichen Staaten über die Einheit Deutschlands, die Reparationen, den Marshall-Plan und die Gesamtorientierung Deutschlands waren zu groß geworden. Die Bemühungen um eine gemeinsame Deutschlandpolitik waren endgültig gescheitert. Die

---

<sup>17</sup> Zit. nach Ihme-Tuchel 1997: 58.

<sup>18</sup> Vgl. Ihme-Tuchel 1997: 58 f.

<sup>19</sup> Vgl. dies.: 59.

<sup>20</sup> Vgl. dies.: 59 ff.

wachsende Polarisierung, das Scheitern der Verhandlungen und das stärker werdende gegenseitige Mißtrauen führten zur Bildung von Bündnissen und Blöcken, die die Weltpolitik der nächsten Jahrzehnte bestimmen sollten. Im April 1949 wurde der Nordatlantikpakt (NATO) gegründet, ebenso der Staat Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der westlichen Besatzungszonen. Auf östlicher Seite entstanden der Warschauer Vertrag sowie im Oktober 1949 die DDR.<sup>21</sup>

In der deutschen Hauptstadt Berlin spitzte sich die Situation zu. Nach der Währungsreform und der Einführung der D-Mark im Westteil Berlins, sperrte die Sowjetunion die Landverbindungen zwischen Berlin und den westlichen Besatzungszonen. Mit dieser Maßnahme wollte die sowjetische Führung die Gründung eines westdeutschen Teilstaates verhindern. Die Westalliierten versorgten den Westteil Berlins mit einer Luftbrücke, Berlin wurde zum Symbol des Widerstands gegen den sowjetischen Hegemonialanspruch. Die Luftbrücke wurde bis zum Mai 1949 aufrechterhalten, bis die sowjetische Blockade beendet wurde. Danach blieb die Stadt Berlin, eingeteilt in Sektoren, unter Vier-Mächte-Verantwortung.<sup>22</sup>

Die Niederschlagung des Volksaufstandes 1953 sowie der Bau der Berliner Mauer im August 1961 stellten weitere Höhepunkte der weltpolitischen Auseinandersetzung in Deutschland dar. Als „antikapitalistischer Schutzwall“ Ostberlins gegen den „imperialistischen Westen“ gebaut, starben zwischen August 1961 und November 1989, dem Fall der Mauer, über 100 Menschen bei dem Versuch, aus dem Ostteil Berlins in den Westen zu gelangen.

Wie gestaltete sich die geostrategische Lage der Bundesrepublik Deutschland während des Ost-West-Konfliktes? Die Bundesrepublik war „Frontstaat“ an der Grenze zum Gebiet des Warschauer Vertrages. Die strategischen Parameter, die die Situation der Bundesrepublik bestimmten, müssen Europa-weit betrachtet werden. 1949 standen sich in Europa 14 westliche und rund 200 sowjetische Divisionen gegenüber. Das militärische Gleichgewicht in diesen ersten Jahren des „Kalten Krieges“ beruhte auf dem Atomwaffenmonopol der USA. Ab 1950 verfügte auch die Sowjetunion über Atomwaffen und arbeitete daran, ihren Bestand zu erweitern. Die NATO begann mit dem Ausbau ihrer konventionellen (= nichtatomaren) Streitkräfte, um das bestehende Ungleichgewicht abzubauen. Die weiterhin bestehende konventionelle Unterlegenheit der NATO sowie ihre eindeutige nukleare Überlegenheit führten Anfang der 50er Jahre zur Entwicklung der Strategie der „massiven Vergeltung“

---

<sup>21</sup> Vgl. dies.: 62.

<sup>22</sup> Vgl. dies.: 62 f.



(*massive retaliation*). Der einfache Grundgedanke dieser Verteidigungsdoktrin bestand darin, daß relativ schwache konventionelle Streitkräfte im Rahmen einer durchgehenden Verteidigungsfront von Norwegen bis zur Türkei die Aufgabe hatten, im Falle eines Angriffes die rückwärtigen Nuklearpotentiale zu schützen. Darauf sollten dann die strategischen Nuklearstreitkräfte der USA und Großbritanniens einen vernichtenden Gegenschlag führen. Diese Strategie konnte so lange als wirksam gelten, wie amerikanische Atomwaffen die Sowjetunion, umgekehrt aber sowjetische Atomwaffen nicht die USA erreichen konnten. Dies änderte sich zu Beginn der 60er Jahre. Die Strategie der „massiven Vergeltung“ zeigte ihre Schwächen im Zuge der Blockade Berlins sowie der Kuba-Krise 1962. Keine dieser Situationen hätte den Einsatz von Nuklearwaffen gerechtfertigt, somit wäre eine Androhung ihres Einsatzes unglaubwürdig gewesen.<sup>23</sup>

Im Dezember 1967 wurde die Strategie der „massiven Vergeltung“ abgelöst von der Strategie der „angemessenen Reaktion“ (*flexible response*). Im Gegensatz zur alten Strategie beinhaltete die „angemessene Reaktion“ keinen nuklearen Automatismus; die politische Führung behielt die Möglichkeit, verschiedene Maßnahmen zu ergreifen und ließ den potentiellen Angreifer im Unklaren darüber. Zweck war es in jedem Fall, den potentiellen Angreifer vom Verteidigungswillen des Bündnisses zu überzeugen und zur Einsicht zu bringen, daß er sein eigenes Risiko in existenzbedrohender Weise unterschätzt hat.<sup>24</sup>

Aus deutscher Sicht war es wichtig, die Verteidigung unmittelbar an der Grenze aufzunehmen, die mangelnde Tiefe des Raumes verbot ein freies Operieren der Kräfte. Von besonderer Wichtigkeit waren daher die Prinzipien der *Vorneverteidigung*<sup>25</sup> und der Schadensminimierung<sup>26</sup>. Im Falle eines Krieges kam es darauf an, den Angreifer grenznah aufzufangen, das bis dahin an den Angreifer verlorene Territorium zurückzugewinnen und so schnell wie möglich unter politisch annehmbaren Bedingungen den Vorkriegszustand wiederherzustellen.<sup>27</sup>

---

<sup>23</sup> Vgl. Scheven, Schmidt-Petri 1987: 76.

<sup>24</sup> Die Strategie der „angemessenen Reaktion“ kannte verschiedene Reaktionsarten: Die *Direktverteidigung*, die *vorbعدachte Eskalation* und die *allgemeine nukleare Reaktion*. Als Mittel zur Reaktion standen zur Verfügung: konventionelle Streitkräfte, taktisch-nukleare Kurz- und Mittelstreckensysteme sowie interkontinental-strategische Nuklearwaffen (sog. *NATO-Triade*), vgl. dies.: ebd.

<sup>25</sup> Die *Vorneverteidigung* verlangte die Fähigkeit der Streitkräfte, unverzüglich und grenznah zu reagieren. Ein Kampf sollte möglichst auf dem Territorium des Gegners ausgetragen werden.

<sup>26</sup> Das Prinzip der Schadensminimierung galt, da man sich angesichts der nicht vorhandenen Tiefe des Raumes und der dichten Besiedelung der Bundesrepublik nicht auf einen hin- und herwogenden Schlagabtausch, schon gar nicht mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen einlassen konnte, vgl. Frank 1999: 403.

<sup>27</sup> Vgl. Scheven, Schmidt-Petri 1987: 78.

Die besondere Situation Deutschlands als „Frontstaat“ war dadurch gekennzeichnet, daß das, was es zu schützen galt, vollständig vernichtet werden konnte. Im Falle eines erneuten globalen Krieges wäre Deutschland zum Haupt-Schlachtfeld geworden. Eine weitere Besonderheit lag natürlich darin begründet, daß sich auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ Deutsche befanden, die möglicherweise gegeneinander hätten kämpfen müssen. Aus heutiger Perspektive, mehr als zwölf Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, erscheint diese Konstellation als nahezu grotesk und besonders tragisch.

### **1.3.2. Deutschland nach dem Herbst 1989**

#### **1.3.2.1. Der Weg zur Deutschen Einheit**

Fragt man nach den Auswirkungen des globalen Wandels in Bezug auf die Ebene der Nation, so muß man konstatieren, daß Deutschland von den geschichtlichen Ereignissen sicher am meisten profitiert hat: die friedliche Vereinigung der beiden deutschen Staaten wurde möglich. Wie kam es dazu? Die Chronisten der Einheit Weidenfeld und Korte zeichnen die Schritte auf dem Weg zur Einheit nach und unterscheiden dabei den innenpolitischen Weg und den außenpolitischen Weg zur Einheit.

Zum innenpolitischen Weg: „Die Ursachen des Umbruchs in der DDR sind vielschichtig. Die Unzufriedenheit der Menschen mit den Auswirkungen des alltäglichen Sozialismus, die wirtschaftlich desolate Situation, der Protest gegen weitere Beschränkungen der Reisefreiheit und der Menschenrechte gehörten sicher zu den entscheidenden Auslösern des Umbruchs.“<sup>28</sup>

Als Ausgangspunkt dieses historischen Umbruchs, der nicht nur in die deutsche Einheit, sondern in einen globalen politischen Paradigmenwechsel mündete, kann sicherlich der Amtsantritt Michail Gorbatschows 1985 gesehen werden. Gorbatschow erkannte die vielfältigen Krisenerscheinungen, auf die sich die Sowjetunion zubewegte und leitete eine neue Reformpolitik ein, deren Schlagworte *Perestroika* (Umgestaltung) und *Glasnost* (Offenheit) auch im Westen publik und populär wurden. Ohne diese den ganzen Ostblock erfassende Reformpolitik wäre auch die Wende in Deutschland nicht möglich gewesen.

---

<sup>28</sup> Korte, Weidenfeld 1999: 198.

Als Katalysatoren der revolutionsähnlich verlaufenden Wende in der DDR haben die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze am 11. September 1989 und die Massenflucht von Tausenden von DDR-Bürgern gewirkt.<sup>29</sup> „Der Massenflucht folgte der Massenprotest: die Montagsdemonstrationen besonders in Leipzig, Dresden und Ost-Berlin. Mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989 war der Weg zur staatlichen Einheit unumkehrbar. (...) Es gab zwei Ziele innerhalb des Massenprotests, die phasenverschoben nacheinander folgten: Zunächst sollte das SED-Regime gestürzt werden (‘Wir sind das Volk!’); dann, als der Sog der Bundesrepublik sich vergrößerte und die Destabilisierung der DDR täglich zunahm, wurde daraus ‘Wir sind ein Volk!’.“<sup>30</sup>

Die in der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR vom 18. März 1990 gewählte Regierung unter der Führung von Lothar de Maizière hatte das Ziel, die Vereinigung auf der Grundlage des Art. 23 GG, der anderen Teilen Deutschlands den Beitritt ermöglichte, konkret vorzubereiten. Als Vorstufe zur Vereinigung trat am 1. Juli 1990 der Staatsvertrag in Kraft, der eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion schuf und die Voraussetzungen für die Übernahme des Prinzips der sozialen Marktwirtschaft darstellte. Am 23. August 1990 erklärte die Volkskammer der DDR ihren Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Art. 23 GG mit Wirkung zum 3. Oktober 1990. Ein eigener „Vertrag zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertrag“ vom 31. August 1990 regelte rechtliche Grundlagen wie die Inkraftsetzung des Grundgesetzes in der ehemaligen DDR sowie die Anwendung des Rechts der Bundesrepublik im Beitrittsgebiet.<sup>31</sup>

Zum außenpolitischen Weg: Die Vier Mächte, die bis zur Vollendung der Einheit noch Sonderrechte in Deutschland besaßen, mußten zu den Ereignissen vom 9. November 1989 Stellung beziehen. US-Außenminister Baker erklärte, die Deutschen hätten selbst über ihre Einheit zu entscheiden, doch NATO- und EG-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands seien unabdingbar.<sup>32</sup> Gorbatschow und der französische Staatspräsident Mitterrand trafen sich Anfang Dezember 1989 in Kiew und warnten vor deutschen Alleingängen in der Frage der

---

<sup>29</sup> Vgl. dies.: 198 f.

<sup>30</sup> Dies.: 199.

<sup>31</sup> Vgl. dies.: ebd.

<sup>32</sup> Die Frage nach der Bündniszugehörigkeit eines vereinten Deutschlands war – wie schon in den Anfangsjahren von Bundesrepublik und DDR – in den Jahren 1989/90 wieder eine der Kernfragen im Ringen um die deutsche Einheit. Auch innerhalb der Bundesrepublik wurde diese Frage kontrovers diskutiert; so sprach sich der frühere Bundeswehr-General Kießling 1989, noch vor dem Fall der Berliner Mauer, für eine deutsche Neutralität aus, vgl. Kießling 1989; Löhlein entwickelte 1990 Gedanken zu einem wiedervereinigten Deutschland, das vollständig in die NATO integriert sei und fragte nach den politischen und militärischen Implikationen, vgl. Löhlein 1990.

künftigen Beziehungen beider deutscher Staaten. Die Sowjetunion beharrte zunächst auf der Neutralität eines vereinten Deutschlands. Am 14. Februar 1990 kamen in Ottawa die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie der Vier Mächte zusammen und vereinbarten die Abhaltung von sog. „Zwei-plus-Vier“-Konferenzen, um Fragen der äußeren Aspekte der Einheit sowie die Sicherheit der Nachbarländer zu verhandeln. Bei einem Treffen am 5. Mai 1990 herrschte Einigkeit darüber, daß der Einigungsprozeß zügig auf den Weg zu bringen sei, die Frage der bündnispolitischen Einordnung blieb jedoch noch ohne Ergebnis. Weitere internationale Gespräche folgten, der entscheidende Durchbruch wurde schließlich bei dem Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Sowjetunion am 16. Juli 1990<sup>33</sup> erzielt: Deutschland sollte nach seiner Einigung die volle Souveränität erhalten und frei über seine Bündniszugehörigkeit entscheiden können. Da die Westmächte zuvor bereits ihre Zustimmung zur deutschen Einheit unter der Voraussetzung der NATO-Zugehörigkeit Deutschlands versichert hatten, war nun der außenpolitische Weg zur Einheit frei. Am 19. September 1990 unterzeichneten die sechs betreffenden Außenminister den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“, den sog. „Zwei-plus-Vier“-Vertrag, der am 3. Oktober 1990 in Kraft trat.<sup>34</sup>

Welche Auswirkungen hat die Erlangung der deutschen Einheit auf die geostrategische Lage der Bundesrepublik Deutschland und auf ihre sicherheitspolitischen Parameter?

### **1.3.2.2. Sicherheitspolitik unter neuen Vorzeichen**

Die Überwindung des Ost-West-Konfliktes sowie die aktuelle globale sicherheitspolitische Lage resultieren entscheidend aus der oben erwähnten Reformpolitik Michail Gorbatschows. Sie hatte auch tiefgreifende Umwälzungen in der Sowjetunion zur Folge, an deren Ende die Auflösung des Warschauer Vertrages und die Umwandlung der Sowjetunion in die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) standen.<sup>35</sup> Aus den ehemaligen Staaten der

---

<sup>33</sup> Außerdem wurde vereinbart: Der Abzug der ca. 340.000 sowjetischen Soldaten aus Ostdeutschland bis Ende 1994, die Reduzierung der Bundeswehr auf 370.000 Soldaten Friedensumfang während desselben Zeitraumes, sowie der Abschluß eines umfassenden Vertrages über die deutsch-sowjetischen Beziehungen, vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 13; die Kehrtwendung Gorbatschows während seiner privaten Unterredung mit Helmut Kohl wurde später als das „Wunder vom Kaukasus“ bezeichnet, vgl. Schütze 1991: 2.

<sup>34</sup> Vgl. Korte, Weidenfeld 1999: 199 f.

<sup>35</sup> Dieser Prozeß hatte z. T. massive Auseinandersetzungen zur Folge. Der Streit um die sog. „Schwarzmeerflotte“ zwischen Rußland und der Ukraine ist beigelegt, die Kaukasus-Region ist nach wie vor eine Krisenregion, die auch ein friedenspolitisches Engagement beispielsweise der OSZE erfordert; eine Beschreibung der Situation in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion findet sich bei Golczewski 1995.

Sowjetunion ging Rußland, global betrachtet, als zweitgrößte Macht neben den Vereinigten Staaten hervor.<sup>36</sup>

Dieser Prozeß machte auch die großen Erfolge in der Abrüstungspolitik zwischen Ost und West möglich. Schon seit den 60er Jahren waren im Zuge einer angestrebten Politik der Entspannung eine Reihe von internationalen Abkommen getroffen worden, wie z.B. Atomteststoppabkommen 1963, Weltraumvertrag 1967, Atomwaffensperrvertrag 1968 etc., die in erster Linie einer Verbreitung der Nuklearwaffen entgegenwirken sollten. In den siebziger Jahren setzten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion Obergrenzen für verschiedene Waffentypen durch. Der SALT 1-Vertrag von 1972 bezog sich auf die Waffensysteme der Kategorien ABM, SLBM und ICBM. SALT 2 aus dem Jahre 1979 behandelte die Interkontinentalraketen und die Anzahl der Sprengköpfe. SALT 2 wurde zwar eingehalten, aber wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan vom US-Kongreß nicht ratifiziert. Wirkliche Fortschritte wurden erst in der Ära Gorbatschow gemacht, so entstand 1987 der INF-Vertrag zum Abbau der Mittelstreckenraketen, und ab 1990 begann gemäß dem „Zwei-plus-Vier“-Vertrag der Abzug der sowjetischen Atomwaffen aus Mittel- und Osteuropa sowie der sog. „Westgruppen der Truppen“ der Sowjetunion. 1991 kam es zu den START-Verhandlungen, die eine weitere Reduzierung der strategischen Waffen zum Ziel hatten, und im selben Jahr kündigte der damalige US-Präsident George Bush den Abbau aller taktischen Atomwaffen an, Gorbatschow darüber hinaus deren Vernichtung. Nach der Ära der Präsidenten Clinton und Jelzin kann heute zum Zeitpunkt der Präsidentschaft des zweiten US-Präsidenten Bush sowie Präsident Putins in Rußland das Verhältnis zwischen Ost und West als nicht problemfrei, aber entspannt bezeichnet werden.<sup>37</sup>

Was bedeutet die aufgezeigte Entwicklung für die derzeitige sicherheitspolitische Lage der Bundesrepublik Deutschland? Zunächst ist festzuhalten, daß Deutschland zum ersten Mal in der Geschichte nur von Nachbarstaaten umgeben ist, die entweder als verbündet oder befreundet bezeichnet werden können. Ehemalige Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages

---

<sup>36</sup> Die USA wird oft als „einzig verbliebene Supermacht“ tituiert, inwieweit auch Rußland der Bezeichnung „Supermacht“ gerecht wird, ist eine Interpretationsfrage; fest steht, daß Rußland Atommacht und – zumindest zahlenmäßig – stärkste Militärmacht Europas bleibt. Der Untergang des russischen Unterseebotes *Kursk* im August 2000, bei dem die gesamte Besatzung ums Leben gekommen ist, hat neue Zweifel an der Einsatzbereitschaft der russischen Streitkräfte hervorgerufen.

<sup>37</sup> Ein Ausdruck der Entspannung ist auch die Intensität der Zusammenarbeit auf militärischen Gebiet. Für das Jahr 2001 wurde beispielsweise die Zahl gemeinsamer Deutsch-Russischer Projekte wie Austauschprogramme oder gemeinsame Übungen im Vergleich zum Vorjahr verdreifacht.

sind heute Mitglieder der NATO.<sup>38</sup> Deutschland ist durch zahlreiche Verträge mit seinen Nachbarn verbunden. Somit ist eine unmittelbare militärische Bedrohung Deutschlands zur Zeit nicht zu erkennen. Dies ist ein glücklicher Umstand und war in der deutschen Geschichte bisher selten der Fall. Gerade die geostrategische Lage Deutschlands in der Mitte Europas und als Volk mit den meisten Nachbarländern hatte sich in der deutschen und europäischen Geschichte regelmäßig als konfliktträchtig erwiesen. Mit dem Fall der Berliner Mauer wurde alles anders. „Deutschland [wurde] rasch zum Bindeglied zu den Staaten Mittelost- und Südosteuropas, den baltischen Staaten, zu Rußland und zur Ukraine. Eine Öffnungspolitik, die durch die Erweiterung der Europäischen Union und der NATO konsequent fortgesetzt wurde und in der Deutschland Motor und Gestalter zugleich war und ist.“<sup>39</sup>

Inzwischen ist im In- und Ausland eine unübersehbare Anzahl von Veröffentlichungen<sup>40</sup> erschienen, die sich mit der neuen sicherheitspolitischen Konstellation in Europa und der Lage Deutschlands beschäftigen, die wichtigsten gängigen Argumentationsmuster sollen im folgenden nachgezeichnet werden. Es ist eine gängige Einschätzung, daß trotz aller positiven Entwicklungen Europa auch nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes keine „Insel des Friedens“<sup>41</sup> geworden ist. Holdren nennt sechs globale Probleme, die gegenwärtig und zukünftig bedrohliche Sicherheitsrisiken darstellen<sup>42</sup>: 1. Die gegenwärtig noch aus zehntausenden Waffen bestehenden nuklearen Arsenale sowohl der Weltmächte als auch der sog. *Schwellemnächte*<sup>43</sup>. Entgegen der öffentlichen Wahrnehmung sieht er die Gefahr eines Einsatzes dieser Waffen als Ergebnis der Kombination verschiedener Krisenfaktoren, elektronischer oder mechanischer Fehlfunktionen, Brüchen in der Befehlskette oder menschlichen Fehlern und Fehleinschätzungen. 2. Die psychologische Verfaßtheit von Menschen in Machtpositionen, deren Denken noch in Kategorien des „Kalten Krieges“ verhaftet ist und die den Prozeß der Abrüstung stoppen könnten. 3. Die *Proliferation*<sup>44</sup>, also die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen aus den Arsenalen

---

<sup>38</sup> Polen, die Tschechische Republik und Ungarn sind seit dem Frühjahr 1999 Vollmitglieder der NATO. Auf dem NATO-Gipfel im November 2002 wurde auch Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Rumänien, Slowakien und Slowenien der Beitritt ermöglicht.

<sup>39</sup> Frank 1999: 405.

<sup>40</sup> Eine ergiebige Übersicht über die Literatur zur „Neuen Weltordnung“ aus US-Perspektive findet sich bei Baldwin, der in seinem Beitrag „Security Studies and the End of the Cold War“ eine umfangreiche Literaturanalyse vorlegt, vgl. Baldwin 1995.

<sup>41</sup> Frank 1999: 405.

<sup>42</sup> Vgl. Holdren 1996: 29 f.

<sup>43</sup> Dies sind Staaten, die keine Nuklearwaffen besitzen, aber aufgrund ihrer Fähigkeiten solche Waffen herstellen könnten, vgl. Buchbender, Bühl, Kujat 1992: 133.

<sup>44</sup> Eine detaillierte Beschreibung des Themenkomplexes Proliferation findet sich bei Roberts 1995.

der Weltmächte an mehr und mehr Staaten.<sup>45</sup> 4. Die teilweise nicht sachgemäße, unsichere Lagerung überalterter atomarer und chemischer Waffen; die Gefahr durch Verkauf oder Diebstahl; 5. Die Gefahr, die von lokalen bewaffneten Konflikten<sup>46</sup> ausgeht, seien sie motiviert durch religiösen oder ethnischen Haß, durch Ansprüche auf Gebiete oder Ressourcen, durch machthungrige Diktatoren oder durch nicht erfüllte wirtschaftliche Erwartungen. Diese Konflikte haben auch während der Phase des „Kalten Krieges“ stattgefunden, aber ebenso wie die Gefahren der Proliferation haben sie sich seit dessen Ende verschärft. 6. Die letzte Bedrohung von Sicherheit sieht Holdren in der Kombination von Bevölkerungswachstum, zuendegehenden Ressourcen und der damit verbundenen unkontrollierten Zerstörung der Umwelt.

Lutz kommt im wesentlichen zu derselben Aufzählung von potentiellen Gefährdungen, er sieht den Schwerpunkt allerdings in einer Ökologiekrise, die, ausgelöst durch den Treibhauseffekt, ein Ansteigen der Meeresspiegel bewirkt, gefolgt von Küstenüberflutungen und riesigen Migrationsbewegungen. Als weiteres Gefahrenpotential nennt er den „Krieg der Armen gegen die Reichen“, der auch in der Form des Terrorismus stattfinden kann. In der Verbindung von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen sieht er eine neue Qualität der Bedrohung. Als Beispiel für diese These führt er den Giftgas-Anschlag an, den vermutlich Mitglieder einer Sekte<sup>47</sup> auf die Tokyoter U-Bahn im März 1995 ausgeübt haben. Dabei starben zehn Menschen, über 5000 wurden teilweise schwer verletzt. Nach Lutz sei mit derartigen Attacken in Zukunft häufiger zu rechnen.<sup>48</sup>

Wellershoff nennt in einer entsprechenden Abhandlung<sup>49</sup> vier Kategorien von Risiken: 1. Territoriale Konflikte: Hierunter versteht er staatliche und territoriale Auseinandersetzungen, Expansionismus, Hegemoniebestrebungen und Imperialismus. 2. Menschenrechte und Selbstbestimmung: Konflikte im Bereich von Menschenrechten und Selbstbestimmung hätten ihre Wurzeln in der Nichtbeachtung des Völkerrechts. Hier stelle sich die Frage, wann die Weltgemeinschaft berechtigt oder gar verpflichtet sei, im Falle von Menschenrechtsverletzungen, Völkermord oder humanitärer Katastrophen auch in die „Inneren Angelegenheiten“ eines Staates einzugreifen. 3. Soziale und Umweltfragen: Hier führt

<sup>45</sup> Gefährlich ist auch die Verbreitung des Wissens über die Herstellung solcher Waffen; man befürchtet insbesondere ein Abwandern von Wissenschaftlern aus den früheren Warschauer Vertrags-Staaten in die z. T. über nicht genügend „know-how“, aber über hohe Geldmittel verfügenden, oben erwähnten Schwellenmächte.

<sup>46</sup> Steinweg widmet sich in einem Band der globalen Analyse von Kriegsursachen, vgl. Steinweg 1987; Müller analysiert die Ursachen innerer Kriege in der „Dritten Welt“, vgl. Müller 1995.

<sup>47</sup> Vermutlich handelte es sich um die sog. *Aum-Shinri-Kyo*-Sekte; ein Überblick zum Thema „Religiöser Fundamentalismus“ findet sich bei Antes 1995.

<sup>48</sup> Vgl. Lutz 1995: 61 ff.

Wellershoff wirtschaftliche und soziale Probleme und Konflikte an, die sich aus dem Ende des Kommunismus ergäben. Weiterhin nennt er Überbevölkerung und Armut sowie weiträumige Umweltverseuchung und den Kampf um Ressourcen wie Energie, saubere Luft, Wasser und Rohstoffe. 4. Das internationale organisierte Verbrechen: Hier kommt Wellershoff zu dem Schluß, daß Terrorismus, Schmuggel, Piraterie und Drogenhandel Dimensionen und Wirkungsfelder erreicht hätten, die mit denjenigen von zwischenstaatlichen Konflikten vergleichbar seien.<sup>50</sup> Gesamtstaatliches internationales Handeln sei geboten.

Glucksmann<sup>51</sup> wiederum beschreibt nach der Implosion des bipolaren Systems die geopolitische Weltkarte anhand von fünf Konfliktlinien: 1. Die Konfliktlinie Zentrum-Peripherie: Kriege seien heute ihrem Zweck nach nicht mehr total, es gehe nicht mehr um das Erobern der Weltherrschaft. „Die Bruchlinie verläuft heute nicht mehr zwischen zwei Blöcken, sondern zwischen einem relativ sicheren multipolaren Zentrum und den sich in verstreuten Ecken der Welt in permanenten Turbulenzen befindlichen Regionen der Peripherie.“<sup>52</sup> Diese Turbulenzen drehten sich nach der Niederlage des Faschismus und des Kommunismus nun wieder um strategische Positionen aus früheren Zeiten: um Religion, Chauvinismus oder Rasse.<sup>53</sup> 2. Die Unterscheidung verschiedener strategischer Zeitalter: Mit der nicht mehr vorhandenen Totalität des Krieges sei eine Veränderung der Technik der Kriegsführung einhergegangen. Am Beispiel des Kampfes zwischen den USA unter der Flagge der UNO und dem Irak könne man den Zusammenprall zweier Epochen erkennen, der Epoche der industriellen Kriegsführung von gestern und der Kriegsführung mit den Mitteln der Informatik von morgen. Am Beginn des Informatikzeitalters gehe es nicht mehr primär darum, den Gegner zu vernichten, sondern ihn zu lähmen. Kommunikationssysteme und Kommandozentralen seien die bevorzugten Ziele präziser, begrenzter militärischer Schläge. Das Aufeinandertreffen dieser verschiedenen strategischen Zeitalter gehe aber nicht immer zugunsten des modernen aus, der Glaube an den Sieg der Technik sei utopisch. Gegen die einfache Strategie von Partisanen versagten die mit den allerneuesten waffentechnischen Erfindungen ausgerüsteten Interventionskräfte, was an den Geiselnahmen und Terrorakten in Mogadischu und Bosnien deutlich geworden sei. 3. Das Wiederaufbrechen nationaler

---

<sup>49</sup> Wellershoff 1995: 74 f.

<sup>50</sup> Die globalen Auswirkungen eines terroristischen Anschlages hat der mit Passagierflugzeugen ausgeführte Anschlag auf die USA vom 11. September 2001, der der Terrorgruppe um Osama Bin-Laden zugeschrieben wird, der Welt drastisch vor Augen geführt. Die US-Regierung unter Präsident Bush wertete diesen Anschlag als Kriegserklärung. Nach der erstmaligen Feststellung des Bündnisfalles nach Art. 5 des NATO-Vertrages wurden auch Einheiten der Bundeswehr in unterstützender Funktion zur Bekämpfung des Terrorismus u.a. in Afghanistan und im Indischen Ozean eingesetzt.

<sup>51</sup> Vgl. Glucksmann 1998: 121 ff.

<sup>52</sup> Ders.: 122 f.



Scheidelinien: Die Enttotalisierung des Kriegsgeschehens zerstöre die großen militärisch-ideologischen Komplexe und reaktiviere frühere Trennungslinien. Stammesdifferenzen, ethnische und religiöse Konfliktlinien erstünden wieder auf. 4. Die Krise der Führungsmächte: Da die UNO nicht alles und überall schlichten könne, werde gegenwärtig daran gedacht, sich auf regionale Organisationen zu stützen, die imstande sind, diplomatisch und militärisch einzugreifen. Dies sei nicht praktikabel, da weithin (in Konstellationen wie Iran-Irak, Indien-Pakistan u.a.) kein regionaler Ordnungshüter vorhanden sei. 5. Die Kulturkrise: Konfrontationen entstünden nicht nur an den Schnittstellen der großen Kulturen (jüdisch-christlich, muslimisch, asiatisch), sondern auch zwischen etablierten Mächten derselben Kultur. Als Beispiel führt Glucksmann die Kuwaitkrise an, in der sich auf beiden Seiten Araber, Muslime, gegenüberstanden.

Brill<sup>54</sup> beschreibt die „neuen Risiken der Gegenwart“ so: „Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Auflösung des Warschauer Paktes (1991) haben einen geopolitischen und geostrategischen Paradigmenwechsel von epochaler Bedeutung herbeigeführt. (...) das Ende des Ost-West-Konfliktes hat nationale, ethnische, religiöse und politische Divergenzen, die Jahrzehnte durch eine nach außen gerichtete ideologische Frontstellung unterdrückt worden war, freigesetzt.“<sup>55</sup> An Europas „Peripherien“ zeichneten sich zahlreiche Konflikte ab, deren Ursachen vor allem nationalistisch, ethnisch, ethnisch-religiös, ökonomisch und ökologisch begründet seien. Diese regionalen Konflikte hätten unmittelbare Auswirkungen auf die jeweilige Region bzw. auf die Nachbarstaaten, sie gefährdeten aber nicht den Weltfrieden. Dennoch könne die Ausweitung dieser Konfliktherde die internationale Ordnung in Europa destabilisieren. Wenn sich ökonomische, ethnische, demographische oder religiöse Ursachen mit machtpolitischen Interessen überlagerten, sei die Gefahr eines mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konfliktes gegeben. „Für einen solchen Fall kann auch die unmittelbare Gefährdung der Sicherheit Deutschlands nicht ausgeschlossen werden.“<sup>56</sup>

Wie zu sehen ist, kommen verschiedene Autoren weitgehend zu denselben Ergebnissen, was die derzeitige globale sicherheitspolitische Lage betrifft. Wie hat das westliche Verteidigungsbündnis, die NATO, auf diese neue Lage reagiert? Nach der Auflösung des

---

<sup>53</sup> Vgl. ders.: 123.

<sup>54</sup> Vgl. Brill 1999: 419.

<sup>55</sup> Ders.: ebd.

<sup>56</sup> Ders.: ebd.; daß Deutschland durch Krisen anderer Länder unmittelbar betroffen sein kann, zeigt sich beispielsweise daran, daß der Konflikt zwischen der Türkei und den Kurden auch auf deutschem Boden gewaltsam ausgetragen wird; vgl. Bundesministerium des Innern 2000: 146 ff.

Gegenübers, des Warschauer Vertrages, hat sich die NATO neu orientieren müssen. Auch die Strategie der *Flexible Response* wurde der neuen Lage nicht mehr vollständig gerecht.

Bereits ein halbes Jahr nach Auflösung des Warschauer Vertrages folgte auf dem NATO-Gipfel in Rom im November 1991 ein Konzept, das den sicherheitspolitischen Veränderungen Rechnung trug. Neben die klassischen Elemente Verteidigungsbereitschaft und Dialog trat jetzt die Kooperation mit dem früheren Gegner.<sup>57</sup>

Ein neues Strategiekonzept wurde in der NATO-Weisung MC-317 niedergelegt: Die Streitkräfte wurden in die Kategorien *Reaktionskräfte (Reaction Forces, RF)*<sup>58</sup>, *Hauptverteidigungskräfte (Main Defence Forces)* und *Verstärkungskräfte (Augmentation Forces, AF)*<sup>59</sup> gegliedert. Diese Neugliederung stellte einerseits eine flexiblere Anpassung an die neuen Aufgaben und verminderten finanziellen Möglichkeiten dar, andererseits sollte sie die Aufnahme neuer Mitglieder vorbereiten.<sup>60</sup> Auf dem Gipfel in Brüssel 1994 wurde der Beschluß gefaßt, die „Partnerschaft für den Frieden“ (*Partnership for Peace, PfP*) ins Leben zu rufen. Dieses Programm sollte helfen, die demokratische Kontrolle der Streitkräfte der teilnehmenden osteuropäischen Länder zu fördern, Fähigkeiten zu gemeinsamen Operationen mit der NATO – insbesondere in den Bereichen Peace-keeping, Such- und Rettungsdienst und humanitäre Einsätze – zu entwickeln, die Interoperabilität der Streitkräfte zu stärken und eine größere Transparenz der Militärhaushalte zu schaffen. Gegenseitige Besuche der Verteidigungsminister und hochrangiger Militärs, gemeinsame Ausbildungen und Übungen sollten zur Vertrauensbildung beitragen. Inzwischen sind die ersten Teilnehmer des PfP-Programmes Vollmitglieder der NATO geworden. Um auch Rußland weitestgehend in den Prozeß der Annäherung einzubeziehen, wurde 1997 die NATO-Rußland Grundakte unterzeichnet, die ebenfalls Vertrauensbildung und Transparenz durch Kontakte auf allen Ebenen, die Verbesserung der Zusammenarbeit bei friedenserhaltenden Maßnahmen sowie gemeinsame Übungen und Ausbildung zum Inhalt hat. Mit der Ukraine wurde ein ähnliches Abkommen unterzeichnet.<sup>61</sup>

Ende April 1999 wurde in Washington ein neues strategisches Konzept der NATO beschlossen, das allerdings Fragen offen läßt. Unklar ist, wie künftig NATO-Einsätze (wie der

<sup>57</sup> Vgl. Frank 1999: 405.

<sup>58</sup> Die Reaktionskräfte („Kräfte der ersten Stunde“) gliedern sich wiederum in die *Sofortreaktionskräfte (Immediate Reaction Forces, IRF)* und die *Schnellreaktionskräfte (Rapid Reaction Forces, RRF)*, vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 57.

<sup>59</sup> Vgl. dass.: ebd.

<sup>60</sup> Vgl. Biehl 1998: 16.

<sup>61</sup> Vgl. Frank 1999: 405 f.

im Kosovo-Krieg) in das Strategische Konzept eingepaßt werden und ob die NATO als „Weltpolizist“ auch in anderen Regionen eingreifen soll, wenn die Stabilität gefährdet ist.<sup>62</sup> Unklar ist auch die Abgrenzung der geopolitischen Begriffe des euro-atlantischen Raumes und der „Peripherie“.<sup>63</sup>

Innerhalb der NATO deutet sich eine Akzentverschiebung an. War das Bündnis seit seiner Gründung ausschließlich von den USA dominiert, so wächst seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes die Bedeutung Europas und damit auch die Bedeutung Deutschlands innerhalb der NATO. Hierbei wird besonders Deutschland eine Brückenfunktion zu den Staaten Osteuropas zuteil. Staack sieht die Überwindung des Ost-West-Gegensatzes auch als eine Folge der deutschen Ostpolitik der siebziger Jahre. „Im Jahr 1989, unmittelbar vor dem Systemwechsel in Mittel- und Osteuropa, nahm die Bundesrepublik als „Partner in der Führungsrolle“ (Präsident Bush) für die USA und als bevorzugter Kooperationspartner der Sowjetunion – ähnlich wie Anfang der siebziger Jahre – sogar eine Schrittmacherrolle für ein verbessertes West-Ost-Verhältnis insgesamt wahr.“<sup>64</sup> Nach Staack ist das sicherheitspolitische Gewicht Deutschlands gewachsen. „ (...) die Bedeutung der Bundeswehr [hat sich] innerhalb des Bündnisses verstärkt. Deutschland ist auch militärisch zum Sicherheitsexporteur geworden. Nachdem die deutsche Verfassungslage geklärt ist<sup>65</sup>, kann die Bundeswehr an den Aufgaben der NATO in ihrer gesamten Bandbreite teilnehmen; auch ihre Position in Kommandoaufgaben wurde gestärkt.“<sup>66</sup> Obwohl die deutschen Streitkräfte zahlenmäßig drastisch reduziert wurden, ist ihr quantitatives Gewicht im Bündnis gewachsen, weil die USA und andere Bündnispartner ihre Truppenstärke noch stärker verringerten und der nukleare Faktor weitestgehend in den Hintergrund getreten ist. In dieser Entwicklung drückt sich das gestiegene sicherheitspolitische Gewicht Deutschlands aus (...).“<sup>67</sup> Auch US-Verteidigungsminister Cohen hat die angedeutete Gewichtsverschiebung innerhalb der NATO angedeutet und das Gewicht Deutschlands herausgestellt: „And while no one nation can transform the Alliance alone, the course of this nation [Deutschland, d. Verf.] will have a

<sup>62</sup> Auch der Einsatz im Kosovo-Krieg fand außerhalb des Bündnisgebietes statt.

<sup>63</sup> Vgl. Brill 1999: 419.

<sup>64</sup> Staack 1998: 17.

<sup>65</sup> Siehe hierzu die Ausführungen im Unterkapitel 1.3.2.3.

<sup>66</sup> Beispielsweise unterstand inzwischen der Militärausschuß der NATO dem deutschen General Klaus Naumann, auch das gesamte KFOR-Kontingent der NATO wurde mit General Klaus Reinhardt zeitweise von einem deutschen Offizier geführt; dies stellt insofern einen bedeutsamen Schritt dar, als insbesondere die USA in der Vergangenheit besonders zögerten, ihre Truppen einem Kommandeur einer anderen Nation zu unterstellen. Auch in der UNO ist der deutsche Einfluß gewachsen: Mit General Manfred Eisele wurde zum ersten Mal ein deutscher Offizier zum obersten Koordinator aller weltweiten Friedenseinsätze der UNO. Zu dessen Einschätzung der Friedenseinsätze der UNO s. Eisele 2000.

<sup>67</sup> Staack 1998: 18.

profound impact across the Alliance, serving as a strong example to other allies. Specifically, the Alliance looks for German leadership (...).“<sup>68</sup>

Deutschland wächst nur langsam in diese ihm zugedachte Rolle hinein. Zugespitzt in der Situation des Kosovo-Einsatzes der NATO zeigte sich das immer noch immense Ungleichgewicht zwischen Europa und den USA. Von Kirchbach hat dieses Ungleichgewicht analysiert: „Einmal mehr haben die Kosovo-Operationen die militärische Abhängigkeit von den USA gezeigt, wenn es um komplexe Einsätze geht. Der amerikanische Anteil an den im Zusammenhang mit den Luftoperationen eingesetzten Flugzeugen betrug fast 70 Prozent. Bei den für die Gesamtoperation entscheidenden Mitteln wie Aufklärung, Präzisionsmunition und Kommunikations- und Informationstechnik belief er sich sogar auf über 90 Prozent. Folglich war die Teilhabe der Europäer am Lagebild und der Steuerung der Operation begrenzt. (...) Von angemessener Lastenteilung und gleicher Partnerschaft zwischen Europa und den USA kann keine Rede sein – dies, obwohl die Europäische Union insgesamt über mehr Bürger, über mehr Soldaten und über eine größere Wirtschaftskraft als die USA verfügt.“<sup>69</sup>

In den USA wird seit einigen Jahren eine Tendenz deutlich, global militärisch zurückhaltender aufzutreten, Militär restriktiver einzusetzen. Dies hat vor allem innenpolitische Gründe. Die Rolle als „Weltpolizist“, deren Wahrnehmung mit hohen Kosten und dem Opfer von Menschenleben verbunden ist, ist – aus Sicht der verantwortlichen Politiker – der amerikanischen Bevölkerung zunehmend schwieriger vermittelbar. Gerade im ureigenst europäischen Konflikttherd Balkan<sup>70</sup> wurde dies deutlich.<sup>71</sup> Insofern ist die Umgewichtung des Einflusses in der NATO zwischen den USA und Europa zugleich tatsächlich auch eine Umgewichtung der Verantwortung und der Lasten. Die vielbeschworene „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ wird zwar von allen Seiten begrüßt, steckt aber noch in den Kinderschuhen. Mit der deutschen Diskussion um die Annahme dieser gestiegenen Verantwortung befaßt sich das folgende Unterkapitel.

---

<sup>68</sup> Cohen 1999: 3.

<sup>69</sup> Kirchbach 1999: 4.

<sup>70</sup> Auch die Europa-zentrierten Bündnisse WEU und OSZE haben den Balkan-Konflikt nicht eindämmen können. Erst die NATO unter Beteiligung der USA konnte letztlich durch eine dreifache Strategie von Militäreinsatz, Diplomatie und humanitärer Hilfe der Lage Herr werden.

<sup>71</sup> Als ein Schlüsselereignis der Tendenz zur Vermeidung von Opfern in den USA wird ein Zwischenfall während des Somalia-Einsatzes der UNO gesehen. Im Oktober 1993 wurde – von Fernsehkameras festgehalten – der Körper eines im Einsatz getöteten amerikanischen Soldaten durch die Straßen Mogadischus geschleift. Vier Tage später erklärte US-Präsident Clinton das Ende des amerikanischen Engagements in Somalia, hauptsächlich begründet durch die Reaktionen in der Öffentlichkeit. Auch im Kosovo-Konflikt wirkte sich diese Tendenz dadurch aus, daß zum einen der Kampfeinsatz von Bodentruppen vermieden wurde und zum anderen die eingesetzten Piloten ihre Einsätze in sehr großen Höhen flogen, um der serbischen Luftabwehr zu entgehen, vgl. Snider, Nagl, Pfaff 1999: 22 ff.

### 1.3.2.3. Der schwierige Weg der Deutschen zu sich selbst

#### 1.3.2.3.1. Hypotheken

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten setzte in Deutschland eine Diskussion über das gewandelte Selbstverständnis und der Rolle Deutschlands in der Welt ein. Diese Frage wurde von Anfang an verknüpft mit dem Einsatz der Bundeswehr und somit inhaltlich verkürzt. Das Stichwort von der „Militarisierung der Außenpolitik“ machte die Runde. Speziell mit dem Ausbruch des Golfkrieges 1991 erfuhr die Diskussion eine Zuspitzung in der Frage nach den Konstellationen deutscher Sicherheitspolitik, konkretisiert in der Frage nach dem Einsatz der Bundeswehr. Der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Dieter Wellershoff, sprach 1991 von einer „gespenstischen Diskussion in Deutschland über Macht- und Verantwortungspolitik, über Gesinnungs- und Verantwortungsethik“.<sup>72</sup> Als Ursache der Befangenheit im Umgang mit dieser Thematik nennt Wellershoff drei „Hypothesen“, die „auf dem öffentlichen Bewußtsein der Deutschen von der Bedeutung der militärischen Macht“ lägen: 1. Der Mißbrauch von Soldaten und ihrer Ideale während der Zeit des Nationalsozialismus, 2. Der „Kalte Krieg“, damit die Bedrohung als Hauptargument für die Notwendigkeit von Streitkräften, 3. Die deutsche Teilung, das Gegenüberstehen zweier Armeen gleicher Nationalität. Nazi-Herrschaft, „Kalter Krieg“ und Teilung hätten psychologische und politische Nachwirkungen.<sup>73</sup> So kommt er zu dem Schluß: „Offensichtlich tun wir Deutschen uns schwer mit dieser innen- wie außenpolitischen Zielsetzung, sind unsere Befindlichkeiten größer als anderswo auf der Welt. Die Auswirkungen des Golfkrieges auf die Rolle und das Selbstverständnis unserer Bundesrepublik und ihrer Streitkräfte sind nicht aus sich selbst heraus, sondern nur als Reaktion auf Vorausgegangenes zu verstehen.“<sup>74</sup>

Im folgenden soll versucht werden, einzelne Argumentationsstränge dieser Diskussion um die Rolle der Streitkräfte nachzuzeichnen, wobei auf die Positionen der politischen Parteien sowie auf das Meinungsbild in der Bevölkerung eingegangen wird.

---

<sup>72</sup> Wellershoff 1991: 1.

<sup>73</sup> Vgl. ders.: ebd.

### 1.3.2.3.2. Der politische Streit

Die Dokumentierung der Haltungen der politischen Parteien in Deutschland fällt nicht leicht, da es Divergenzen zwischen den politischen Flügeln innerhalb der Parteien gibt. Es sollen daher, ohne Anspruch auf Repräsentativität, Stellungnahmen der Parteien gezeigt werden, die nach Meinung des Verfassers eine Mehrheitsmeinung innerhalb der jeweiligen Partei darstellten und darstellen. Der Streit entbrannte zunächst an der Frage, ob ein Einsatz der Bundeswehr „out of area“<sup>75</sup> rechtlich zulässig sei und vom Grundgesetz gedeckt sei. Eine Fokussierung zu Beginn der neunziger Jahre war die Frage nach der Teilnahme an „Blauhelm-Einsätzen“, also an Peace-keeping-Missionen der Vereinten Nationen. Inzwischen ist diese Verengung der Frage durch den Kosovo-Einsatz der NATO ohne UNO-Mandat obsolet geworden. Zu Beginn der Diskussion<sup>76</sup> über Rolle und Auftrag der Streitkräfte an, waren in der deutschen Parteienlandschaft zwei Lager vertreten: Diejenigen, die für eine Erweiterung des Auftrages der Bundeswehr über den reinen Verteidigungsauftrag hinaus plädierten (CDU/CSU sowie FDP), und diejenigen, die sich strikt dagegen wandten (Bündnis90/Die Grünen sowie die PDS/Linke Liste). Die SPD befand sich in ihren Äußerungen in der Mitte.

Die CDU/CSU, damals in Regierungsverantwortung, argumentierte mit der Vollmitgliedschaft in der UNO, was auch die rechtliche Akzeptanz der UN-Charta einschließlich der Pflicht zu militärischen Beistandsleistungen im Rahmen internationaler Friedenssicherung einschließe. Hierbei wollte sich die CDU/CSU nicht auf reine Peace-keeping-Einsätze beschränken, sondern auch Kampfeinsätze prinzipiell ermöglichen. Aus Sicht der CDU/CSU gestattete Art. 24 GG ausdrücklich die Einordnung in kollektive Sicherheitssysteme, Art. 87a GG sei davon nicht berührt. Eine Änderung oder Klarstellung des Grundgesetzes sei daher rechtlich nicht erforderlich, aber politisch wünschenswert gewesen. Aus diesem Grunde wurde durch die damalige CDU/CSU-Fraktion des Bundestages gemeinsam mit der FDP eine mögliche Neufassung des Art. 24 GG erarbeitet.<sup>77</sup>

Auch die FDP stellte heraus, daß Deutschland seiner gestiegenen Verantwortung auch durch die Teilnahme der Bundeswehr an UN-Einsätzen gerecht werden müßte. Hierfür hielt sie

---

<sup>74</sup> Ders.: ebd.

<sup>75</sup> Der Begriff „out of area“ kennzeichnet einen Einsatz außerhalb der Grenzen des NATO-Vertragsgebietes.

<sup>76</sup> Als Zeitpunkt wird hier wieder das Anfangsjahr des Golfkrieges 1991 gewählt.

<sup>77</sup> Vgl. Scholz 1993: 127 ff.

einen Grundkonsens in Gesellschaft und Parlament für erforderlich, der jedoch ausschließlich in einer Grundgesetzänderung manifestiert werden könnte.<sup>78</sup>

Die SPD war der Meinung, daß eine Grundgesetzänderung unumgänglich sei. Hierzu legte sie einen eigenen Entwurf vor, der die Art. 87a und 24 ändern sollte und dabei den Einsatz der Bundeswehr auf die reine Landesverteidigung sowie auf Peace-keeping-Missionen der UNO beschränkte. Kampfeinsätze unter dem Dach der UNO oder anderer Bündnisse sollten kategorisch ausgeschlossen bleiben.<sup>79</sup>

Bündnis 90/Die Grünen vertraten zu Beginn der neunziger Jahre keine einheitliche Linie. Extreme Stimmen forderten eine völlige Abschaffung der Bundeswehr.<sup>80</sup> Eine weitere Äußerung sah in der Teilnahme an UNO-Friedensmissionen einen „Türöffner für den Fronteinsatz der Bundeswehr“<sup>81</sup> und lehnte diese daher strikt ab. Trotzdem hat die Bundestagsgruppe der Partei im Juni 1992 einen Antrag im Bundestag eingebracht, der sich unter bestimmten Voraussetzungen für eine Teilnahme deutscher (Berufs- und Zeit-) Soldaten an Blauhelmissionen aussprach.<sup>82</sup>

Die PDS/Linke Liste lehnte jede „Militarisierung der Außenpolitik“ und damit auch jeden Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen der UNO ab. In einer Bundestagsdrucksache vom Juni 1992 forderte sie, daß „weder jetzt noch in Zukunft deutsche Soldaten außerhalb des Territoriums der BRD in militärischen oder zivilen Einsätzen allein oder in Zusammenarbeit mit anderen Staaten oder im Rahmen internationaler Institutionen eingesetzt werden“.<sup>83</sup>

Die damalige Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP sah sich 1992 – aufgrund der Entwicklung im zerfallenden Jugoslawien sowie der Bürgerkriegssituation in Somalia, verstärkt durch die Erwartungen der Bündnispartner – zum Handeln genötigt und ordnete den Einsatz von Bundeswehreinheiten an.<sup>84</sup> SPD und auch die Regierungspartei FDP sahen nach wie vor eine Verfassungsänderung als unabdingbar an und klagten daher vor dem

---

<sup>78</sup> Vgl. Hoyer 1993: 132 f.

<sup>79</sup> Vgl. Gansel 1993: 130 ff., sowie Auszug aus dem Beschluß des Bremer Parteitags der SPD vom 28.-31. Mai 1991, in: Bundeszentrale für politische Bildung 1993: 62.

<sup>80</sup> Vgl. die Sprecherin im Bundesvorstand der Grünen Christine Weiske 1991, in: Bundeszentrale für politische Bildung 1993: 50.

<sup>81</sup> DIE GRÜNEN Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden, zitiert nach: Bundeszentrale für politische Bildung 1993: 65.

<sup>82</sup> Vgl. Hoffmann 1993: 76.

<sup>83</sup> Vgl. ders.: 76 f.

<sup>84</sup> Es handelte sich um den Einsatz deutscher Schiffe und Flugzeuge zur Überwachung des UNO-Embargos in der Adria, den Einsatz deutscher Luftwaffenoffiziere in den AWACS-Maschinen der NATO zur Überwachung und Durchsetzung des Flugverbotes über Bosnien-Herzegowina und den Einsatz des deutschen Kontingentes im Rahmen der UNOSOM-II-Mission in Somalia.

Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, um eine Klarstellung herbeizuführen. Diese schwierige Situation führte in der Öffentlichkeit, vor allem aber bei den betroffenen Soldaten zu Zweifeln über die Rechtmäßigkeit ihres Einsatzes. In einstweiligen Anordnungen wurde in allen Fällen im Sinne der Regierung entschieden, die Truppen wurden entsandt.

Das abschließende Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 stellt einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Sicherheitspolitik wie auch der Bundeswehr dar. Gemäß dieses Urteils sind Auslandseinsätze der Bundeswehr mit dem Grundgesetz dann vereinbar, wenn der Deutsche Bundestag ihnen mit konstitutiver Mehrheit zugestimmt hat.<sup>85</sup>

Das Urteil hatte eine konfliktentschärfende Wirkung in der deutschen politischen Landschaft, es zeichnete sich allmählich ein Konsens über die Aufgaben der Streitkräfte ab. Inzwischen kann die Debatte als abgeschlossen gelten, Auslandseinsätze der Bundeswehr gehören zum *common sense* der Parteien.<sup>86</sup>

Der Regierungswechsel im Oktober 1998, der die SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Regierungsverantwortung brachte, hatte nochmals einen besonderen Einfluß auf diese Frage. Beide Parteien mußten sich von ihren langjährigen, in Oppositionszeiten geprägten, Positionen trennen und sahen sich der Forderung gegenüber, verantwortungsvolle Regierungspolitik betreiben zu müssen. Der von der neuen Regierung angeordnete erste Kampfeinsatz der Bundeswehr im Kosovo – überdies ohne Mandat der UNO – hat die rot-grüne Argumentation der vorherigen Jahre ad absurdum geführt.

### **1.3.2.3.3. Der Meinungswandel in der Bevölkerung**

Auch die deutsche Öffentlichkeit hat hinsichtlich der Akzeptanz von Auslandseinsätzen der Bundeswehr einen Wandel durchlaufen. Vor 1990 bestand in der Gesellschaft wenig Anlaß, sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen, deshalb liegen aus dieser Zeit auch keine repräsentativen Aussagen vor. Erste Umfragen im Zusammenhang mit der Golfkrise Ende 1990 ergaben, daß etwa zwei Drittel der Bevölkerung gegen einen Einsatz der Bundeswehr in der Golf-Region waren, nur 17 % dafür.<sup>87</sup> Grundsätzlich befürworteten 81 % der

---

<sup>85</sup> Vgl. Bundesverfassungsgericht 1994: 2207.

<sup>86</sup> Vgl. Biehl 1998: 6.

<sup>87</sup> Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, veröffentlicht in: „Die Zeit“ vom 07.09.1991; Politbarometer-Befragung für das ZDF, veröffentlicht in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 28.08.1990, zitiert nach: Hoffmann 1993: 77.



Bundesbürger die Militäraktion gegen den Irak.<sup>88</sup> Hoffmann deutet dieses Ergebnis als den Wunsch der Deutschen, sich aus militärischen Konflikten möglichst herauszuhalten. Er sieht darin aber nicht nur die fehlende Bereitschaft zur Übernahme größerer politischer Verantwortung, sondern auch einen Ausdruck der in Jahrzehnten gewachsenen sicherheitspolitischen Denkweise, in der ein Einsatz der Streitkräfte nur mit der Verteidigung Deutschlands in Verbindung gebracht werden konnte.<sup>89</sup> In diesem Sinne antworteten bei einer Umfrage im Januar 1991 auf die Frage: „Soll sich das vereinte Deutschland in Zukunft aus internationalen Konflikten heraushalten oder soll es sich einmischen?“ 75 % der Befragten mit „heraushalten“, nur 25 % sprachen sich für die Alternative „eher einmischen“ aus.<sup>90</sup> Zur gleichen Zeit nach der zur Debatte stehenden Grundgesetzänderung zur Ermöglichung künftiger UN-Einsätze der Bundeswehr befragt, sprachen sich 74 % der Befragten gegen eine solche Änderung aus, nur 22 % dafür.<sup>91</sup> Ab 1992, mit einem gewissen Abstand zu der eher emotional geführten Diskussion um den Golfkrieg, war in der Bevölkerung eine allmähliche Einstellungsänderung zu beobachten. Waren noch im März 1991 nur 24 % für die Beteiligung an Blauhelm-Missionen<sup>92</sup>, sprachen sich genau ein Jahr später in Westdeutschland bereits 52 % dafür aus.<sup>93</sup> Im Osten überwog allerdings noch eine deutliche Zurückhaltung; hier sprachen sich nur 34 % der Befragten für Blauhelm-Missionen aus.<sup>94</sup> Im November 1992 waren 60 % der (gesamtdeutschen) Bevölkerung für Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr.<sup>95</sup>

Ab 1995 (61 %) ist die Zustimmung in der Bevölkerung zu friedenssichernden Maßnahmen der UNO stetig gewachsen und hat sich insbesondere seit 1998 auf einem hohem Niveau (Schwankungen zwischen 78 % und 87 % Zustimmung) eingependelt. Die Zustimmung zu friedensschaffenden Maßnahmen, also zu Kampfeinsätzen der UNO, verlief parallel, wenn auch auf etwas niedrigerem Niveau. 1995 stimmten 37 % der Bevölkerung den friedensschaffenden Maßnahmen zu, 1996 waren es 45 %, 1997 61% und zwischen 1998 und 1999 betrug die Zustimmung zwischen 77 % und 80 %.<sup>96</sup>

---

<sup>88</sup> Blitzumfrage der Wickert-Institute, veröffentlicht in: „Bundeswehr aktuell“ vom 24.01.1991, zitiert nach: Hoffmann 1993: 77.

<sup>89</sup> Vgl. ders.: ebd.

<sup>90</sup> „Infratest“-Umfrage, veröffentlicht in: „Süddeutsche Zeitung“, Magazin Nr. 1 vom 04.01.1991, zitiert nach: Hoffmann 1993: 78.

<sup>91</sup> ZDF-Politbarometer vom 28.01.1991, zitiert nach: Hoffmann 1993: 78.

<sup>92</sup> Infas-Umfrage, veröffentlicht in „Welt am Sonntag“ vom 17.03.1991, zitiert nach: Hoffmann 1993: 78

<sup>93</sup> Infas-Repräsentativerhebung, April 1992, veröffentlicht in: Information für die Truppe“, Heft 8/92, zitiert nach: Hoffmann 1993: 78.

<sup>94</sup> Vgl. Hoffmann 1993: 78 f.

<sup>95</sup> Forsa-Repräsentativbefragung, veröffentlicht in: „Stern“, Heft 50/92, zitiert nach: Hoffmann 1993: 79.

<sup>96</sup> EMNID Meinungsbild zur sicherheitspolitischen Lage (jährliche Umfrage) sowie EMNID Sicherheitstrend, zitiert nach: Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.) 1999: 8.

Die Zustimmung zur Beteiligung der Bundeswehr an der IFOR-, ab Dezember 1996 der SFOR- und ab August 1999 der KFOR-Mission der UNO bzw. der NATO betrug im September 1996 61 %, im Februar 1997 56 % und stieg dann stetig an, im August 1999 auf 75 %.<sup>97</sup>

Auch den Luftangriffen der NATO im Kosovo begegnete die deutsche Bevölkerung mit leicht steigender Akzeptanz.<sup>98</sup> Zu Beginn der Operation wurden sie (auch unter Berücksichtigung der deutschen Beteiligung) von 64 % der Bevölkerung befürwortet. Im Verlaufe des Einsatzes stieg die Zustimmung auf 70 %. Dieses Ergebnis ist besonders bemerkenswert, da die Erfolgsaussicht des NATO-Engagements weniger optimistisch beurteilt wurde. Im Mai 1999 glaubten nur 42 % an den Erfolg der NATO-Strategie. Gegen einen Kampfeinsatz am Boden sprachen sich insbesondere die über 60-jährigen aus, 42 % der Deutschen zwischen 25 und 44 Jahren hätten einem derartigen Einsatz zugestimmt.<sup>99</sup>

Insgesamt läßt sich also ein Trend feststellen, der seit der Vereinigung Deutschlands und dem zeitlich kurz darauf folgenden Golfkrieg bis heute eine steigende Zustimmung zu den neuen Aufgaben der Bundeswehr zeigt. Inzwischen hat sich diese Zustimmung auf einem so hohen Niveau gefestigt, daß man davon ausgehen kann, daß es auch in der Bevölkerung inzwischen zum *common sense* gehört, Soldaten auch außerhalb der eigenen Landes- und Bündnisgrenzen einzusetzen. Wie läßt sich diese Haltung erklären? Ist es einfach dieselbe „Normalität“ und Unaufgeregtheit, die auch in anderen Ländern herrscht? Oder ist hier zumindest in Teilen eine Abkoppelung von Streitkräften und ziviler Gesellschaft erkennbar? Darf man den zeitgenössischen Analysen glauben, herrscht in der großen Mehrheit der Bevölkerung eine breite Zustimmung zur Bundeswehr oder auch zur NATO, solange sie für den jeweiligen Befragten abstrakt bleiben. Bei eigener Betroffenheit kann diese Zustimmung sehr schnell umkippen.<sup>100</sup> „Sie ist in etwa vergleichbar mit der Akzeptanz, die man einer Versicherung (z.B. Autohaftpflicht) entgegenbringt. Man weiß, daß es sie gibt, man kennt ihren Nutzen und man erhofft sich von ihr, daß sie im Schadensfall tätig wird. Ansonsten aber beschränkt sich das Engagement dafür auf das regelmäßige Beitragszahlen.“<sup>101</sup> Das militärische Handwerk wird wenigen ausgebildeten, freiwillig dienenden „Profis“ überlassen, man selber hat andere Themen und Bereiche, in denen man sich engagiert. Obwohl die Bundeswehr auch bei der

---

<sup>97</sup> EMNID, zitiert nach: Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.) 1999: 9.

<sup>98</sup> Vgl. Peischel 1999: 637.

<sup>99</sup> Umfragedaten dieses Absatzes bei EMNID, zitiert nach: Peischel 1999: 637.

<sup>100</sup> Vgl. Lippert 1992a: 210.

<sup>101</sup> Ders.: ebd.

Jugend großes Vertrauen genießt<sup>102</sup>, sind ständig steigende Zahlen von Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung zu verzeichnen. Daß diese Entwicklung mit dem Grundgedanken der allgemeinen Wehrpflicht immer schwieriger zu vereinen ist, liegt auf der Hand. So ist es auch verständlich, daß verschiedene Programme, von der Kürzung bis hin zur phasenweise getrennten Ableistung den Wehrdienst attraktiver machen sollen. Hier kommen wieder dieselben Einstellungsfragen zum Tragen, die schon im Unterkapitel 1.2. thematisiert wurden.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß heute, nach einer langjährigen und schwierigen Phase der Selbstfindung und Auseinandersetzung, sowohl in der Politik als auch in der Bevölkerung Deutschlands ein weitgehender Konsens über die seit der Vereinigung gestiegenen Verantwortung in der Welt und ihrer Wahrnehmung durch verschiedene politische Mittel, auch durch Militär, besteht. Eine besondere Rolle nahm in der Diskussion auch der Begriff der „Deutschen Interessen“ ein, um die es im folgenden geht.

#### **1.3.2.4. „Deutsche Interessen“**

Das Schlagwort der Anti-Golfkriegsdemonstrationen von 1991 „Kein Blut für Öl“<sup>103</sup> war noch nicht verklungen, als das Stichwort der „Deutschen Interessen“, verkürzt auf die (außenhandels-) wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik, sehr schnell zum Reizthema wurde.

Nach über vier Jahrzehnten einer Existenz unter eingeschränkter Souveränität im „sicheren Windschatten des Ost-West-Konfliktes“<sup>104</sup>, hat sich die Bundesrepublik vornehmlich zu einer prosperierenden Wirtschafts- und Exportnation entwickelt, die Artikulation anderer als wirtschaftlicher Interessen, hat sie weitgehend verlernt. Schöllgen greift exemplarisch die Jugoslawien-Politik der Bundesregierung<sup>105</sup> zu Anfang der neunziger Jahre heraus und konstatiert: „Sie belegte, wie nachhaltig das Machtbewußtsein der Deutschen im Laufe fast eines halben Jahrhunderts demontiert worden war – zunächst von außen, durch die Beschlüsse

---

<sup>102</sup> Vgl. Forsa Umfrage im Auftrag der Zeitung „Die Woche“; deutsche Jugendliche im Alter von 15-20 Jahren wurden im Juli 1999 gefragt: „Zu welchen Institutionen haben Sie volles Vertrauen?“ Nach Amnesty International und Greenpeace belegte die Bundeswehr den dritten Platz, vor Justiz (7. Platz), Bundesregierung (10. Platz), Parteien (12. Platz) und Medien (13. Platz), zitiert nach: Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.) 1999: 16.

<sup>103</sup> Eine ausführliche Analyse des deutschen Demonstrationsgeschehens um den Golfkrieg sowie zur „Pazifismus-Bellizismus“-Diskussion innerhalb der Friedens- und Konfliktforschung findet man bei Wasmuth 1998.

<sup>104</sup> Schöllgen 1998: 7.

<sup>105</sup> Hier beispielsweise die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens am 23. Dezember 1991

und Maßnahmen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, dann von innen, durch einen gründlichen Abschied von allem Machtdenken, der sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte zu einer regelrechten Angst vor der Macht verdichtet hatte.“<sup>106</sup> Der Umstand der gestiegenen Verantwortung Deutschlands dokumentierte sich schon Anfang der neunziger Jahre auch im Blick auf das Verhalten des Auslands. Deutschlands Nachbarn erkannten das Ende der „Sonderrolle“ in der Regel früher und nahmen so auch eine entsprechende Erwartungshaltung Deutschland gegenüber ein. So sprach sich der UNO-Generalsekretär Boutros-Ghali bei einem Bonn-Besuch schon im Januar 1993 für eine volle Beteiligung Deutschlands an sämtlichen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Einsätzen der Weltorganisation aus und erklärte ausdrücklich, daß es ein „Irrglaube“ sei, die internationale Gemeinschaft fürchte sich vor bewaffneten deutschen Soldaten oder unterscheide die Einsatzmöglichkeiten nach Ländern, in denen Deutsche aus geschichtlichen Gründen nicht eingreifen wollten.<sup>107</sup> In Bezug auf die gewandelte Rolle Deutschlands kommt Schöllgen zu dem Schluß: „Wenn auch die Deutschen selbst beträchtliche Schwierigkeiten mit dem Gedanken haben mögen, daß sich ihr Land längst wieder in der Rolle einer europäischen Großmacht mit globalem Gewicht befindet, so wird ihr Land doch von den meisten Beobachtern außerhalb der deutschen Grenzen, vor allem aber in der Dritten Welt mit ihren gewaltigen Problemen, längst wieder so gesehen.“<sup>108</sup>

Auch Theiler spricht von den „Problemen einer fehlenden Interessendefinition“<sup>109</sup> Er hält es für ein zentrales Merkmal nationaler Souveränität, seine eigenen Interessen zu definieren und unter demokratischen Staaten für gute Sitte, diese Interessen explizit durch ihre öffentliche Diskussion auch für andere Staaten transparent zu machen. Dies sei in Deutschland immer noch nicht der Fall und löse bei den Partnern immer mehr Irritationen und Unsicherheit aus. Das Konsensdenken der Deutschen, ihre „Sehnsucht nach Harmonie“ stehe einer notwendigen Interessensdefinition möglicherweise im Wege.<sup>110</sup> Dies könne die Gefahr hervorrufen, „daß unsere Nachbarn beginnen, dem deutschen Handeln Interessen zu unterstellen, eben weil man keine erklärten Interessen kennt, an denen man sich reiben könnte.“<sup>111</sup> Geschichtlich bedingt, habe der Interessenbegriff als Wahrnehmung einer Handlung im Sinne eines besonderen Eigennutz heute (nicht nur in Deutschland) einen schlechten Ruf. Es sei jedoch nicht gelungen, den Interessensbegriff durch andere Termini zu ersetzen. So plädiert Theiler für die

---

<sup>106</sup> Schöllgen 1998: 4.

<sup>107</sup> Boutros-Ghali 1993, zitiert nach: Schöllgen 1998: 8.

<sup>108</sup> Ders.: 7.

<sup>109</sup> Theiler 1999: 18.

<sup>110</sup> Ders.: 18 f.

<sup>111</sup> Ders.: 19.

Verwendung des Begriffes aus mehreren Gründen: U.a. finde er international und in der Hauptsprache der Weltpolitik, dem Englischen, eine breite Verwendung; auch biete er für alle Beteiligten eine überprüfbare Basis für politisches Handeln und somit eine Art gemeinsames Analyse- und Beurteilungskriterium. Theiler fordert eine offene Diskussion im Parlament, zwischen den Parteien und mit der gesamten an Politik interessierten Bevölkerung über die nationalen Interessen des wiedervereinigten Deutschlands.<sup>112</sup>

Auch Staack interpretiert die „neue Unübersichtlichkeit“ als „große Herausforderung (...), auf die sich die meisten Akteure des internationalen Systems noch einstellen müssen“<sup>113</sup>, allerdings kommt er zu dem Schluß: „Der Handelsstaat Deutschland hat seinen Platz im neuen Europa gefunden: auf der Grundlage einer nach über 40 Jahren gefestigten demokratischen Tradition, aus freiwilligem Entschluß eingebunden in die Sicherheitsgemeinschaften des Westens, um die Ausweitung des europäischen Stabilitätsraumes nach Osten aktiv bemüht und dem Handeln im Verbund als außenpolitischer Richtschnur folgend. Gemessen an der Vergangenheit, ist das nicht wenig.“<sup>114</sup> Staack identifiziert „das vereinte Deutschland als eine europäische Macht mit globalen Interessen und globaler Verantwortung.“<sup>115</sup>

Die genannten Stellungnahmen machen die Brisanz der Frage nach der neuen Rolle Deutschlands in der Welt offensichtlich. Eine „fehlende Interessendefinition“ zieht Folgeprobleme nach sich, außen- wie innenpolitisch: Ohne die Beantwortung der Fragen „Wer sind wir und was wollen wir?“ kann Deutschland weder Partnerschaft gestalten, noch sich im Inneren strukturell einrichten, wie die häufig überarbeitete und erneuerte Strukturplanung der Exekutivorganisation Bundeswehr belegt.

Ist auch noch kein allerorten akzeptierter Konsens über die Interessen Deutschlands gefunden, so gibt es zumindestens einige Wortmeldungen, die sich teilweise decken und hier erwähnt werden sollen:

Schöllgen nennt angesichts des Phänomens der Globalisierung fünf deutsche Interessen<sup>116</sup>: 1. Den Beweis der Bündnisfähigkeit; angesichts neuer, gewaltiger Herausforderungen sei Deutschland nach wie vor auf Bündnisse wie UNO, NATO oder WEU angewiesen, zu denen auch Deutschland seinen Beitrag leisten müsse. 2. Einfluß auf die Entscheidungen jener Gremien, da Deutschland von diesen Entscheidungen nachhaltig betroffen sei. Einflußnahme

---

<sup>112</sup> Ders.: 19 f.

<sup>113</sup> Staack 1998: 23.

<sup>114</sup> Ders.: 24.

<sup>115</sup> Ders.: 23.

sei aber nur möglich, wenn sich die Bundesrepublik, wie sie das seit Mitte der neunziger Jahre zunehmend praktiziere, als vollgültiges Mitglied verhalte. 3. Die Ost-Erweiterung der NATO; dabei die besondere Rücksichtnahme auf die Sicherheitsinteressen Rußlands.<sup>117</sup> 4. Die Vorantreibung des Prozesses der umfassenden Integration Europas mit der Konsequenz der Übertragung weiterer Teile seines neuen Machtpotentials auf die Gemeinschaft; nur so seien die Begleiterscheinungen und Folgen der „Globalisierung“ zu bewältigen. 5. Damit zusammenhängend, die Begegnung der Herausforderungen, die sich durch die Migration in der „Dritten Welt“, die Bevölkerungsexplosion, Umweltkatastrophen, die Knappheit natürlicher Ressourcen, den Bildungsnotstand oder auch den systematischen Völkermord und die massenhafte Vertreibung stellten. Auch wenn sich diese Probleme andernorts ereigneten, könne Deutschland durch die Folgen mitbetroffen sein.

Bereits 1992 erließ der damalige Verteidigungsminister Rühle zur grundlegenden Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik die *Verteidigungspolitischen Richtlinien* (VPR)<sup>118</sup>, die u.a. auch deutsche Interessen beschreiben. Das seinerzeit viel Aufsehen erregende Werk nennt zehn „vitale Sicherheitsinteressen“, die im folgenden verkürzt wiedergegeben werden: 1. Schutz Deutschlands und seiner Staatsbürger. 2. Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschlands Unversehrtheit und Stabilität beeinträchtigen können. 3. Bündnisbindung (NATO). 4. Europäische Integration einschließlich einer europäischen Verteidigungsidentität. 5. „Partnerschaft unter Gleichen“ zwischen Europa und Nordamerika. 6. Festigung und Ausbau einer Sicherheitsstruktur komplementärer Organisationen. 7. Förderung der Demokratie und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts weltweit. 8. Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung. 9. Rüstungskontrolle in und für Europa. 10. Einflußnahme auf die internationalen Institutionen im Sinne deutscher Interessen.

Die *Verteidigungspolitischen Richtlinien* waren das erste regierungsamtliche Dokument, das der veränderten sicherheitspolitischen Lage seit der Wende in Europa Rechnung trug. Spätere sicherheitspolitische Weichenstellungen, auch der nachfolgenden Bundesregierung, orientierten und orientieren sich an ihnen. Sie riefen allerdings auch heftige Kontroversen in der Öffentlichkeit hervor. Obwohl ein bewußt politisch ganzheitlicher Ansatz gewählt

---

<sup>116</sup> Vgl. Schöllgen 1998: 8 ff.

<sup>117</sup> Schöllgen sieht im „zwangsweisen Verbund des Warschauer Paktes (...) auch die Funktion (...), nach den Erfahrungen des Augusts 1914 und des Juni 1941 einem dritten Angriff aus dem Westen keine Chance zu geben, mit gleichsam ungebremster Wucht das Herz Rußlands zu treffen.“, vgl. ders.: 11.

<sup>118</sup> Vgl. Bundesminister der Verteidigung 1992.

wurde<sup>119</sup>, wurde dieser in der öffentlichen Debatte weitgehend übersehen und die Diskussion auf den Einsatz der Bundeswehr verkürzt. Vor allem der achte Punkt der Auflistung sorgte angesichts des aktuellen Golfkrieges für hitzige Kontroversen.<sup>120</sup> Das 1994 erschienene *Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr* faßt in einer entsprechenden Auflistung die wesentlichen Gedanken der VPR in fünf Punkten zusammen, wobei explizit die Heranführung der östlichen Nachbarstaaten an westliche Strukturen genannt wird.<sup>121</sup>

Rühes Amtsnachfolger Rudolf Scharping hat 1999 ebenfalls fünf „zentrale deutsche Ziele und Interessen“ genannt<sup>122</sup>: 1. Bewahrung von Freiheit, Sicherheit und Wohlstand der Bürger und der Unversehrtheit des Staatsgebietes. 2. Festigung und Förderung der NATO; strategische Partnerschaft mit den USA, mehr Verantwortung für Europa. 3. Vertiefung und Erweiterung mit den europäischen Demokratien in der EU. 4. Stärkung der OSZE. 5. Weltweite Achtung des Völkerrechts und der Menschenrechte; Sicherung des Friedens in der Welt durch Stärkung der Vereinten Nationen.

Vom früheren Bundespräsidenten Roman Herzog stammt folgende eindeutige und geradezu mutige Definition: „Deutsche Interessen, das sind zunächst unsere nationalen Interessen, wie Sicherheit und Bewahrung von Wohlstand. Es hat keinen Sinn, das verschweigen zu wollen. Unsere Partner würden uns ohnehin nicht glauben, daß wir nur internationalen Altruismus im Schilde führen. Ganz besonders verlangt es die Wahrhaftigkeit zuzugeben, daß wir auch deshalb für weltweite Freiheit des Handels eintreten, weil das in unserem eigenen Interesse liegt. Diese Interessen anzuerkennen heißt auch, die Folgen ehrlich zuzugeben, also zum Beispiel, daß materielle Lasten übernommen werden müssen; daß aber das Scheckbuch nicht immer ausreicht, sondern möglicherweise auch einmal der Einsatz von Leib und Leben

---

<sup>119</sup> „Die Gesamtheit der Sicherheitsinteressen kann nur dann im vollen Umfang wahrgenommen werden, wenn die verschiedenen Felder deutscher Politik zusammenwirken. Eine grundsätzliche Dominanz eines oder eine Hierarchie der verschiedenen Politikfelder ist daher nicht gegeben.“, ders.: 3 f.

<sup>120</sup> Als Beispiel mag hier ein Auszug aus einem Leserbrief dienen, der in der „Frankfurter Rundschau“ vom 02.09.1992 erschienen ist: „Ich will gefälligst gefragt werden, bevor ich mich in Kriege in aller Herren Länder hineinziehen lasse und meinen Sohn zum Töten und Getötetwerden hergeben soll. (...) Und wofür sollen wir denn nun wieder in Kriege ziehen? Im Februar beschrieb das Verteidigungsministerium als Ziel solcher Einsätze unter anderem: 'Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen.' Im Klartext also: militärische Absicherung der gegenwärtigen Ausbeutungsordnung gegenüber der Dritten Welt. Dafür soll mein Sohn nicht sterben... Die 'gewachsene deutsche Verantwortung in der Welt' ließe sich friedlich viel überzeugender wahrnehmen als mit einem Rückfall in Krieg als Mittel der Politik.“, zitiert nach: Bundeszentrale für politische Bildung 1993: 65 f.

<sup>121</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 42.

<sup>122</sup> Vgl. Scharping 1999: 3.

gefordert ist.“<sup>123</sup> Beck kommt zu dem Schluß: „Interessendurchsetzung mit Hilfe der Streitkräfte, das wirkt auf uns Nachkriegsdeutsche revolutionär. Es entspricht aber bei nüchterner Betrachtung dem Selbstverständnis der Soldaten der anderen europäischen Nationen. Auf eine Definition dessen, das wir unter Interessen verstehen, darf aber nicht verzichtet werden.“<sup>124</sup> Um so mehr ist auch Theiler zuzustimmen in seiner Forderung nach einer möglichst breiten Beteiligung an diesem Prozeß nationaler Willensbildung. Leider ist im Moment eher die Tendenz zu einer gegenteiligen Entwicklung zu beobachten. Auch wenn das Stichwort der „Politikverdrossenheit“ nicht mehr in aller Munde ist, so ist doch – wie schon im vorigen Unterkapitel erwähnt – in Deutschland eher eine Interesselosigkeit an Fragen der Sicherheitspolitik festzustellen<sup>125</sup>.

Aus den dargestellten Argumentationslinien ist deutlich geworden, daß der Prozeß um die Erarbeitung sicherheitspolitischer Interessen und Positionen kontrovers war und ist und noch nicht als abgeschlossen gelten kann. Gleichwohl sind übereinstimmende Tendenzen festzustellen: Deutschlands Gewicht und Verantwortung sind gewachsen. Wie diesem Sachverhalt in der Ausgestaltung der deutschen Sicherheitspolitik seit der Vereinigung Rechnung getragen wurde, wird im folgenden behandelt.

### **1.3.2.5. Deutsche Sicherheitspolitik**

Die herausgearbeiteten übereinstimmenden Tendenzen finden ihren sichtbaren Ausdruck in der von bisher zwei Bundesregierungen ausgeübten Sicherheitspolitik. Buchbender, Bühl und Kujat definieren Sicherheitspolitik als „Gesamtheit der politischen Ziele, Strategien und Instrumente, die der äußeren Sicherheit, der staatlichen Souveränität und der Handlungsfreiheit der Regierung sowie der Unabhängigkeit und politischen Selbstbestimmung eines Staates dienen.“<sup>126</sup> Deutsche Sicherheitspolitik seit Beginn der neunziger Jahre ist die entsprechende Umsetzung der in den vorhergehenden Unterkapiteln dargestellten Sachverhalte. Die Neuausrichtung der deutschen Sicherheitspolitik läßt sich am

---

<sup>123</sup> Bundespräsident Roman Herzog am 13.03.1995 vor der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, zitiert nach: Rausch 1997: 60.

<sup>124</sup> Beck 1999: 13.

<sup>125</sup> Hoffmann nennt im „Demoskopischen Meinungsbild in Deutschland zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik 1992“ die nach Ansicht der Bevölkerung „wichtigsten politischen Aufgabenbereiche“. Bei der Frage „Welche der folgenden politischen Aufgabenbereiche halten Sie persönlich für die wichtigsten für die Bundesrepublik?“ waren die meistgenannten Antworten (nach Rängen geordnet): Sicherung von Arbeitsplätzen, Kriminalität bekämpfen, Umwelt schützen, Renten sichern und andere. Sicherheitspolitik-bezogene Antworten setzten erst ab Rang acht ein, zitiert nach: Bredow 1995: 45.

<sup>126</sup> Buchbender, Bühl, Kujat 1992: 134.



besten anhand von Veröffentlichungen des Trägers der politischen Verantwortung<sup>127</sup>, des Bundesministers für Verteidigung, und seinem nachgeordneten Bereich, nachvollziehen.

Erstes und grundlegendes Dokument waren diesbezüglich die schon erwähnten „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 1992<sup>128</sup>. Ausgehend von den definierten deutschen Interessen und einer Analyse „unmittelbarer“ und „mittelbarer Risiken“<sup>129</sup>, werden fünf grundlegende Parameter der Sicherheitspolitik entwickelt. Diese sind: 1. Ein „weiter Sicherheitsbegriff“, der eine enge Zusammenarbeit aller Politikfelder erfordert. 2. Das Prinzip „gemeinsamer Sicherheit“ beinhaltet regionale, überregionale und globale Interdependenz. 3. „Stabilitätsorientierung“ beinhaltet zunehmend die Einbeziehung nicht-militärischer (z.B. sozioökonomischer oder rechtlicher) Stabilitätsfaktoren. 4. Die „Kooperation“ mit allen Verbündeten bleibt fundamental zur Lösung künftiger Aufgaben. 5. „Kollektive Verteidigung“ bündelt knappe Ressourcen, entwickelt multinationale Strukturen und verhindert „nationale Alleingänge“.<sup>130</sup> Diese Parameter werden umgesetzt in die Rolle der Streitkräfte und den Auftrag der Bundeswehr.

1994 erschienen sowohl das *Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr* als auch die *Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr*, wobei sich letztere als „Bindeglied zwischen Weißbuch und Bundeswehrplanung“<sup>131</sup> versteht und den inhaltlichen Schwerpunkt auf den Wandel für Umfang und Struktur der Bundeswehr legt. Das Weißbuch definiert folgende Ziele der Sicherheitspolitik Deutschlands, die in großen Teilen die sicherheitspolitischen Interessen der VPR widerspiegeln: 1. Schutz Deutschlands und seiner Staatsbürger vor äußerer Gefahr und politischer Erpressung. 2. Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Krisen und Konflikten, die Deutschland und seine Verbündeten beeinträchtigen können. 3. Ausbau des nordatlantischen Sicherheitsverbundes mit den USA. 4. Stärkung der NATO sowie deren Öffnung nach Osten. 5. Gleichberechtigte Partnerschaft zwischen einem geeinten Europa und Nordamerika. 6. Ausbau der WEU als europäischer Pfeiler der NATO. 7. Erweiterung der EU und der WEU. 8. Stärkung der UNO und der KSZE. 9. Gestaltung einer neuen

---

<sup>127</sup> Gemäß Art. 65a GG hat der Bundesminister für Verteidigung die Befehls- und Kommandogewalt über die Streitkräfte. Gemäß Art. 115b GG geht die Befehls- und Kommandogewalt mit der Verkündung des Verteidigungsfalles auf den Bundeskanzler über.

<sup>128</sup> Obwohl die VPR nicht in englischer Sprache erschienen sind, sind sie doch von den Bündnispartnern aufmerksam gelesen und analysiert worden, vgl. beispielsweise im Fall der USA: Young 1994.

<sup>129</sup> Diese decken sich im wesentlichen mit den im Unterkapitel 1.3.2.2. erarbeiteten, zusätzlich werden mögliche „Angriffe auf die Freiheit und Unversehrtheit deutscher Staatsbürger oder der verbündeter Staaten im Ausland“ genannt, vgl. Bundesminister der Verteidigung 1992: 14.

<sup>130</sup> Vgl. Bundesminister der Verteidigung 1992: 18.

<sup>131</sup> Bundesministerium der Verteidigung 1994: 1.

Sicherheitsordnung zwischen allen KSZE-Teilnehmerstaaten. 10. Ausbau einer regionalen und globalen Sicherheitsordnung einander ergänzender Organisationen. 11. Rüstungskontrolle. 12. Förderung der Demokratisierung und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Europa und weltweit.<sup>132</sup>

Wie schon erwähnt, ist diese sicherheitspolitische Zieldefinition in der deutschen Politik heute konsensfähig. Auch der Regierungswechsel vom Oktober 1998 hat diesbezüglich keinen Politikwechsel initiiert. Auch wenn die nachfolgende Regierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder und Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Reform der Bundeswehr zu einem der Hauptreformvorhaben ihrer Regierungszeit erklärt haben<sup>133</sup>, so doch nur, um die Bundeswehr besser an die neue sicherheitspolitische Lage anzupassen und nicht etwa, weil der sicherheitspolitische Kurs grundsätzlich geändert worden wäre. In einer entsprechenden Aufzählung der Prinzipien deutscher Sicherheitspolitik kommt Scharping im wesentlichen zu denselben Punkten wie sein Amtsvorgänger Rühe: Sicherheitspolitik sei umfassend, nicht auf militärische Mittel beschränkt, komme aber ohne sie nicht aus; kollektive Verteidigung und gegenseitige Beistandsverpflichtung gewährleisteten den besten Schutz Deutschlands und seiner Alliierten; Krisenprävention zielen auf die Beseitigung der Konfliktursachen, könnten Krisen und Konflikte nicht im Ansatz verhindert werden, müßten sie möglichst rasch bewältigt oder zumindest eingegrenzt werden; Kooperation zwischen Staaten sei erforderlich, um stabile politische, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse zu gewährleisten; Rüstungskontrolle, Abrüstung und Maßnahmen zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen seien daher unverzichtbare Elemente von Friedenssicherung und integraler Bestandteil deutscher Sicherheitspolitik; Vertrauensbildung sei ein wesentlicher Beitrag zur Stabilisierung, Deutschland sei als bevorzugter Partner vieler osteuropäischer Staaten auch Motor der gesamteuropäischen Kooperation.<sup>134</sup>

Die Auswirkungen des globalen Wandels seit 1989/90 auf Deutschland und die deutsche Sicherheitspolitik wurden dargelegt. Im folgenden soll mit derselben Fragerichtung auf das Instrument deutscher Sicherheitspolitik, die Bundeswehr, geblickt werden.

---

<sup>132</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 44 f.

<sup>133</sup> Vgl. Bundesminister der Verteidigung 2000: 1.

<sup>134</sup> Vgl. ders.: Punkte 12. – 15.

## 1.4. Die Bundeswehr im Wandel

### 1.4.1. Die Bundeswehr im „Kalten Krieg“

An dieser Stelle soll im wesentlichen nach dem Auftrag der Bundeswehr gefragt werden, da er die Ausbildung und Erziehung der Soldaten am maßgeblichsten beeinflusst. Andere Kenngrößen, die Aussagen über die Verfaßtheit der Bundeswehr machen können, wie Umfang und Struktur, sollen nur kurz berührt werden, obwohl sich der Wandel seit 1989 auch in ihnen manifestiert und dokumentiert.

Während der Endphase des Ost-West-Konfliktes, den späten achtziger Jahren, betrug der Umfang der Bundeswehr ca. 495.000 Soldaten. Die allgemeine Wehrpflicht bedingte einerseits einen ständigen Personalaustausch in zahlreichen Funktionen, andererseits im Mobilmachungsfall eine Aufwuchsfähigkeit auf das nahezu Dreifache der Friedensstärke, auf ca. 1,34 Millionen Soldaten.<sup>135</sup> Die Grundstruktur der Bundeswehr sah wie folgt aus: An der Spitze von Streitkräften und Bundeswehrverwaltung stand und steht der Bundesminister der Verteidigung, die Streitkräfte gliedern sich bis heute in die drei Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe und Marine, die ihrerseits wiederum in Korps, Luftwaffendivisionen und Verbände der Flotte gegliedert waren, sowie die sog. *Zentralen Militärischen Dienststellen* und *Zentralen Sanitätsdienststellen*.<sup>136</sup> Die Bundeswehrverwaltung zerfiel in die *Territoriale Bundeswehrverwaltung*, sowie die Sparten *Militärseelsorge* und *Rechtspflege* sowie den *Rüstungsbereich*.<sup>137</sup> Ein wesentliches Strukturmerkmal besteht bis heute in der Einbettung in die Strukturen der NATO. Teile der Streitkräfte sind bereits im Frieden einem NATO-Befehlshaber unterstellt, weitere Truppen werden ab einem bestimmten Alarmierungszeitpunkt aus der nationalen Verantwortung herausgelöst. Einsatzpläne werden in integrierten Stäben erarbeitet, Einsatzgrundsätze und -verfahren werden abgestimmt, um gemeinsame Operationen zu ermöglichen.<sup>138</sup>

<sup>135</sup> Vgl. Scheven, Schmidt-Petri 1987: 140; 1987 galten folgende Stärkezahlen jeweils für den Friedensumfang (F) und den Verteidigungsumfang (V): Heer: 345.000 (F) 1.053.000 (V), Luftwaffe: 111.000 (F) 216.000 (V), Marine: 39.000 (F) 63.000 (V); vgl. dies.: ebd.

<sup>136</sup> Die Zentralen Dienststellen werden teilstreitkraftübergreifend besetzt, beispielsweise die Universitäten der Bundeswehr oder Bundeswehrkrankenhäuser.

<sup>137</sup> Vgl. Scheven, Schmidt-Petri 1987: 94.

<sup>138</sup> Vgl. dies.: ebd; wie schon zuvor angedeutet, bildet sich zur Zeit zwischen Europa und den USA eine immer größer werdende „Technologielücke“, die eine signifikante Einschränkung der Interoperabilität zur Folge haben kann.

Der Auftrag der Streitkräfte war im Zeitalter der Ost-West-Konfrontation klar umrissen, und es herrschte hierüber ein Konsens zwischen den Parteien. Sowohl die Ausbildung in der Truppe als auch die Darstellung in den Organen der Öffentlichkeitsarbeit folgten dieser Linie. So heißt es im *Wegweiser durch die Bundeswehr*, 1984 herausgegeben vom Bundesministerium der Verteidigung: „Im Frieden hat die Bundeswehr den Auftrag, gemeinsam mit den Truppen der anderen NATO-Verbündeten einen Gegner davon abzuschrecken, militärische Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. In Krisen soll die Bundeswehr der politischen Führung den notwendigen Verhandlungsspielraum geben. Im Verteidigungsfall ist es Aufgabe der Bundeswehr, im Zusammenwirken mit den Bündnispartnern die Unversehrtheit der Hoheitsgebiete der Bundesrepublik Deutschland und der Bündnisstaaten zu erhalten oder wiederherzustellen.“<sup>139</sup>

Von Scheven und Schmidt-Petri kommen 1987 zu einer ähnlichen Darstellung. Auch sie unterscheiden zwischen Frieden, Krise und Krieg und ordnen den Streitkräften einen entsprechenden Auftrag zu. Im Frieden habe die Bundeswehr den Auftrag, durch personelle und materielle Einsatzbereitschaft kollektive Verteidigung glaubwürdig vorzubereiten, in der Krise, materielle Maßnahmen zur friedlichen Konfliktlösung durchzuführen. Diese Maßnahmen könnten von der Erhöhung der Präsenz aktiver Truppenteile bis zur Herstellung der vollen Abwehrbereitschaft reichen.<sup>140</sup> Im Falle eines Krieges komme „es für die Streitkräfte in der Bundesrepublik darauf an, den Angreifer grenznah aufzufangen, die Initiative wiederzuerlangen und so das bis dahin an den Angreifer verlorene Territorium zurückzugewinnen. Der Zweck ihres Einsatzes ist es also, den Krieg bei größtmöglicher Begrenzung des Schadens so schnell wie möglich unter politisch annehmbaren Bedingungen zu beenden und den Vorkriegszustand wiederherzustellen.“<sup>141</sup>

Linnenkamp nennt als zentrale Aufgabe der Bundeswehr, einen „Beitrag zur Landesverteidigung und zur Verteidigung der Verbündeten gegen Aggression von außen zu leisten. Ergänzend war die Bundeswehr immer auch ein Instrument humanitärer Politik der Bundesregierungen, insofern Katastrophenhilfe unterschiedlichster Form – auch über die Grenzen der Bündnisländer hinaus – möglich und vorbereitet war und auch häufig gewährt wurde. Die zentrale Aufgabe aber war geprägt von dem großen politischen Kontext des Ost-

---

<sup>139</sup> Bundesministerium der Verteidigung (Hrsg.) 1984: 3.

<sup>140</sup> Vgl. Scheven, Schmidt-Petri 1987: 78 f.

<sup>141</sup> Dies.: ebd.

West-Konflikts und der Gefahr oder dem Risiko, einem groß angelegte Angriff des Warschauer Pakts entgegentreten zu müssen.“<sup>142</sup>

Über diesen in Art. 87a GG festgelegten und bis dahin ausschließlich in der dargestellten Weise interpretierten Auftrag der Bundeswehr bestand gesellschaftlich wie politisch ein breiter Konsens. Auch humanitäre Einsätze jenseits der NATO-Bündnisgrenzen, wie beispielsweise humanitäre Transport-Einsätze der Luftwaffe in Afrika, waren seit vielen Jahren gängige Praxis und führten nicht zu politischen Auseinandersetzungen. Die Diskussion um die sog. „out-of-area“-Einsätze der Bundeswehr, also um Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes der NATO, setzte in Deutschland erst mit dem Golfkrieg von 1991 ein.

Die Bundeswehr befindet sich seit 1990 in einer Phase des steten Wandels, der so vielschichtig und umfangreich ist, daß vielerorts nicht von einem „Umbau“, sondern von einem „Neubau“<sup>143</sup> der Bundeswehr die Rede ist. Die Herausforderungen, die sich der Bundeswehr dabei im einzelnen stellen, lassen sich im wesentlichen in den vier Schlagworten *Integrieren*, *Reduzieren*, *Strukturieren* und *Orientieren* zusammenfassen.

## **1.4.2. Die Bundeswehr nach 1990**

### **1.4.2.1. Integrieren: Bundeswehr und Nationale Volksarmee**

Die Integration von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee der DDR ist inzwischen ein von der Literatur ausgiebig erschlossenes Feld, wobei je nach Blickrichtung politikwissenschaftliche, geschichtswissenschaftliche oder sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Vordergrund stehen.<sup>144</sup> Im folgenden soll versucht werden, die wichtigsten Faktoren dieses Aspektes des deutschen Einigungsprozesses nachzuvollziehen.

„Die Integration von Bundeswehr und Nationaler Volksarmee ist nicht nur aus organisatorischen Gründen eine Aufgabe, die einer Quadratur des Kreises gleichkommt,

---

<sup>142</sup> Linnenkamp 1997: 166.

<sup>143</sup> S. beispielsweise den ehemaligen Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann: „Aus dieser Ausweitung des Auftrages folgt die Notwendigkeit des tiefgehenden Umbaus der Bundeswehr, eines Umbaus, der an vielen Stellen einem Neubau gleichkommt“, Naumann 1993: 8.

<sup>144</sup> Kenntnisreiche Beiträge zu diesem Thema finden sich beispielsweise bei Schulte 1990, Gey 1991, Schütze 1991, Schulte 1992, Klein, Lippert, Meyer 1993, Reeb 1993, Bredow 1995, Scheven 1995, Ganseuer 1997,

sondern auch deshalb, weil hier zwei Streitkräfte zusammengefügt werden, die seit ihrer Gründung einander feindlich gegenübergestanden haben. NVA und Bundeswehr waren in die antagonistischen Militärbündnisse fest eingebunden, ja sie bildeten wegen des Verlaufs des Eisernen Vorhangs durch Deutschland in gewissem Sinne die Speerspitzen dieser Bündnisse.<sup>145</sup> Die Zusammenführung von Streitkräften, deren Angehörige sich als potentielle Gegner zu betrachten gelernt hatten und die im Falle eines Ost-West-Krieges auch gegeneinander gekämpft hätten, ist sicher ein historisch einmaliger Vorgang. Somit konnte man im Zuge der Vereinigung auf keine diesbezüglichen eigenen Erfahrungswerte oder die anderer Nationen zurückgreifen. Beobachter einer anderen geteilten Nation, Koreas, haben ihrerseits das deutsche Geschehen aufmerksam verfolgt. Allgemein wird die Vereinigung der beiden sich ehemals feindlich gegenüberstehenden deutschen Streitkräfte als gelungen und inzwischen auch als abgeschlossen beurteilt. „Als im Oktober 1995 die Bundeswehr ihren 40. Geburtstag zusammen mit dem Jahrestag 'Fünf Jahre Armee der Einheit' feierte, wurde vor allem die Integrationsleistung der deutschen Streitkräfte nach der Vereinigung gewürdigt. In zahlreichen Reden, von Bundespräsident Herzog über den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl bis hin zum heutigen Verteidigungsminister und damaligen Oppositionsführer Rudolf Scharping, wurde gelobt, daß kaum ein Bereich im öffentlichen Leben Deutschlands die Folgen der Einheit so schnell und nahezu reibungslos verarbeitet hätte. Die Bundeswehr wurde oft als Modellfall für gelungene Integration dargestellt.“<sup>146</sup> Von Bredow diskutiert mögliche Gründe für das unerwartet gute Gelingen dieser Integration.<sup>147</sup> Ein gemeinsames nationales Bewußtsein auf seiten der Angehörigen der jeweiligen Streitkräfte, einen alle Gegnerschaft übersteigenden Wunsch nach nationaler Vereinigung sieht von Bredow nicht. Bundeswehr und NVA hätten als nahezu perfekte Umsetzung der jeweiligen Bündnis-Werte und -Ziele in das militärische Selbst- und Weltverständnis von Streitkräften gegolten. Die Bundeswehr sei von Anfang an ausschließlich NATO-orientiert gewesen. Nationale Aspirationen seien dem Geist der Bundeswehr immer fremd und äußerlich geblieben. Auf seiten der NVA seien mögliche gesamtdeutsch-nationale Regungen mit drastischen Mitteln wie der strikten Karriere-Überwachung der Offiziere durch die SED, der Einrichtung von Polit-Offiziers-Stellen und einer Erziehung zum politischen Haß verunmöglicht worden. Umgekehrt habe aber gerade die in der Vergangenheit so geringe Bedeutung nationaler Werte und Bezugspunkte den militärischen Vereinigungsprozeß gefördert. Durch den

---

Clement 1999, Moll 2000; britische sowie US-amerikanische Perspektiven auf die militärspezifischen Aspekte der deutschen Vereinigung liefern Orden 1991, bzw. Gordon 1991.

<sup>145</sup> Bredow 1995: 27.

<sup>146</sup> Clement 1999: 137.

<sup>147</sup> Vgl. Bredow 1995: 28 ff.

unübersehbaren Zusammenbruch des Sowjetsozialismus und somit das Fehlen jeglicher politisch-ideologischen Grundlage, hätten sich die Angehörigen der NVA in einer tabula-rasa-Situation befunden. Die Angehörigen der Bundeswehr hätten ihre Bündnis-Orientierung nicht zu revidieren brauchen und waren daher gegen das Denken in ausschließlich nationalen Kategorien gefeit.<sup>148</sup>

Integrationserleichternd habe die Asymmetrie zwischen Bundeswehr und NVA gewirkt. Die größere Bundeswehr konnte die Kontingente der NVA übernehmen und die entsprechenden Soldaten einem Schulungs-, Prüfungs- und Ausleseverfahren unterwerfen.<sup>149</sup>

Weiterhin konstatiert von Bredow einen militärischen Professionalismus als gemeinsame Verständigungsbasis, der aber nicht überbewertet werden dürfe, da für die Bundeswehr nicht die sich vom politischen System als gelöst betrachtenden „Nur-Soldaten“ von Interesse seien, sondern gerade die durch den Umbruch angestoßenen, die ihre eigene Rolle im neuen, demokratisch-bürgerlichen Wertesrahmen neu definierenden. Dies sei ein für frühere NVA-Soldaten oftmals schmerzlicher Vorgang.<sup>150</sup>

In der Zeit der noch nicht bis ins letzte ausgestalteten deutschen Einheit bestärkte der letzte „Minister für Abrüstung und Verteidigung“ der DDR, Rainer Eppelmann, die Offiziere der NVA in ihrer Hoffnung, ein vereintes Deutschland würde für eine längere Übergangszeit über zwei Armeen, d. h. die Bundeswehr (alt) und eine Territorialstreitkraft (= NVA) in Ostdeutschland, verfügen. Spätestens nach den Gesprächen zwischen Kohl und Gorbatschow im Kaukasus wurde diese Haltung von der Realität überholt.<sup>151</sup>

Der erwähnte für frühere NVA-Soldaten schmerzliche Vorgang war auch darin begründet, daß es sich um keine Vereinigung von Bundeswehr und NVA im Sinne des Wortes handelte, sondern um eine Übernahme von Teilen der NVA in die Bundeswehr. „Die meisten Offiziere lebten mit der falschen Vorstellung, daß es am 03. Oktober 1990 zu einer Vereinigung beider deutscher Armeen kommen werde. Vielen von ihnen wurde es erst während der Kommandoübergaben an westliche Bundeswehroffiziere schmerzhaft bewußt, daß mit dem Staat DDR auch seine Armee untergegangen war und es nunmehr nur noch um die Eingliederung einzelner Soldaten dieser Armee in die erweiterte Bundeswehr ging.“<sup>152</sup>

---

<sup>148</sup> Vgl. ders.: 28 f.

<sup>149</sup> Vgl. ders.: 29.

<sup>150</sup> Vgl. ders.: 29 f.

<sup>151</sup> Vgl. Reeb 1993: 283 f.

<sup>152</sup> Ders.: 281; so kommt auch der frühere Oberstleutnant der NVA Michael Wenzel zu der Aussage: „Nach meiner Auffassung hat eine militärische Vereinigung nie stattgefunden. Sie ist lediglich Bestandteil von

Über die Stärke des Personals und Materials, die am 03. Oktober 1990 nunmehr zur Bundeswehr gehörten, existieren in der Literatur unterschiedliche Angaben, offenbar waren exakte Daten nicht zu ermitteln. Das Bundesministerium der Verteidigung nennt folgende Zahlen: Neben 90.000 Soldaten und 48.000 zivilen Mitarbeitern übernahm die Bundeswehr folgendes Material: „fast 2.300 Kampfpanzer, knapp 9.000 gepanzerte Kampf- und Spezialfahrzeuge, über 5.000 Artillerie-, Raketen- und Flugabwehrsysteme, etwa 700 Kampf- und Transportflugzeuge sowie Hubschrauber, 192 Kriegsschiffe und sonstige Marinefahrzeuge. Hinzu kamen etwa 85.000 Kraftfahrzeuge und Anhänger, mehr als 1,2 Millionen Handfeuerwaffen, rund 295.000 Tonnen Munition und zirka 4.500 Tonnen flüssiger Raketentreibstoff.“<sup>153</sup>

Generale und Admirale sowie Berufssoldaten über 55 Jahre, Politoffiziere und Angehörige der Militärgerichtsbarkeit wurden von der Bundeswehr nicht übernommen. Ca. 25.000 Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften bewarben sich für ein Dienstverhältnis in der Bundeswehr.<sup>154</sup> Nach umfassenden Prüfungen, Lehrgängen und Schulungen wurden insgesamt 11.000 Soldaten in die Bundeswehr integriert, darunter ca. 3.000 Offiziere.<sup>155</sup>

Das übernommene Material, das in der Masse in der Bundeswehr nicht weiterverwendet wurde, stellte ein immenses Entsorgungsproblem dar. Zivil nutzbares Material wurde an Gebietskörperschaften in den „neuen Bundesländern“ sowie an humanitäre Hilfsorganisationen abgegeben. Manches Gerät wurde an NATO-Partner verkauft oder unentgeltlich abgegeben, anderes wurde industriell entsorgt. Der Bundeswehr oblag auch der Abbau der Sperranlagen an der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Auf einer Länge von 1.455 km waren verschiedene Sperrsysteme, einschließlich ca. 34.000 Minen, zu entfernen. 1993 wurde der Abbau der Grenzbefestigungsanlagen unter Beteiligung eines zivilen Unternehmens abgeschlossen.<sup>156</sup>

Der damalige Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe hat – um die Integration voranzutreiben – einen Schwerpunkt auf die Verlegung von Einrichtungen der Bundeswehr in

---

Sonntagsreden mancher Politiker und ziert die Feuilleton-Seiten bestimmter Zeitschriften. (...) Von der NVA wurden zwar Waffen und Gerät sowie die Liegenschaften übernommen. Ihnen aber wurde die Struktur der Bundeswehr übergestülpt. Die Soldaten hat man in die Bundeswehr integriert. Sie haben sich dort nach deren Bestimmungen zu richten. Es fand eine Vereinnahmung statt, keine Vereinigung. Spätestens beim letzten Appell und beim Heraustragen bzw. Einrollen unserer Truppenfahne wurde mir und wahrscheinlich allen Soldaten der NVA klar, daß das Ende dieser Armee gekommen war. Nichts deutete in diesem Akt darauf hin, daß an eine Vereinigung von Bundeswehr und NVA gedacht wurde.“, zitiert nach: Bredow 1995: 109.

<sup>153</sup> Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 17.

<sup>154</sup> Vgl. dass.: 16.

<sup>155</sup> Vgl. Clement 1999: 140.

<sup>156</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 17 f.



den Osten gelegt. Die damit erfolgende ständige Ost-West-Fluktuation, die Ausbildung west- und ostdeutscher Soldaten im jeweils anderen Teil Deutschlands ebenso wie das Einberufen von Wehrpflichtigen aus den alten in die „neuen Bundesländer“ und umgekehrt hat entscheidend zur Integration beigetragen.<sup>157</sup>

Trotz aller Erfolge dürfen jedoch auch die Probleme vor allem der Anfangszeit nicht unerwähnt bleiben. Von Bredow sieht die ohnehin nicht unbeträchtlichen Integrationsprobleme der ehemaligen DDR-Bewohner in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland für die ehemaligen NVA-Soldaten in der Bundeswehr noch einmal verschärft. Zu den materiellen und allgemeinen Schwierigkeiten, sich die Alltags-Codes einer westlichen Gesellschaft zu erarbeiten, sei noch die besondere Schwierigkeit hinzugetreten, die Grundlagen des bisherigen beruflichen Lebens als unecht, die Selbst- und Weltdeutung als irreführend erkennen zu müssen.<sup>158</sup> „Die Nationale Volksarmee (...) war als 'Armee sozialistischen Typs' ein Instrument des kommunistischen Staates und eine privilegierte Organisation der SED. Diese Partei kontrollierte jeden Soldaten in der NVA mit Hilfe eines dicht geknüpften Netzes innerhalb der Streitkräfte. Ein Fortkommen im Beruf war nur mit der SED möglich.“<sup>159</sup> Auch von Bredow konstatiert: „Der NVA-Soldat hat nicht in einer gesellschaftlichen Nische der DDR leben können, er war vielmehr ein betont herausgehobener Repräsentant des Regimes. (...) Nach der Vereinigung war das alles ein für allemal weggebrochen.“<sup>160</sup>

Die dadurch ausgelöste Orientierungskrise ist im Einzelfall mehr oder weniger erfolgreich bewältigt worden. Klein, Lippert und Meyer haben schon Ende 1991/Anfang 1992 empirische Daten zur Einstellung zu Fragen der soldatischen Existenz unter ehemaligen NVA-Offizieren erhoben, die dies belegen. Auf die Ergebnisse dieser Befragung soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden, nur Trends sollen stichwortartig aufgezeigt werden: Zum Thema „Soldat und Politik“ manifestierte sich eine Lösung von Politik und Parteien. Die jahrelange politische Bevormundung habe zu einer mißtrauischen Vorsicht gegenüber den

---

<sup>157</sup> So wurden 18 bedeutende zentrale Führungs- und Ausbildungseinrichtungen verlegt, u.a. die Offizierschule des Heeres nach Dresden, das Marineamt nach Rostock, die Schnellbootflottille nach Warnemünde, das Militärgeschichtliche Forschungsamt nach Potsdam, ein Jagdgeschwader der Luftwaffe nach Laage bei Rostock, ein Lufttransportgeschwader nach Holzdorf, die Akademie für Information und Kommunikation sowie das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr nach Strausberg bei Berlin, vgl.: Clement 1999: 141 f., sowie: Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 20 f.

<sup>158</sup> Vgl. Bredow 1995: 32.

<sup>159</sup> Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 15.

<sup>160</sup> Bredow 1995: 32.

Parteien generell geführt. Viele ehemalige NVA-Soldaten betrachteten sich jetzt als „unpolitisch“.<sup>161</sup>

Im Vergleich zwischen NVA und Bundeswehr wird die Bundeswehr oft als die weniger schlagkräftige Armee eingeschätzt, die Ausbildung in der NVA sei härter und kriegsnäher gewesen. Andererseits seien soziale Distanz und menschliche Kälte im Vergleich zur Bundeswehr größer gewesen. „Für Panzer wurde mehr getan als für Menschen...“ Als Negativpunkt in der Bundeswehr werde die übergroße Bürokratie empfunden. Der „Paperkrieg“ habe sich verdreifacht.<sup>162</sup>

Das Verhältnis zur Zivilbevölkerung habe sich seit der Vereinigung insgesamt verbessert. Der Soldatenberuf habe bei der Bevölkerung der DDR nicht in hohem Ansehen gestanden. „Gehaßt war man nicht, angesehen aber auch nicht.“ Dies sei teilweise begründet gewesen durch einen übertriebenen Hang zur Geheimhaltung oder durch eine „Ghettoisierung“ der Soldatenfamilien durch die Unterbringung in eigenen Wohnanlagen (mit fest installierten Alarmierungsanlagen). Einerseits werde einem der „Sinneswandel“, jetzt dem früheren Gegner zu dienen, von der Bevölkerung oft nicht abgenommen („Wendehälse“), andererseits habe die Bundeswehr ein „höheres soziales Ansehen in der Bevölkerung“, das Interesse sei gewachsen.<sup>163</sup>

Trotz der genannten Integrationsprobleme kamen Klein, Lippert und Meyer 1993 zu dem Schluß: „Allerdings, die Masse der zu übernehmenden Offiziere ist jung und anpassungsfähig. Zu allzu großem Pessimismus besteht deshalb kaum Anlaß.“<sup>164</sup> Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird, wie eingangs angedeutet, die Integration von Bundeswehr und NVA allgemein als positiver Modellfall gedeutet. „Die Verzahnung zwischen Ost und West ist in den vergangenen Jahren immer enger geworden, so eng, daß es heute bis auf die unterschiedliche Bezahlung<sup>165</sup> keine erkennbaren Unterschiede mehr gibt.“<sup>166</sup> Es steht zu erwarten, daß man ost- und westdeutsche Bundeswehrsoldaten bald nur noch an ihrem Dialekt erkennen kann.

<sup>161</sup> Vgl. Klein, Lippert, Meyer 1993: 290 f.

<sup>162</sup> Vgl. dies.: 294 f.

<sup>163</sup> Vgl. dies.: 296.

<sup>164</sup> Dies.: 299.

<sup>165</sup> Aus wirtschaftspolitischen Gründen erhalten die Soldaten der „neuen Bundesländer“ ein geringeres Gehalt als Soldaten aus dem Westen in gleichen Dienststellungen. Dies wird mit dem Gebot der Gleichbehandlung gegenüber den Beamten und Angestellten der Bundesländer, Kreisen und Kommunen begründet. Dafür wird das Gebot der Gleichbehandlung gegenüber den Mitarbeitern auf Bundesebene (West) verletzt. Selbst im zwölften Jahr der deutschen Einheit ist dieses Problem noch ungelöst.

<sup>166</sup> Clement 1999: 140.

#### 1.4.2.2. Reduzieren: „Frieden schaffen mit weniger Waffen“

Die zweite große Herausforderung, der sich die Bundeswehr seit 1990 gegenüber sieht, ist die Reduzierung ihrer Stärke und ihres Materials. Ausgangspunkt dieser Entwicklung, die auch die Streitkräfte aller europäischen Staaten erfaßt hat, war für Deutschland der „Zwei-Plus-Vier“-Vertrag, in dem eine Obergrenze von 370.000 Soldaten vereinbart wurde. Ende der achtziger Jahre hatte die Bundeswehr, wie schon erwähnt, eine Friedensstärke von 495.000 Soldaten, hinzu kamen am 03. Oktober 1990 – sprichwörtlich über Nacht – ca. 90.000 Soldaten der ehemaligen NVA. Über die letztgenannte Zahl gibt es widersprüchliche Angaben, aber im Oktober 1990 kann von einer deutschen Streitkräftestärke von ca. 600.000 Soldaten ausgegangen werden. An diesen Zahlen wird die immense Reduzierungsleistung deutlich, zu der sich Deutschland vertraglich verpflichtet hatte. Mit verschiedenen Maßnahmen, wie beispielsweise dem *Personalstärkegesetz*, das Berufssoldaten erlaubte, in den Status eines Soldaten auf Zeit zu wechseln oder Zeitsoldaten, ihre Verpflichtungsdauer zu verkürzen, wurde nach dem sog. *Personalstrukturmodell 370 (PSM 370)* verfahren.

Eine weitere wichtige internationale Vertragsgrundlage für die Reduzierung der Bundeswehr bildet der *Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)*. Dieser am 19. November 1990 durch die Staats- und Regierungschefs der damals noch 22 Vertragsparteien aus NATO und Warschauer Pakt unterzeichnete Vertrag legt für die Vertragsstaaten völkerrechtlich verbindlich und nachprüfbar fest: 1. die kollektive und einzelstaatliche, gesamteuropäische und regional differenzierte Reduzierung, Begrenzung und Nutzungseinschränkung der Großwaffensysteme, die zur Führung überraschender oder großangelegter Offensiven wesentlich sind (Kampfpanzer, gepanzerte Kampffahrzeuge, Artillerie, Kampfflugzeuge und Kampfubschrauber), 2. die Reduzierung des Gesamtumfangs dieser Waffen in Europa von mehr als 200.000 auf höchstens 157.600 Systeme, 3. den drastischen Abbau des (ehemals) sowjetischen Potentials, 4. die Verhinderung von Kräftekonzentrationen in bestimmten Regionen, 5. eine bisher unbekannte Transparenz der Waffenarsenale und militärischen Strukturen, 6. deren verlässliche Kontrolle durch Verifikationsmaßnahmen.<sup>167</sup> Bedingt durch die Übernahme des Materials der ehemaligen NVA hatte Deutschland nach Rußland und mit weitem Abstand vor allen anderen Vertragsstaaten die zweithöchste Reduzierungsverpflichtung. Bereits 1995 verfügte die Bundeswehr nur noch über 53 % der bei Inkrafttreten des Vertrages erfaßten Waffenbestände. Durch die *Abschließende Akte der Verhandlungen über Personalstärken konventioneller*

<sup>167</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 75.

*Streitkräfte in Europa (KSE Ia)* aller KSE-Vertragsstaaten wurden erstmals in der Geschichte der Rüstungskontrolle Personalumfänge der Land- und Luftstreitkräfte in Europa begrenzt. Auch in diesem Dokument wurde eine Begrenzung des deutschen Streitkräfteumfanges auf 370.000 festgelegt.<sup>168</sup>

Vorwiegend aus finanzpolitischen Gründen erfolgte eine weitere Reduzierung der Bundeswehrstärke, 1998 hatte die Bundeswehr nunmehr 340.000 Soldaten Friedensumfang (gemäß PSM 340). Nach dem Regierungswechsel im Oktober 1998 hat die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) die „Neuausrichtung der Bundeswehr“ zu einem der „wesentlichen Reformvorhaben der Bundesregierung“<sup>169</sup> erklärt. Hierzu wurden verschiedene Maßnahmen ergriffen, die als Entscheidungsgrundlage dienen sollten, u.a. wurden Tagungen des Bundesministers der Verteidigung, Rudolf Scharping, mit Soldaten und zivilen Mitarbeitern aller Dienstgrade und Führungsebenen durchgeführt. Weiterhin wurde im Mai 1999 eine Kommission eingesetzt, die Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung der Bundeswehr aussprechen sollte. Unter der Leitung des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker setzte sich diese Kommission, die im Mai 2000 ihre Ergebnisse vorlegte, aus Vertretern von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kirchen, Militär und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen zusammen. Darüberhinaus wurde der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Hans-Peter von Kirchbach, mit der Erarbeitung einer Studie beauftragt. Sowohl der Bericht der „Weizsäcker-Kommission“ als auch die Studie des Generalinspektors enthalten weitreichende Hinweise zur Neugestaltung der Bundeswehr, an dieser Stelle sollen jedoch nur die Vorschläge zum künftigen Umfang der Streitkräfte betrachtet werden. Die „Weizsäcker-Kommission empfahl eine weitere drastische Reduzierung auf 240.000 Soldaten, wobei die Zahl der Grundwehrdienstleistenden mit 25.000 nur noch einen kleinen Teil am Gesamtumfang ausmachen sollte.“<sup>170</sup> Von Kirchbach sprach sich in seiner Studie für einen Streitkräfteumfang von 290.000 Soldaten aus, bei einem Wehrpflichtigenanteil von 84.500.<sup>171</sup>

Schließlich entschied Verteidigungsminister Rudolf Scharping in seiner programmatischen Schrift *Die Bundeswehr – sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf*: „Der Präsenzumfang der Streitkräfte beträgt künftig 255.000 Soldaten.“<sup>172</sup>

---

<sup>168</sup> Vgl. dass.: 76 f.

<sup>169</sup> Bundesminister der Verteidigung 2000: 1.

<sup>170</sup> Vgl. Kommission Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr 2000: 71.

<sup>171</sup> Vgl. Generalinspekteur der Bundeswehr 2000: 36.

<sup>172</sup> Bundesminister der Verteidigung 2000: Nr. 56.

Die Entscheidung zu einer weiteren Reduzierung ist auch von hoher landes- und kommunalpolitischer Brisanz, da von Standortschließungen die wirtschaftliche Situation der entsprechenden Länder und Gemeinden betroffen ist. Seit Mitte der neunziger Jahre ist die Bundeswehr schrittweise immer weiter abgebaut worden, wobei sich innerhalb der Bundeswehr wie in der Öffentlichkeit der Eindruck verfestigt hat, man „habe soviel Bundeswehr, wie man sich leisten könne, nicht so viel wie man brauche“. Die Fragerichtung schien zu lauten: Ausgehend vom Finanzhaushalt werde entschieden, wie die Bundeswehr auszusehen habe. Nach Wellershoff ist der Verteidigungshaushalt ein wichtiges Indiz für die Bedeutung, die der Sicherheit im Rahmen aller Ausgaben eines Staates zugemessen wird. Im Rahmen des Bundeshaushaltes könne man die Veränderungen des Anteils des Verteidigungshaushaltes als Anzeichen für die Regierungsprioritäten ansehen. 1984 habe der Anteil des Verteidigungshaushaltes am Bundeshaushalt (West) 19 % betragen, 1989 (West) noch 18,1 %, 1994 nur noch 10,1 %.<sup>173</sup> Bis 1999 sei er auf 9,9 % gesenkt worden.<sup>174</sup> In absolute Zahlen übersetzt: 1990 betrug der Verteidigungsetat 57,5 Mrd. DM, im Jahr 2000 nur noch 45,3 Mrd. DM.<sup>175</sup> „Innerhalb des Verteidigungshaushaltes ist das Verhältnis von Betriebs- zu Investitionsmitteln ein Anzeichen für eine gesunde Ausgewogenheit zwischen guter Ausbildung und moderner Ausrüstung. International gilt je nach Wehrsystem ein Verhältnis von 65 zu 35, mindestens jedoch 75 zu 25 % als vernünftig.“<sup>176</sup> Seit den achtziger Jahren habe sich dieses Verhältnis in Deutschland stetig zu Ungunsten der Investitionskosten verändert (1989: 68,1 zu 31,9 %, 1994: 78,1 zu 21,9 %).<sup>177</sup> „Die Folge waren eine unwirtschaftliche Streckung von Modernisierungsvorhaben und teilweise über die Schmerzgrenze hinausgehende Sparprogramme.“<sup>178</sup> Die Bundeswehr wurde daher – vor allem von Oppositionspolitikern – oft als „finanzieller Steinbruch der Nation“ bezeichnet. Während der letzten Jahre gab es auch in der Presse oft Meldungen über die nur „bedingte Einsatzfähigkeit“ der Bundeswehr und ihr Gerät, das oft wesentlich älter sei als die Soldaten, die es bedienten.<sup>179</sup> Durch die gegenwärtige abermalige Bundeswehrreform scheint sich die

---

<sup>173</sup> Vgl. Wellershoff 1995: 79 f.

<sup>174</sup> Vgl. ders. 1999: 255.

<sup>175</sup> Vgl. Inacker 2000: 3.

<sup>176</sup> Wellershoff 1995: 79.

<sup>177</sup> Vgl. ders.: 80.

<sup>178</sup> Ders. 1999: 256.

<sup>179</sup> Die Bundeswehr operiert heute mit teilweise erheblich überaltertem Gerät. So müssen bisweilen aus Luft- und Kraftfahrzeugen Teile ausgebaut werden, um andere in Betrieb zu halten. Auch Scharping nennt Beispiele für diese unbefriedigende Situation: „Schon heute können unsere Soldaten teilweise nicht mehr auf gleichem Standard mit unseren Partnern üben. Die Marine wird sehr bald nicht mehr in der Lage sein, das Führungsschiff für maritime NATO-Einsatzverbände zu stellen, weil unsere Schiffe keine Informationen innerhalb des Verbandes austauschen können. Für die schnelle Verlegung von Truppenteilen steht nur die TRANSALL zur Verfügung. Obwohl die Kapazität nicht ausreichend und bereits jenseits ihrer geplanten Lebensdauer, muß die

Fragerichtung nun umgekehrt zu haben: Was sollen die Streitkräfte tun (können) und welche Mittel brauchen sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben? Um den Druck der Unterfinanzierung zu mildern, hat die Bundeswehr begonnen, marktwirtschaftliche Prinzipien innerbetrieblich zur Anwendung zu bringen.<sup>180</sup> Ob die Schere zwischen Auftrag und Mitteln geschlossen werden kann, bleibt abzuwarten.

### 1.4.2.3. Strukturieren: Verschiedene Streitkräftekategorien

Seit 1990 befindet sich die Bundeswehr in einem stetigen und bis in die Gegenwart andauernden strukturellen Wandel. Die deutschen Streitkräfte, die bis Ende der achtziger Jahre in erster Linie auf einen bodengeführten Krieg mit den Truppen des Warschauer Vertrages eingestellt waren und für diesen Zweck auch strukturell optimiert waren, sahen sich plötzlich mit möglichen Herausforderungen konfrontiert (z.B. schnelle Verlegebereitschaft für einen Einsatz außerhalb Deutschlands)<sup>181</sup>, die mit der bisherigen Struktur nicht zu bewältigen waren. Analog zu der bereits erwähnten NATO-Weisung MC-317 hat auch die Bundeswehr strukturell auf die geänderte sicherheitspolitische Lage in Europa reagiert. Im Weißbuch von 1994 wird die neue Streitkräftestruktur vorgestellt:

„Die Struktur der Bundeswehr wird den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und erforderlichen Fähigkeiten angepaßt. Dabei werden drei Streitkräftekategorien unterschieden:

- die präsenten Krisenreaktionskräfte;
- die weitgehend mobilmachungsabhängigen Hauptverteidigungskräfte
- die Militärische Grundorganisation der Streitkräfte.“<sup>182</sup>

---

Luftwaffe sie weiter in Dienst halten. Sie verursacht bei ständig abnehmender Verfügbarkeit immer höhere Kosten.“, Scharping 1999: 11.

<sup>180</sup> Schlüsselbegriffe sind in diesem Zusammenhang die „Kosten- und Leistungsverantwortung (KLV)“, das „Kontinuierliche Verbesserungsprogramm (KVP)“ sowie die Prinzipien des „Controlling“. Darüberhinaus wurden der Rahmenvertrag „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“ (Dezember 1999) sowie weitere Verträge mit dem Ziel einer „strategischen Partnerschaft mit Industrie und Wirtschaft“ geschlossen, vgl. Bundesminister der Verteidigung 2000: 1.

<sup>181</sup> So kommt das Bundesministerium der Verteidigung zu dem Schluß: „Die Bundeswehr ist heute auf den unwahrscheinlichsten, wenn auch gefährlichsten Einsatzfall noch am besten, für die wahrscheinlichsten neuen Einsatzaufgaben aber am wenigsten gut vorbereitet“, vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994: 2. Das erwähnte Nicht-Vorbereitetsein wird beispielsweise im Bereich der Logistik dokumentiert bei Schmidtchen 1994.

<sup>182</sup> Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 93.

Zu den einzelnen Kategorien wird ausgeführt: „Die Hauptverteidigungskräfte (HVK) umfassen die Gesamtheit der aufwuchsfähigen und präsenten Kräfte, die in der Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden. Das Fundament der Landesverteidigung wird von den aufwuchsfähigen Anteilen der Hauptverteidigungskräfte gebildet. (...) Die Krisenreaktionskräfte (KRK) sind der Teil der Streitkräfte, der für die Konfliktverhütung und Krisenbewältigung im Rahmen des Bündnisses sowie als Beitrag zu internationalen Friedensmissionen eingesetzt werden kann. (...) Die Militärische Grundorganisation (MGO) wird als dritte Streitkräftekategorie zur Führung, zur Unterstützung des Betriebes der Streitkräfte, zur Durchführung von Ausbildungs- und Versorgungsaufgaben, für die Aufgabe der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit und für die Unterstützung der Alliierten benötigt, die in Deutschland stationiert sind.“<sup>183</sup>

Auch die *Konzeptionelle Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr* vom Juli 1994 kommt – ausgehend vom gewandelten Auftrag der Bundeswehr, wie er im folgenden Unterkapitel dokumentiert wird – zu den drei genannten Streitkräftekategorien. Hier werden erstmals auch spezifische Größenordnungen genannt. Durch die stark mobilmachungsabhängigen Hauptverteidigungskräfte sollen die Streitkräfte auf einen Verteidigungsumfang von 650.000 bis 700.000 Soldaten aufwachsen können. Die Krisenreaktionskräfte sollen von Kräften aus allen drei Teilstreitkräften (TSK) Heer, Luftwaffe und Marine gestellt werden und 50.000 Soldaten betragen.<sup>184</sup>

Die Entscheidung zur Unterscheidung verschiedener Streitkräftekategorien hatte tiefgreifende Folgen nicht nur für die Struktur der Streitkräfte, sondern auch für Auftrag, Ausrüstung, personelle Zusammensetzung und Ausbildung.<sup>185</sup> Da die Militärische Grundorganisation sowie die Hauptverteidigungskräfte sich um die „Friedensaufgaben“ der Streitkräfte kümmerten, die Krisenreaktionskräfte sich hingegen auf den möglichen Einsatz, beispielsweise im NATO- oder UNO-Rahmen, vorbereiteten, gab es zwischen diesen Kategorien beträchtliche Unterschiede,<sup>186</sup> die bisweilen auch mit Problemen verbunden

---

<sup>183</sup> Dass.: ebd.

<sup>184</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994: 5 ff.; weiterhin sollen sie „in Übereinstimmung mit den Bereitstellungskategorien der NATO zu kleineren Teilen in drein bis sieben Tagen, in Gänze nach 15 bis 30 Tagen verlegebereit sein. Sie müssen so ausgebildet sein, daß ihre Kampfeinheiten in der Regel ohne Personalaustausch eingesetzt werden können. Die Forderung an Verfügbarkeit und Professionalität verlangt, daß sie überwiegend aus Zeit- und Berufssoldaten bestehen“, dass.: 7.

<sup>185</sup> Vgl. Biehl 1998: 21.

<sup>186</sup> Beispielsweise setzen sich die HVK zu 54,4 % aus Grundwehrdienstleistenden und zu 45,5 % aus Zeit- und Berufssoldaten zusammen, die KRK hingegen bestehen nur aus Zeit- und Berufssoldaten sowie aus freiwillig dort den Grundwehrdienst leistenden Soldaten. 1996 hat die Bundeswehr, um eine ausreichende Zahl von Mannschaftsdienstgraden in den KRK zu sichern, den neuen Status des längerdienenden Wehrdienstleistenden (*FWDL*) eingeführt. Diese Soldaten sind Wehrdienstleistende, die sich über die Grundwehrdienstzeit hinaus für

waren. „Die starke Differenzierung der deutschen Streitkräfte, wie sie mit der Unterteilung KRK – HVK vorgenommen wurde, war von Beginn an sowohl in der Truppe als auch bei vielen Beobachtern umstritten. Das Wort von der Zwei-Klassen-Armee macht seit einigen Jahren die Runde (...).“<sup>187</sup> Obwohl durch die politische und militärische Führung versucht wurde, dieser Tendenz der Auseinanderentwicklung innerhalb der Streitkräfte durch verschiedene Maßnahmen wie die strukturelle Vermaschung bis auf Bataillonsebene, die Einheitlichkeit der Führerausbildung sowie die Personalfluktuaton zwischen den Kategorien, entgegenzuwirken, waren dennoch aus den HVK zunehmend Klagen über die Herabsetzung hinsichtlich Ausrüstung, Präsenz und Ausbildung zu vernehmen.<sup>188</sup> Wenn es um die Verteilung der ohnehin knappen Finanzmittel ging, erhielten die für einen Einsatz bereitstehenden KRK verständlicherweise den Vorzug, was allerdings ebenso verständlicherweise oftmals Unzufriedenheit bei den Angehörigen der HVK, die sich als „Soldaten zweiter Klasse“ behandelt fühlten, hervorrief.

Dennoch hat die Bundeswehr seit Mitte der neunziger Jahre diese Umstrukturierung vorgenommen und Verbände und Einheiten den verschiedenen Kategorien zugeteilt. Aufgrund der Erfahrungen, die durch Bundeswehreinätze – in erster Linie auf dem Balkan – gewonnen wurden, zeichnete sich hinsichtlich der Personalregeneration für die Kräfte im Einsatz ein erheblich höherer Bedarf als 50.000 Soldaten (KRK) ab. Somit kamen sowohl die Kommission *Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr* als auch der Generalinspekteur der Bundeswehr von Kirchbach („*Eckwerte-Papier*“) in ihren Analysen zu einer Forderung nach einer ungefähren Verdreifachung der Kräfte für einen Einsatz.<sup>189</sup> Verteidigungsminister Scharping schloß sich dieser Einschätzung an und übernahm auch das verwendete Vokabular: „Die Hauptverteidigungskräfte und Krisenreaktionskräfte werden zu Einsatzkräften zusammengeführt“<sup>190</sup>. Diese Einsatzkräfte sollen eine Stärke von 150.000 Soldaten haben – gegenüber den 105.000 Soldaten der Militärischen Grundorganisation<sup>191</sup>. Nach Einnahme dieser Struktur wird die Mehrzahl aller Bundeswehrsoldaten für Einsätze zur Verfügung stehen, die Trennung von HVK und KRK ist aufgehoben und die „Zwei-Klassen-

---

eine Dauer von 12 bis 23 Monaten zu einem Dienst in den Einheiten der KRK verpflichten, vgl. Biehl 1998: 21 f.

<sup>187</sup> Ders.: 23.

<sup>188</sup> Vgl. ders.: ebd.

<sup>189</sup> Die Kommission *Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr* („*Weizsäcker-Kommission*“) empfahl, die Stärke der Einsatzkräfte auf „etwa 140.000 Soldaten zu erhöhen.“, vgl. Kommission *Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr* 2000: 54; General von Kirchbach forderte eine Verstärkung der Einsatzkräfte auf ca. 157.000 Soldaten, die er in ca. 87.000 Soldaten Reaktionskräfte und ca. 70.000 Soldaten Verstärkungskräfte gliedert, vgl. Generalinspekteur der Bundeswehr 2000: 34.

<sup>190</sup> Bundesministerium der Verteidigung 2000: Nr. 58.

<sup>191</sup> Vgl. dass.: ebd.



Armee“ scheint überwunden. Über den Ausgang dieser Umstrukturierung lassen sich derzeit noch keine Aussagen machen.

#### **1.4.2.4. Orientieren: Der erweiterte Auftrag der Bundeswehr**

Ausgehend von seiner Analyse des Golfkrieges 1991 hat der Schweizer Militärexperte Gustav Däniker bereits 1992 einen erneuten Paradigmenwechsel in der Militärgeschichte konstatiert, wie er „seit dem Eintritt der Atomwaffe in die Strategie nicht mehr vorkam.“<sup>192</sup> Im Fortgang seines Buches *Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte* entwickelt Däniker sieben diesbezügliche Thesen:

„These 1: Streitkräfte müssen Präventions-, Interventions- und Ordnungsfunktionen erfüllen können; Abschreckungs- und Kampfaufgaben rücken an zweite Stelle.

These 2: Militärischer Sieg wird immer mehr zum taktischen Ziel; strategisch geht es um die Schaffung günstiger Voraussetzungen für neue, umfassendere und dauerhaftere Friedensregelungen, die den ehemaligen Gegner einbeziehen.

These 3: Der Endzweck der Militärdoktrin der Zukunft der Zukunft heißt weder 'Vernichtung' noch 'Abnützung'; er heißt allenfalls 'Bestrafung', 'Zersetzung der feindlichen Kampfmoral', 'Neutralisierung' und 'Entwaffnung', letztlich aber 'Aussöhnung'.

These 4: Jeder Kampfplan muß (somit) verhältnismäßig sein, das heißt unter anderem auch eine Minimierung nicht nur der eigenen, sondern auch der gegnerischen Verluste anstreben.

These 5: Militärisches Denken und Handeln nach rein militärischen Kategorien darf es künftig nicht mehr geben. Selbst in Einzelheiten muß es dem Hauptziel einer umfassenden und dauernden (nationalen und internationalen) Existenzsicherung gerecht werden.

These 6: Flexibilität und Multifunktionalität sind (demzufolge) ebenso wichtig wie Feuerkraft und Gefechtsfeldbeweglichkeit.

These 7: Die Mission des Soldaten des 21. Jahrhunderts heißt: Schützen, Helfen, Retten! Sein Leitbild ist sein immer gezielterer und wirksamerer Beitrag an die Friedenswahrung oder Friedenswiederherstellung sowie an die Sicherung eines lebenswerten Daseins der Völker.“<sup>193</sup>

---

<sup>192</sup> Däniker 1992: 167.

<sup>193</sup> Ders.: 170 f.

Der Trend zum Wandel des Verständnisses von Militär wird in diesen inhaltlich sehr weitreichenden Thesen exemplarisch deutlich. Ohne sie im einzelnen interpretieren zu wollen, machen sie doch das Ausmaß des Paradigmenwechsels erkennbar. Sollte Däniker Recht behalten, wird sich Militär weltweit zu einer Art Polizeitruppe einer „Weltinnenpolitik“ entwickeln.

Linnenkamp macht auf die Rahmenbedingungen aufmerksam, die mit solcherlei neuen Aufgaben einhergehen: Da Gut und Böse auf fernen Schauplätzen immer schwerer unterscheidbar seien, seien Kriseninterventionen u.U. moralisch nur schwierig begründbar. Weiterhin prognostiziert er, daß die NATO als Durchführungsinstanz solcher Einsätze von jeweiligen Interessenkoalitionen abgelöst würde. Die Wirksamkeit militärischer Einsätze in der Wirkung auf politische Prozesse sei zudem nur begrenzt oder sogar potentiell kontraproduktiv.<sup>194</sup>

Bis zu einer „Weltinnenpolitik“ ist es demnach noch ein weiter Weg. Trotzdem läßt sich schon heute ein „erweitertes Rollen-Set der Streitkräfte“<sup>195</sup> beobachten. Von Bredow und Kümmel sprechen von einer „Verknüpfung von traditionellen und nicht-traditionalen Rollen.“<sup>196</sup> Die Streitkräfte einer Vielzahl von Ländern seien nun in einen Prozeß tiefgreifenden strukturellen Wandels eingetreten, der sie bereits in Ansätzen auf das breite Spektrum militärischer Missionen jenseits traditioneller Operationen der Abschreckung und der Verteidigung vorbereitet habe.<sup>197</sup>

Wie hat sich dieser Sachverhalt auf das „Rollen-Set“ der Bundeswehr ausgewirkt? In den *Verteidigungspolitischen Richtlinien* werden auch die gewandelten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen erstmals in einen erweiterten Auftrag der Bundeswehr umgesetzt und formuliert:

„Die Bundeswehr

- schützt Deutschland und seine Staatsbürger gegen politische Erpressung und äußere Gefahr,
- fördert die militärische Stabilität und die Integration Europas,
- verteidigt Deutschland und seine Verbündeten,

---

<sup>194</sup> Vgl. Linnenkamp 1997: 168.

<sup>195</sup> Bredow, Kümmel 1999: 16.

<sup>196</sup> Dies.: ebd.

<sup>197</sup> Vgl. dies.: ebd.

- dient dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen<sup>198</sup>,
- hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen.<sup>199</sup>

Im Mai 1993 hat der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, diese politische Vorgabe öffentlich umgesetzt und eine „Auswertung des Auftrages“ vorgenommen.<sup>200</sup>

Den ersten Punkt der Strichaufzählung identifiziert Naumann als „Kern des Auftrages der Bundeswehr“. Gefordert sei ein aktives, nicht reagierendes Handeln, bevor eine Krise in bewaffneten Konflikt oder Krieg umschlage.<sup>201</sup>

Im zweiten Punkt erkennt Naumann drei Aspekte: die Festigung der NATO, die militärische Kooperation mit befreundeten Staaten außerhalb der NATO (einschließlich Rußlands und der Ukraine) und schließlich den Aufbau multinationaler europäischer Truppenteile (wie beispielsweise des sog. *Euro-Korps*).<sup>202</sup>

Auch der dritte Punkt ist für Naumann „Kern des Auftrages“ sowie die Begründung der Allgemeinen Wehrpflicht. Ausgehend von der „dramatisch verbesserten geostrategischen Lage“ (nicht mehr Fronstaat) bestehe erstmals die Chance, einen Konflikt fernzuhalten durch die Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur.<sup>203</sup>

---

<sup>198</sup> Die Charta der Vereinten Nationen nennt in den Kap. VI und VII Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens, wobei Kap. VI lediglich friedliche Maßnahmen, dagegen Kap. VII u.a. auch militärische Zwangsmaßnahmen vorsieht. Zum Kap. VI zählen die Art. 33 bis 38. In ihnen sind u.a. friedliche Maßnahmen wie Empfehlungen oder die Aufforderung zur Beilegung von Streitigkeiten enthalten. Nach Kap. VII steht dem Sicherheitsrat, dem in Art. 24 UN-Charta die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit übertragen wird, ein breiteres Handlungsspektrum zur Verfügung. Hier reichen die Maßnahmen von der Feststellung der Friedensgefährdung (Art. 39 UN-Charta), die Empfehlungen wie z.B. zum Einsatz von UN-Friedenstruppen nach sich ziehen können, über friedliche Sanktionsmaßnahmen (Art. 41 UN-Charta, z.B. die Verhängung eines Wirtschaftsembargos, Unterbrechung der Verkehrswege, Abbruch der diplomatischen Beziehungen) bis hin zu militärischen Sanktionsmaßnahmen nach Art. 42 der Charta, vgl. Kap. VI und VII UN-Charta.

Durch das in Art. 27 UN-Charta niedergelegte Veto-Recht, das zur Folge hatte, daß zur Zeit des Ost-West-Gegensatzes der Sicherheitsrat oft handlungsunfähig war, haben sich die UN-Friedenstruppen entwickelt, die wegen ihrer hellblauen Kopfbedeckung meist als *Blauhelme* bezeichnet werden. Durch die Unfähigkeit des Sicherheitsrates, einen nach Art. 47 UN-Charta vorgesehenen eigenen Generalstab einzusetzen, entwickelte sich in der Praxis dieses Alternativverfahren, das in der Charta gar nicht vorgesehen war. Die Blauhelme sind gewissermaßen gewohnheitsrechtlich entstanden, sie besitzen keine explizite Rechtsgrundlage in der UN-Charta, vgl. Hoffmann 1993: 16 f.

<sup>199</sup> Bundesminister der Verteidigung 1992: 29 f.

<sup>200</sup> Vgl. Naumann 1993.

<sup>201</sup> Vgl. ders.: 3.

<sup>202</sup> Vgl. ders.: 4.

<sup>203</sup> Vgl. ders.: 5.

Der fünfte Punkt sei als Nebenaufgabe ein bekanntes Element im Inland wie im Ausland.<sup>204</sup>

Der vierte Punkt schließlich kennzeichnet das neue Element, das die Erweiterung des Auftrages ausmacht. Die anderen genannten Auftragsdimensionen hat oder hätte die Bundeswehr auch vor der Wende von 1989/90 wahrgenommen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der VPR war die Diskussion um den Auftrag der Bundeswehr noch längst nicht abgeschlossen, ein Konsens war nicht in Sicht. Insofern läßt sich wohl die offene Formulierung „dient dem Weltfrieden“ begreifen. Die VPR führen nicht aus, ob hierunter beispielsweise friedenserhaltende Maßnahmen wie das UN-Peace-keeping zu verstehen sind oder auch friedenswiederherstellende Maßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta, d.h. Kampfeinsätze wie beispielsweise den Golfkrieg von 1991.<sup>205</sup> Naumann folgt schon 1993 der weiten Auslegung: Dieser Teil des Auftrags verlange von der Bundeswehr die Fähigkeit, an „humanitären, friedenserhaltenden, aber auch friedenschaffenden Aktionen der UNO oder einer ihrer Regionalorganisationen teilzunehmen.“<sup>206</sup> Naumann schließt ausdrücklich auch Kampfmaßnahmen auf der Grundlage des Kapitels VII der UN-Charta ein. Die Beschränkung auf den klassischen Blauhelmeinsatz entspreche nicht mehr dem Anforderungsprofil der UNO.<sup>207</sup> „Eine solche Beschränkung würde uns wieder in eine Sonderrolle bringen, nachdem wir die Sonderrolle des geteilten Landes gerade überwunden haben.“<sup>208</sup>

Bezüglich der Friedenssicherung durch Blauhelme nennt Hoffmann neben den großen Erfolgen<sup>209</sup> auch spezifische Probleme dieser Form der Friedenssicherung. Die Friedenstruppen könnten in der Regel die Konflikte nicht lösen, sondern nur den *status quo* verfestigen. Ein weiteres Problem bestehe in der Natur heutiger Konflikte. Es seien nicht mehr die zwischenstaatlichen Kriege, die vor allem den Weltfrieden gefährdeten, sondern

---

<sup>204</sup> Vgl. ders.: 7 f.

<sup>205</sup> Man unterscheidet bei den Maßnahmen zur Konfliktbewältigung der UNO zunächst zwischen *Peace-keeping-Einsätzen* (ohne Kampfauftrag) und *Peace-enforcement-Einsätzen* (mit Kampfauftrag). Die *Peace-keeping-Einsätze*, die an Grundbedingungen wie das Einverständnis aller Konfliktparteien, strikte Unparteilichkeit der Blauhelme, Waffeneinsatz durch Blauhelme nur zur Selbstverteidigung u.a. gebunden sind, beinhalten drei mögliche Einsatzarten: *UN-Friedenstruppen (Peace-keeping-forces)*, *Beobachtermissionen (Observer-missions)* und *Gemischt zivil-militärische Friedensmissionen (Peace-keeping-missions)*.

Unter einem *Peace-enforcement-Einsatz* wird die Wiederherstellung des Friedens durch den Einsatz militärischer Gewalt nach Kap. VII der UN-Charta verstanden. Wegen der erwähnten Nicht-Existenz eines UN-Generalstabes kann nach Art. 48 UN-Charta ein einzelnes Mitglied mit der strategischen Leitung militärischer Maßnahmen betraut werden, so wurden beispielsweise die USA mit dieser Leitung im Golfkrieg 1991 gegen den Irak betraut. Die in einem solchen Fall eingesetzten Soldaten besitzen nicht den Status von UN-Soldaten und tragen daher weder einen blauen Helm noch Abzeichen der Vereinten Nationen, vgl. Kap. VI und VII UN-Charta.

<sup>206</sup> Naumann 1993: 6.

<sup>207</sup> Vgl. ders.: ebd.

<sup>208</sup> Ders.: ebd.

<sup>209</sup> 1988 wurde den „Blauhelmen der Vereinten Nationen“ als Honorierung ihres Einsatzes für den Weltfrieden der Friedensnobelpreis verliehen.

eher innerstaatliche Konflikte und hier vor allem die Verletzung von Menschenrechten, die die Sicherheit einer Region bedrohten. Vor allem in Bürgerkriegen, wo jeder gegen jeden kämpfte und die Konfliktparteien oftmals keiner staatlichen oder sonstigen Autorität mehr gehorchten, könnten Friedenstruppen mit ihren „gewaltlosen“ Befugnissen nicht erfolgreich sein. Zudem zeige sich, daß sich friedenssichernde Maßnahmen nicht mehr so klassisch „gewaltfrei“ definieren ließen wie bisher, die Grenzen zwischen *Peace-keeping* und *Peace-enforcement* würden allmählich verschwimmen.<sup>210</sup>

Am Beispiel der Entwicklung der Situation auf dem Balkan wurden die Schwächen der Problemlösungskompetenz der UNO offenbar. Zu Maßnahmen nach Kap. VII der UN-Charta konnte man nicht greifen, da kein Beschluß des Sicherheitsrates vorlag, der klassische Einsatz von Friedenstruppen war keine erfolgreiche Alternative. Wie bereits erwähnt, konnte erst das Eingreifen der NATO zu einer möglichen Lösung beitragen. Auch wenn Naumann, Hoffmann u.a.<sup>211</sup> sich zu Beginn der neunziger Jahre noch weitgehend auf den Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen der Vereinten Nationen beschränken, so ist die UNO heute doch in der Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr ins zweite Glied gerückt.

Inzwischen erweist sich die betont offene Formulierung der VPR sowie des Weißbuches 1994, das die Wortwahl der VPR aufgreift<sup>212</sup>, als praxistauglich, da sie ein großes denkbares Spektrum beinhaltet. Alle Einsätze der Bundeswehr in Vergangenheit und Gegenwart<sup>213</sup>

---

<sup>210</sup> Vgl. Hoffmann 1993: 44 f.

<sup>211</sup> Vgl. beispielsweise auch die Abhandlungen Ditzer 1993 und 1994, in denen der UN-Einsatz als Horizont möglicher Einsätze gesehen wird. An eine deutsche Beteiligung an einem NATO-Kampfeinsatz ohne UNO-Mandat – wie im Kosovo – war 1993 noch nicht zu denken. Ein Politiker, der solches damals erwogen hätte, hätte sich in der politischen Diskussion wahrscheinlich dem Vorwurf der „Kriegstreiberei“ ausgesetzt und persönliche Konsequenzen ziehen müssen.

<sup>212</sup> Vgl. Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 89.

<sup>213</sup> Die wichtigsten Auslandseinsätze der Bundeswehr waren/sind:

1991 – Türkei/Iran – Humanitärer Einsatz: „Aktion Kurdenhilfe“ (UNO)

1991 – Persischer Golf – Marine-Einsatz (Minenräumaktion) als Folge des Golfkrieges (UNO)

1991/96 – Irak – Unterstützung UNO-Abrüstungskommission (Lufttransport)

seit 1992 – Ex-Jugoslawien – Humanitäre Hilfe und Friedenssicherung in Kroatien, Bosnien-Herzegowina, im Kosovo. Erster Kampfeinsatz: Luftschläge gegen Serbien (UNO/NATO)

seit 1992 – Kaukasus – Beobachtungsmission und Sanitätskontingent in Georgien/Abchasien, Tschetschenien (OSZE)

1992/93 – Kambodscha – Deutsches Feldhospital in Phnom Penh im Rahmen der UNTAG-Friedensmission (UNO)

1992/94 – Somalia – Humanitäre Hilfe (Hungerkatastrophe); logistische Unterstützung Friedensmission (UNO)

1992/96 – Adria – Marine-Einsatz zur Überwachung Handelsembargo gegen Ex-Jugoslawien (UNO/WEU)

1994 – Ruanda – Humanitäre Hilfe zur Abwendung einer Hungerkatastrophe (UNO)

1999 – Albanien/Mazedonien – Humanitäre Flüchtlingshilfe, Schutztruppe für OSZE-Beobachter im Kosovo (UNO/OSZE/NATO)

1999/2000 – Ost-Timor/Indonesien – Unterstützung internationale Friedensmission INTERFET mit Sanitätskontingent (UNO), vgl. Inacker 2000: 3. Hinzuzufügen ist seit 2001 die Teilnahme der Bundeswehr an der Operation *Enduring Freedom* zur Bekämpfung des Terrorismus nach den Anschlägen in den USA vom 11. September 2001.

werden von dieser Auftragsbeschreibung abgedeckt, es gibt auch nach dem Regierungswechsel zur Zeit keinen erkennbaren Willen, eine Revision dieser Auftragsbeschreibung vorzunehmen. Im Gegenteil, auch die jüngste amtliche Festschreibung des Auftrages der Bundeswehr durch Verteidigungsminister Scharping formuliert den in den VPR dargestellten Auftrag der Bundeswehr nur sehr geringfügig um:

„Die Bundeswehr schützt Deutschland und seine Staatsbürger vor politischer Erpressung und äußerer Gefahr, verteidigt Deutschland und seine Verbündeten, trägt zur Sicherung von Frieden im euro-atlantischen Raum bei, fördert den Weltfrieden und die internationale Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen, hilft bei Katastrophen, rettet aus Notlagen und unterstützt humanitäre Aktionen.“<sup>214</sup>

Diese Komponenten des Auftrages der Bundeswehr werden in einer Aufgabenbeschreibung konkretisiert<sup>215</sup>: Hier nennt Scharping *Hoheitliche Aufgaben* wie die Überwachung des deutschen Luft- und Seeraumes, *Nationale Territoriale Aufgaben* wie den Schutz von Räumen und Objekten in Abstimmung mit zivilen Behörden, *Rettungs- und Evakuierungseinsätze*<sup>216</sup>, *Landesverteidigung* als unwahrscheinliche, aber nicht auszuschließende Möglichkeit, die nur über die Allgemeine Wehrpflicht zu realisieren sei, *Kollektive Verteidigung* im NATO-Bündnis, bei deren Eintritt die Bundeswehr angemessen reagieren können müsse, *Krisenbewältigung* im europäischen Raum, dazu: Verlegefähigkeit innerhalb weniger Tage und Durchhaltefähigkeit im Einsatzgebiet mehrere Jahre, *Kooperation* als militärische Daueraufgabe zur Förderung von Vertrauensbildung und Stabilität, beispielweise durch Rüstungskontrolle und die Teilnahme an multinationalen Aktivitäten und Übungen und *Hilfeleistungen* im In- und Ausland.

In dieser Auflistung wird das „erweiterte Rollen-Set“ deutlich. Zugleich fällt auf, daß die Friedensmissionen der Vereinten Nationen hier nicht mehr erwähnt werden.

Die Bundeswehr hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits umfangreiche Einsatzerfahrungen in allen gegenwärtig denkbaren und geforderten Rollen gewonnen. So kommt auch der ehemalige Bundespräsident Herzog zu dem Urteil: „Deutschland wird heute seiner

<sup>214</sup> Bundesminister der Verteidigung 2000: Nr. 15.

<sup>215</sup> Vgl. Bundesminister der Verteidigung 2000: Nr. 16 ff.

<sup>216</sup> Zur Durchführung dieser u.a. Spezialaufgaben wurde im September 1996 das *Kommando Spezialkräfte* (KSK), eine etwa 1000 Mann starke Einheit, aufgestellt.

Mitverantwortung bei vorbeugender Risikobewältigung der Völkerrechtsgemeinschaft gerecht.“<sup>217</sup>

Welche Auswirkungen hat die Erweiterung des Auftrages der Bundeswehr auf das Berufs-(er-)leben des einzelnen Soldaten?

## **1.5. Der deutsche Soldat im Wandel**

### **1.5.1. Der deutsche Soldat im „Kalten Krieg“**

Auf dieser letzten der drei Betrachtungsebenen des 1. Kapitels, der Ebene des Individuums, werden die Auswirkungen des beschriebenen Wandels möglicherweise am deutlichsten sichtbar. Dem gängigen Schema folgend, soll zunächst die Berufssituation des Soldaten der Bundeswehr während des Ost-West-Konfliktes betrachtet werden, um im Anschluß auf seine gewandelte Berufssituation seit 1989/90 einzugehen. Die Ranggruppe der Offiziere wird hier nicht besonders hervorgehoben, da die beschriebenen Sachverhalte auf Soldaten aller Ranggruppen gleichermaßen zutreffen. Offiziere als Träger besonderer Verantwortung unterscheiden sich von den Soldaten anderer Laufbahngruppen in den behandelten Fragen nur graduell, nicht prinzipiell.

Das Staatslexikon von 1988 definiert den Begriff „Soldat“.<sup>218</sup> Im zweiten Abschnitt „Soldatsein als ‚Friedensdienst mit der Waffe‘“ orientiert es sich – in der Endphase des Ost-West-Konfliktes – an der Strategie der Abschreckung und führt treffend aus: „Aufgabe der politischen Führung ist es, alles Bemühen auf Erhaltung des Friedens zu richten, während es die originäre Aufgabe des Soldaten bleibt, ‚sich auf den immer möglichen Krieg vorzubereiten‘ (H. Karst). Gleichwohl findet der Soldat in einer Ära zumindest deklaratorischer Kriegsächtung bei gleichzeitiger Atomkriegsdrohung seine vornehmste Aufgabe darin, den Frieden zu sichern. Er lebt mit der ‚Paradoxie eines Berufes, der alles zur Vorbereitung auf einen Einsatz tun soll, aber mit dem Ziel, diesen Einsatz zu verhindern‘ (Th. Ellwein). Die drohende atomare Eskalation fügt dieser Paradoxie die moralische Dimension hinzu, zum Einsatz in sich unsittlich erscheinender Waffen bereitstehen zu müssen.“<sup>219</sup>

---

<sup>217</sup> Herzog 1996: 4.

<sup>218</sup> Vgl. Haneke 1988: 1187 ff.

<sup>219</sup> Ders.: 1188.

Weiterhin wird das paradoxe Empfinden gestärkt in der Differenzerfahrung zu „einer Gesellschaft, die Sicherheit und Frieden unterdessen als selbstverständliche Güter anzusehen gewohnt ist.“<sup>220</sup>

Wiesner entwickelte 1993 eine Typologie von Verteidigungs- und Interventionsstreitkräften<sup>221</sup>, denen er verschiedene Attribute zuordnet. Verteidigungsstreitkräfte wie die Bundeswehr oder das japanische Militär seien eher *defensiv, aufwuchsabhängig, territorial*; Interventionsstreitkräfte wie beispielsweise die Streitkräfte der Alliierten im Golfkrieg würden dagegen charakterisiert durch die Begriffe *offensiv, präsent und mobil*. Verteidigungsstreitkräfte erführen ihre situationsunabhängige Legitimation aus dem allgemein anerkannten Recht zur Selbstverteidigung, wohingegen selbst multinationalen Interventionsstreitkräften immer der Vorwurf der Einmischung in innere Angelegenheiten oder der eigennützigen Machtpolitik anhafte. Sie bedürften deshalb einer besonderen Legitimation für jeden Einzelfall. Das persönliche Risiko eines Soldaten von Verteidigungsstreitkräften entspreche im wesentlichen dem aller anderen Bürger, Soldaten von Interventionsstreitkräften hingegen trügen im Vergleich zu anderen Bürgern ein grundsätzlich höheres persönliches Risiko.<sup>222</sup>

Der Bundeswehrsoldat des „Kalten Krieges“ entspreche klar dem Bild des Verteidigungssoldaten. „Die Väter der Bundeswehr haben aus der geschichtlichen Erfahrung heraus einen Soldatentypus geschaffen, der dem oben beschriebenen Verteidigungssoldaten sehr nahe kommt. Die Funktionen Machterhalt und -erweiterung durften nie wieder von deutschen Soldaten erfüllt werden. Die feste Einbindung in das westliche Bündnis verbunden mit dem Fehlen einer nationalen Führungsfähigkeit sollten – und haben es bisher auch – den erneuten Mißbrauch deutscher Soldaten erschweren. Von Beginn an wurde die Bundeswehr ausschließlich mit der Bedrohung begründet. Ein Einsatz deutscher Streitkräfte mußte also zwangsläufig mit der großen militärischen Auseinandersetzung in Europa verbunden sein und bekam damit quasi Endzeitcharakter. Der Einsatz deutscher Streitkräfte außerhalb dieses Szenarios schien nur im Rahmen von Katastropheneinsätzen denkbar. (...) Mit der im Zuge der Entspannungspolitik nach und nach abnehmenden Wahrscheinlichkeit einer großen, militärischen Auseinandersetzung in Europa sank auch die Wahrscheinlichkeit von Kampfeinsätzen für die Bundeswehr.“<sup>223</sup>

---

<sup>220</sup> Ders.: 1189.

<sup>221</sup> Vgl. Wiesner 1993: 10 ff.

<sup>222</sup> Vgl. ders.: 11 ff.

<sup>223</sup> Ders.: 19 f.



Hieraus folgte für den einzelnen Soldaten die persönliche Logik der Abschreckung, die zugleich die eingangs erwähnte Paradoxie darstellte. Der von dem ehemaligen Bundeskanzler und Verteidigungsminister Helmut Schmidt und dem früheren Generalinspekteur der Bundeswehr Ulrich de Maizière formulierte Satz: „Der Soldat der Bundeswehr muß kämpfen können und auch bereit dazu sein, um nicht kämpfen zu müssen“<sup>224</sup>, wurde zum „sicherheitspolitischen Credo“ der Bundeswehr. Bei einem Einsatz der Bundeswehr hätte sie bereits (in ihrer Abschreckungsfunktion) versagt. Dies führte dazu, daß die Beschränkung auf Verteidigung und das NATO-Gebiet tief im Bewußtsein der deutschen Soldaten verankert waren.<sup>225</sup> Gedanken an den Ernstfall, an Themen wie Verwundung, Gefangenschaft, Tod, Töten und Schuld wurden regelrecht „verdrängt“. Diese Tendenz ging sogar so weit, daß in den frühen achtziger Jahren von politischen Kreisen die Ablösung eines Kommandierenden Generals gefordert wurde, der in seinem Jahresausbildungsbefehl die „Steigerung der Kriegstüchtigkeit“ betont hatte.<sup>226</sup>

Anders als die Soldaten anderer Bündnispartner, die durchaus mit einem militärischen Einsatz (wie beispielsweise im Falklandkrieg) rechnen mußten, lebte der Soldat der Bundeswehr in einem Gefühl großer Sicherheit. In der Bundeswehr wuchs das Bewußtsein, sich auf die Aufgaben einer reinen Friedensarmee beschränken zu können. Diese Entwicklung ging einher mit dem Verfall des Ansehens des Soldatenberufes in der Öffentlichkeit.<sup>227</sup> Kohr und Lippert stellen fest, daß „im professionellen Selbstverständnis an die Stelle der soldatischen Tugenden mehr und mehr solche Manager-Qualifikationen traten, die so oder ähnlich auch in der Wirtschaft gefragt sind. (...) Der Beruf des Soldaten wandelte sich, zumindest tendenziell, zum 'Job'. Mit der Profanisierung einher ging eine Reduzierung der öffentlichen Unterstützung der Streitkräfte.“<sup>228</sup>

Wiesner kommt zu dem Schluß: „Der Soldat der Bundeswehr am Ende der Ära der Ost-West-Konfrontation kann wie folgt charakterisiert werden:

- professioneller Technokrat
- Verteidigungssoldat, national wie multinational
- trägt geringes persönliches Risiko
- materiell orientiert, verbunden mit dem Streben nach sozialer Sicherheit

---

<sup>224</sup> Maizière 1985: 241.

<sup>225</sup> Vgl. Wiesner 1993: 20.

<sup>226</sup> Vgl. Krustmann 1995: 13.

<sup>227</sup> Vgl. Wiesner 1993: 20.

<sup>228</sup> Kohr, Lippert 1990: 8.

- geringes soziales Ansehen bei
- weitgehender Integration in die Gesellschaft
- geringe Mobilität
- steigender Legitimationsdruck

Der typische Bundeswehrsoldat entwickelte sich, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, doch mehr zum verwaltenden Verteidigungsbeamten als zum einsatzbereiten Kämpfer.<sup>229</sup>

## **1.5.2. Der deutsche Soldat in der Gegenwart**

### **1.5.2.1. Das gewandelte Bild des Soldaten**

Durch den Golfkrieg von 1991 wurde vieles anders. Wie bereits dargestellt, befand sich Deutschland in der Diskussion über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Aufgrund der nicht geklärten Verfassungslage hatte die Bundesregierung die Alliierten ausschließlich, aber umfangreich materiell unterstützt. So entstand das Schlagwort von der „Scheckbuch-Diplomatie“. Im Verlauf der Kampfhandlungen am Golf wurden auch Angriffe auf den Irak von NATO-Flugplätzen aus der Türkei geflogen, was die Furcht eines Gegenangriffes der irakischen Streitkräfte auf die Türkei zur Folge hatte. Dieser Sachverhalt setzte wiederum eine Diskussion in Deutschland in Gang, ob ein solcher Angriff den sog. „Bündnisfall“, also die Pflicht zur gegenseitigen Hilfeleistung nach Art. 5 des NATO-Vertrages auslösen würde. Die Situation spitzte sich schließlich zu, als die Bundesregierung entschied, zum Schutz des NATO-Partners Türkei leichte Jagdbomber vom Typ Alpha-Jet des JaboG 43 aus Oldenburg auf den Fliegerhorst Erhac in Ostanatolien zu verlegen. Neben den von ziviler Seite vorgetragenen Protesten gegen diese Entscheidung<sup>230</sup> äußerten sich damals auch Soldaten kritisch.<sup>231</sup> Insgesamt war – verursacht durch die Ereignisse am Golf – die Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung

<sup>229</sup> Wiesner 1993: 21.

<sup>230</sup> Proteste von Mitgliedern der sog. „Friedensbewegung“ äußerten sich beispielsweise darin, daß „Kleidungsstücke (...) auf die Abzweigung zum Fliegerhorst gelegt [wurden]; (Tier-)Blut wurde auf die Fahrbahn gegossen; Kreuze wurden vor der Kaserne aufgestellt, durchgehende Mahnwachen vor den Kasernentoren gehalten, und es wurden u.a. Plakate mit einem jungen Wehrpflichtigen gezeigt, die die Aufschrift trugen: 'Ich sterbe gern für billiges Öl', vgl. Kahl 1991: 218.

<sup>231</sup> So äußerte ein Pilot: „Ich kam in die Türkei, um einen potentiellen Gegner abzuschrecken, nun muß ich erleben, wie die Türkei den USA gestattet, von ihrem Territorium aus Angriffe gegen den Irak zu fliegen. Man

(KDV) in Deutschland sprunghaft angestiegen; sie hatte sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt.<sup>232</sup> Besonders auffallend waren hierbei die Anträge, die aus den Reihen der Soldaten gestellt wurden. 37.774 Reservisten und 4.574 aktive Soldaten der Bundeswehr haben 1991 einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt.<sup>233</sup> Auch an diesem Phänomen mag das damalige Nicht-Vorbereitetsein Deutschlands und der Bundeswehr auf die „neue Situation“ abgelesen werden. Gegenwärtig haben sich die dargestellten Probleme relativiert. Die sog. „Friedensbewegung“ ist in der heutigen sicherheitspolitischen Diskussion nahezu gegenstandslos geworden und die Soldaten selbst erfüllen ihre Aufgaben unaufgeregt und professionell. Hierbei haben sich die deutschen Soldaten im Auslandseinsatz international einen sehr guten Ruf erworben.

Das Bild des Soldaten hat sich grundlegend gewandelt. Däniker hat mit seiner Formulierung des „Miles protector“ erstmalig die Aufgaben eines „neuen Soldatentyps“ zusammengefaßt. Zu der bereits zitierten 7. These seines Werkes „Wende Golfkrieg“ führt er aus: Entsprechend der notwendigen Neuorientierung militärischen Denkens und Handelns ändert sich auch die Gestalt und das Leitbild des Soldaten. Krieger, Kämpfer und reine Techniker des Schlachtfeldes sind zunehmend weniger gefragt als ein neuer Soldatentyp, den man als ‚Miles protector‘ bezeichnen kann, als denjenigen nämlich, der durch seinen Einsatz Schutz gewährt, aber mit derselben Energie und Kompetenz, mit der er Kampfaufgaben meistert, auch zur Hilfe und Rettung fähig ist.“<sup>234</sup> Bezogen auf die Blauhelme der Vereinten Nationen, beschreibt Koch diesen neuen Typus von Soldat so: „(...) ‚special-forces‘, die nicht mehr nur ihr Vaterland zu verteidigen bereit sind, sondern die im Auftrag ihres Landes und der Völkergemeinschaft insgesamt überall in der Welt als Friedensstifter auftreten: (...) Soldaten, deren Ziel endgültig nicht mehr das kriegerische Erobern ist, sondern das friedliche Miteinander der Völker – das Verhindern, Eindämmen, Mäßigen und Beenden von Feindseligkeiten, das Wiederherstellen und Aufrechterhalten von Frieden.“<sup>235</sup> In diesem Zusammenhang plädieren Arenth und Westphal sogar dafür, den Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“<sup>236</sup> zum „Weltbürger in Uniform“ zu erweitern.<sup>237</sup> Gramm spricht vom „Schutzmann

---

hat mich unter falschen Voraussetzungen hierher gelockt.“ Ein anderer sagte: „Wir sind zum Spielball der Politiker geworden.“, zitiert nach: Kahl 1991: 212.

<sup>232</sup> Im Jahre 1990 wurden ca. 75.000 KDV-Anträge gestellt, 1991 waren es ca. 152.000, vgl. Klein 1995: 8.

<sup>233</sup> Vgl. Hammel 1993: 127.

<sup>234</sup> Däniker 1992: 185.

<sup>235</sup> Koch 1990: 199.

<sup>236</sup> Der Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“ und die Konzeption der „Inneren Führung“ werden im 2. Kapitel dieser Arbeit behandelt.

<sup>237</sup> Vgl. Arenth, Westphal 1993: 125 ff.

für den Frieden, anstatt (...) Instrument des Krieges<sup>238</sup>. Hier sind Anklänge zu den von Wiesner beschriebenen „polizeiexekutiven“<sup>239</sup> Aufgaben zu vernehmen.

Mit dem Bild des Soldaten hat sich auch das Anforderungsprofil an ihn erweitert. „Zu den bisherigen Dimensionen ‚Staatsbürger‘ und ‚Kämpfer‘ kommt die Dimension ‚Helfer, Schlichter und Diplomat‘ hinzu.“<sup>240</sup> Ditzer fordert die „altruistische Haltung und Mentalität eines Entwicklungshelfers“.<sup>241</sup>

Auch in den regierungsamtlichen Veröffentlichungen wird zum Bild und Selbstverständnis des Soldaten Stellung genommen. Die VPR führen aus: „Die Soldaten der Bundeswehr müssen in ein neues Selbstverständnis hineinwachsen, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich meistern zu können. (...) Unsere Soldaten müssen künftig (...) auch bereit sein, in einer eng verflochtenen Welt neben der Verantwortung für ihr Land Mitverantwortung für die bedrohte Freiheit und das Wohlergehen anderer Völker und Staaten zu übernehmen.“<sup>242</sup> Vermutlich in freier Anlehnung an die Formulierung Dänikers (s.o.) wird weiter ausgeführt: „Sie [die Soldaten der Bundeswehr, d. Verf.] sollen mit derselben Tatkraft und Tüchtigkeit, mit der sie ihre Kampfaufträge durchführen, zur internationalen Kooperation, zur Hilfe und zur Rettung fähig sein.“<sup>243</sup> Das Weißbuch 1994 beschreibt das „Selbstverständnis des Soldaten“ so: „Das Berufsbild der Soldaten der Bundeswehr wandelt sich. Die Soldaten wachsen in ein neues Selbstverständnis hinein. (...) heute steht nicht mehr die Abwehr einer direkten Bedrohung im Zentrum unserer Überlegungen. Heute geht es auch darum, Menschen und Völkern aus Not und Gefahr zu helfen, zerstörte Staaten wieder aufzubauen und Friedensstörer in die Schranken zu weisen. Dabei werden die Soldaten heute mit menschlichem Elend und der Gefahr für Leib und Leben persönlich konfrontiert.“<sup>244</sup> Die jüngste programmatische Veröffentlichung von Verteidigungsminister Scharping fordert „Empathie“ von den Soldaten: „Politisches Urteilsvermögen, diplomatisches Fingerspitzengefühl und Charakterstärke sind wesentliche Voraussetzungen, um zwischen Parteien vermitteln zu können, die sich noch vor kurzem erbittert bekämpft haben. Misstrauen und Hass überwinden kann nur, wer sich in die Menschen hineindenken kann und sie verstehen will. Solche Empathie darf nicht mit Sympathie verwechselt werden. Militärische

<sup>238</sup> Gramm 1991: 207.

<sup>239</sup> Vgl. Wiesner 1993: 24 ff; in der englischsprachigen Literatur taucht beispielsweise bei Janowitz der Begriff „consabulary force concept“ auf, das er u.a. mit der kleinstmöglichen Gewaltanwendung verbindet, zitiert nach: Wiesner 1993: 24.

<sup>240</sup> Fröhling 1998: 5.

<sup>241</sup> Vgl. Ditzer 1995: 7.

<sup>242</sup> Bundesminister der Verteidigung 1992: 33.

<sup>243</sup> Ders.: ebd.

Friedenssicherung und Vermittlung erfordern einen festen eigenen Standpunkt, der moralisch in den Werten unserer Verfassung verankert ist (...).<sup>245</sup> Der erweiterte Auftrag an den Soldaten wird oft in dem Dreiklang „Schützen, retten, helfen“ zusammengefaßt.<sup>246</sup> Umgesetzt in eine konkrete Aufgabenbeschreibung, gehört beispielsweise dazu:

- „- Sicherung humanitärer Transporte, lebenswichtiger Versorgungseinrichtungen,
- Entwaffnung, Kontrolle und Demobilisierung der Konfliktparteien
- Minenräumung, Sicherung der Verkehrswege,
- Rückführung und Reintegration von Flüchtlingen,
- Wiederherstellen und Überwachen der öffentlichen Ordnung,
- Übernahme polizeiähnlicher Aufgaben“<sup>247</sup>

Das im vorigen Unterkapitel erwähnte Paradoxon des soldatischen Dienstes während des „Kalten Krieges“, daß in einer friedensgewohnten Gesellschaft ein kleiner Teil dieser Gesellschaft den Krieg übt, erfährt nun in der Phase nach dem Ende des „Kalten Krieges“ seine Steigerung. Die Gesellschaft befindet sich nach wie vor im Frieden, Teile der Bundeswehr stehen im („scharfen“) Einsatz außerhalb Deutschlands. Fröhling spitzt diesen Sachverhalt zu in der Formulierung: „Deutschland ist nicht unmittelbar bedroht, große Teile der Bevölkerung liegen in Mallorca am Strand – der Soldat hat sich aber mehr denn je auf den Einsatz vorzubereiten.“<sup>248</sup> Auch damit tritt Deutschland in eine Situation ein, die den Verbündeten Ländern seit langem vertraut ist.<sup>249</sup> Hier besteht erneut die Gefahr einer möglichen Auseinanderentwicklung, bzw. Entfremdung von Militär und ziviler Gesellschaft.

Im folgenden soll versucht werden, sich aus verschiedenen Blickwinkeln der Situation des Soldaten im Einsatz zu nähern. Hierbei wird zwischen Übung und Einsatz nicht nur ein gradueller, sondern ein prinzipieller Unterschied gesehen. In beiden Formen wird dem Soldaten in einem komplexen Milieu (Entscheidungs-)Verhalten abverlangt. Der graduelle Unterschied zwischen Übung und Einsatz besteht in der um ein Vielfaches erhöhten Komplexität im Einsatz. Übungen wollen diese Komplexität simulieren, sind jedoch dazu

---

<sup>244</sup> Bundesministerium der Verteidigung 1994a: 137.

<sup>245</sup> Bundesminister der Verteidigung 2000: Nr. 31.

<sup>246</sup> Diese knappe Formulierung findet sich u.a. bei Fröhling 1998: 7, in umgestellter Reihenfolge auch bei Däniker 1992: 185.

<sup>247</sup> Zentrum Innere Führung 1999d: 9.

<sup>248</sup> Fröhling 1998: 5.

<sup>249</sup> Der letzte Krieg der beispielsweise auf dem Staatsgebiet der USA ausgetragen wurde, war der Sezessionskrieg von 1861 bis 1865. Seitdem haben amerikanische Streitkräfte immer in anderen Teilen der Welt Krieg geführt. Je nach Standpunkt kann man den Terroranschlag vom 11. September 2001 als Kriegsakt deuten, der aber wiederum eine amerikanische Kriegführung außerhalb des Landes nach sich zog.

stets nur begrenzt in der Lage. Der prinzipielle Unterschied zwischen Übung und Einsatz besteht in dem Ursprung der jeweiligen Bedrohung. Während bei der Übung die Komplexität durch das System (Bundeswehr/eigener Verband/Einheit) konstruiert wird, hat es der Soldat im Einsatz mit der Konstruktion von außen zu tun. Während bei der Übung die Bedrohung simuliert ist, ist sie im Einsatz real. Im Vorausgegangenen ist deutlich geworden, daß sich die Lebenswelt des Soldaten – im Vergleich zu der von Übungen bestimmten Zeit des „Kalten Krieges“ – um die Komponente des Einsatzes erweitert hat und in Zukunft noch erweitern wird. Dies hat eine immense Steigerung der Komplexität des Berufsfeldes des Soldaten zur Folge. Welche Facetten umfaßt diese gestiegene Komplexität im einzelnen? Im folgenden sollen dazu drei Themenfelder betrachtet werden: 1. Die Beschaffenheit der Umgebung, in der sich der Soldat im Einsatz bewegt, 2. daraus sich ergebend, die Bedrohung, der er ausgesetzt ist, 3. sollen exemplarisch Entscheidungssituationen angesprochen werden, die sein ethisches Urteilvermögen herausfordern.

Will man die Umgebung des Soldaten im Einsatz beschreiben, muß man sich mit zwei Aspekten auseinandersetzen, die diese Umgebung prägen. Dies ist zum einen der Aspekt der *Interkulturalität*, der der Soldat im Einsatz ausgesetzt ist; zum anderen ist es die räumliche Situation, in der sich der Soldat wiederfindet, die man je nach Intensität fließend als *Einsatzraum* oder *Schlachtfeld* beschreiben kann.<sup>250</sup> Hier ist nach dem gegenwärtigen und zukünftigen *Kriegsbild*<sup>251</sup> zu fragen.

---

<sup>250</sup> Auf eine Typologie unterschiedlicher Einsatzformen, die sich in ihrer Intensität unterscheiden, soll hier verzichtet werden; aus politikwissenschaftlicher Sicht wäre eine derartige Typologie sinnvoll, die hier gewählte Subjektperspektive (vgl. Seifert 1992) erfordert dies nicht, da eine bestimmte Einsatzform das individuelle Erleben der Situation nur am Rande beeinflusst. Eine solche Typologie würde zudem durch die fließenden Übergänge verschiedener Einsatzformen erschwert und verspricht für die vorliegende Fragestellung keinen Erkenntnisgewinn.

<sup>251</sup> Korrekter wäre hier der Terminus *Einsatzbild*, da es sich nicht bei jedem tatsächlichen und denkbaren Einsatz um einen Krieg handelt. Trotzdem soll der Begriff des *Kriegsbildes* verwendet werden, da er in der Literatur verbreitet ist (vgl. beispielsweise Zwygart 1992 und Hoffmann 1997) und daher eine hohe Anschlußfähigkeit besitzt.

## 1.5.2.2. Grenzen überschreiten: Die Umgebung des Soldaten im Einsatz

### 1.5.2.2.1. Interkulturelles Erleben

„Was Wahrheit auf der einen Seite der Pyrenäen ist, ist Irrtum auf der anderen.“<sup>252</sup>, wußte schon Pascal. Diese „Pyrenäen“ können auch anders heißen und woanders liegen. Die Lebenswelt des modernen Soldaten im Einsatz ist tief geprägt von *interkulturellem Erleben* und zwar in zweifacher Hinsicht: Zum einen befindet sich der Soldat im Einsatz mit großer Wahrscheinlichkeit in einem Einsatzraum, der sich in kultureller und religiöser Hinsicht vom zentraleuropäischen, christlich-abendländisch geprägten Raum stark unterscheidet. Zum anderen ist der moderne Soldat heute mehr denn je Teil einer multinationalen Einsatztruppe<sup>253</sup>, die sich – insbesondere im UN-Blauhelmeinsatz – aus Soldaten Dutzender Nationen aus allen Teilen der Welt zusammensetzen kann, die alle ihre jeweiligen Werteeinstellungen und -überzeugungen in den Einsatz einbringen.

Thomas, Kammlhuber und Layes haben sich dieser Thematik in ihrem Werk „Interkulturelle Kompetenz. Ein Handbuch für internationale Einsätze der Bundeswehr“<sup>254</sup> umfangreich gewidmet. Nach einer Beschreibung der Anforderungen, die das erweiterte Aufgabenspektrum an den Soldaten der Bundeswehr stellt, führen sie aus: „Zu alledem tritt nun aber noch als entscheidender Faktor hinzu, daß der Soldat diese Fähigkeiten nicht in der gewohnten Umgebung ausüben soll, sondern in einem fremden Land mit einer ihm fremden Kultur. Er trifft dort auf Menschen, deren Sprache er zumeist nicht versteht und deren Handlungen und Reaktionen ihn teilweise verwirren. Zusätzlich ist die Bundeswehr auf die Kooperation mit Militärs aus befreundeten Nationen angewiesen, um den Einsatzauftrag zu erfüllen. Das bedeutet, der einzelne deutsche Soldat muß sich nicht nur mit der Mentalität der Einheimischen, sondern auch mit der Kultur des ausländischen Kameraden und dessen Verständnis von Zusammenarbeit, Führungsstil, usw. auseinandersetzen (...).“<sup>255</sup> Ausgehend von einer Definition von Brislin (1993) für *interkulturelle Handlungskompetenz*<sup>256</sup>, fordern

<sup>252</sup> Der französische Philosoph, Mathematiker und Physiker Pascal (1623-1662), zitiert nach: Berger 1996: 18.

<sup>253</sup> Multinationalität ist ein wesentliches Strukturmerkmal der Bundeswehr. Vor kurzem wurde das letzte nationale deutsche Korps, das IV. Korps in Potsdam, aufgelöst und ein deutsch-dänisch-polnisches Korps im polnischen Stettin aufgestellt. Die übrigen deutschen Korps sind schon seit mehreren Jahren bi- oder multinational strukturiert. Somit ist nach Beck „Multinationalität (...) künftig eine zentrale Bestimmungsgröße militärischer Führung.“, Beck 1999a: 7.

<sup>254</sup> Vgl. Thomas, Kammlhuber, Layes 1997.

<sup>255</sup> Dies.: 24.

<sup>256</sup> „Interkulturell handlungskompetent ist derjenige,  
- der viele Kontakte mit fremdkulturellen Personen hat

Thomas, Kammhuber und Layes *interkulturelles Lernen* im Rahmen der Vorbereitung auf einen Auslandseinsatz.<sup>257</sup> Sie unterscheiden dabei drei zeitliche Phasen: vor dem Einsatz, während des Einsatzes und Rückkehr aus dem Einsatz. Um Rückschlüsse auf die interkulturelle Kompetenz im Einsatz ziehen zu können, fragen sie beispielsweise nach den Motiven, die einen Soldaten vor einem freiwilligen Auslandseinsatz<sup>258</sup> zu diesem bewegen. Hier verweisen sie auf vier Motivgruppen, die vorherrschend seien: *Leistungsmotive* (etwas Außergewöhnliches leisten, eine Herausforderung bewältigen), *Selbstverwirklichungsmotive* (an der Aufgabe persönlich wachsen, eigene Grenzen überwinden), *altruistische Motive* (Beitrag zum Frieden leisten, moralische Verpflichtung zum Helfen), *hedonistische Motive* (Tapetenwechsel, Geld, Abenteuerlust). Altruistische Motive erwiesen sich hierbei als tragfähiger als hedonistische. Wer in einen Einsatz ginge, um „den Menschen in einer durch Krieg gebeutelten Region zu einem friedlichen Leben zu verhelfen, der wird bemüht sein, sich bei Kontakten mit Menschen aus diesem Gebieten respektvoll zu verhalten. (...) Wer dagegen vor allem aus finanziellen Gründen an einem solchen Auslandseinsatz teilnimmt und dem das Schicksal der dort lebenden Menschen im Grunde genommen egal ist, für den wird der Respekt gegenüber den Menschen des Einsatzlandes nicht so verhaltensbestimmend sein. (...) Somit erkennt man schon an der Unterschiedlichkeit der Motive, wie wichtig eine interkulturelle Vorbereitung der Soldaten ist. Ein gutes interkulturelles Training sollte bei den Teilnehmern Reflexionsprozesse über die eigenen Motive auslösen, damit ihnen deutlich wird, daß nicht jede motivationale Lage eine optimale Ausgangssituation für erfolgreiches interkulturelles Handeln darstellt.“<sup>259</sup>

Während des Einsatzes könne es zu einem „Kulturschock“ kommen, der zu einer Distanzierung von bzw. Ablehnung der Fremdkultur führen kann.<sup>260</sup> Nach Bochner tragen insgesamt sechs Faktoren zum Kulturschock bei, die er nach *Push-* und *Pull-Faktoren* unterscheidet, wobei die Push-Faktoren zur Abwendung von der Fremdkultur, die Pull-Faktoren zur Hinwendung zur Heimatkultur führen. Die abstoßenden Push-Faktoren sind: *Anstrengung* (Umgang mit Neuartigem, gewohnte Handlungsstrategien funktionieren oft nicht, vieles dauert länger und scheitert trotzdem), *Hilflosigkeit* (Zweifel, ob eine Anpassung

- 
- mit dem die fremdkulturellen Personen gerne Kontakt haben
  - der seine Aufgaben im fremdkulturellen Umfeld effizient erfüllt
  - der weder den Umgang mit den Personen noch seine Aufgabenerledigung als Streß empfindet.“,
- Brislin 1993, zitiert nach Thomas, Kammhuber, Layes 1997: 66.

<sup>257</sup> Vgl. dies.: 66.

<sup>258</sup> Seit der Erweiterung des Auftrages der Bundeswehr ist es die Politik der Bundesregierung(en), daß Grundwehrdienstleistende nur mit ihrer ausdrücklichen Zustimmung in Einheiten versetzt werden, die für Auslandseinsätze herangezogen werden können; bei Zeit- und Berufssoldaten wird Freiwilligkeit vorausgesetzt.

<sup>259</sup> Thomas, Kammhuber, Layes 1997: 76 ff.



überhaupt gelingen kann), *Rollenkonfusion* (Unklarheit über die Rolle, die man in den Augen der Einheimischen spielt, sowie über die gegenseitigen Erwartungen) und *Divergenzwahrnehmung* (Wahrnehmung, daß in der Fremdkultur andere Normen und Werte herrschen; irritierende, unangenehme oder sogar abstoßende Empfindungen). Die zur Heimatkultur hinziehenden Pull-Faktoren sind: *Heimweh* (Vermissen des Lebenspartners, der Familie, der Freunde; Furcht, daß die Familie durch die eigene Abwesenheit überfordert ist) und *Statusverlust* (höherer sozialer Status in der Heimatkultur als in der Fremdkultur).<sup>261</sup>

Eine spezifische interkulturelle Anforderung an den Soldaten im Einsatz sei die Fähigkeit zu *interkulturellem Verhandeln*, sei es „im Kontakt mit der vielleicht aggressiv eingestellten Bevölkerung, in Verhandlungen mit örtlichen Behörden oder Firmen, in Einstellungs- und Mitarbeitergesprächen mit Angestellten aus dem Gastland, in der Zusammenarbeit in bi- und multinationalen militärischen Teams, bei der Lagepräsentation in einem internationalen Stab, usw.“<sup>262</sup> Neben dem Problem der Sprachenvielfalt, insbesondere in einem UN-Kontingente, träten noch andere kommunikativ sensible Problemfelder zutage. Auch wenn es für Soldaten, die in multinationalen Teams mit Bangladeshis, Indern, Franzosen oder Amerikanern zusammenarbeiteten, unmöglich sei, alle Sprachen zu beherrschen, so sei es doch wichtig, wenigstens der üblichen Dienstsprache relativ mächtig zu sein, um eine erste Kommunikationssituation auch ohne Dolmetscher initiieren zu können. Auch könne die Beherrschung einiger Floskeln in der Sprache des Gastlandes des Kontakt mit Einheimischen erleichtern. Von großer Bedeutung sei auch die Sensibilisierung für nonverbale (körpersprachliche) und paraverbale (stimmliche) Signalreize. Gleiche Gesten könnten in verschiedenen Kulturräumen zu verschiedenen Bewertungen und damit zu verschiedenen Reaktionen führen.<sup>263</sup>

Bei der Rückkehr schließlich könne bisweilen ein „Reintegrationsschock“ eintreten, der auf eine gewisse Akkulturation mit der Fremdkultur im Einsatzland zurückzuführen sei. Dies sei gewissermaßen ein Kulturschock in Bezug auf die Heimatkultur<sup>264</sup>, so daß man auch von einer „Heimkehr in die Fremde“<sup>265</sup> sprechen könne. Entsprechend definiert Paige: „Kulturschock ist die erwartete Konfrontation mit dem Unvertrauten. Reintegrationsschock ist

---

<sup>260</sup> Vgl. dies.: 86.

<sup>261</sup> Vgl. Bochner 1994, zitiert nach: Thomas, Kamhuber, Layes 1997: 86 f.

<sup>262</sup> Dies.: 99.

<sup>263</sup> Dies.: 99 ff.

<sup>264</sup> Vgl. dies.: 134.

<sup>265</sup> Winter 1996, zitiert nach: Thomas, Kamhuber, Layes 1997: 134.

die unerwartete Konfrontation mit dem Vertrauten.“<sup>266</sup> Der Reintegrationschock werde beispielsweise daran deutlich, daß sich während des Einsatzes Wertorientierungen verändert hätten. „Gerade in wirtschaftlich gebeutelten Krisenregionen können sich die eigenen Wertorientierungen und Lebenseinstellungen in einer Weise verändern, die die Bundesrepublik Deutschland als Heimatkultur in einem sehr negativen Licht erscheinen lassen. Hauptkritikpunkte sind dann meist die exzessive Konsumhaltung in allen Lebensbereichen, die materialistische Lebenseinstellung, die Bürokratie und die damit zusammenhängende unflexible Handhabung von Problemen (...).“<sup>267</sup> Ein weiteres Problemfeld bestehe in der Entfremdung von Familien und Freunden: „Aus der Tatsache, daß die oben beschriebenen Änderungen in den Wertorientierungen und Lebenseinstellungen vom Lebenspartner, den Kindern und Freunden in aller Regel nicht mitvollzogen werden können, resultieren Entfremdungserlebnisse. (...) Hinzu kommt, daß die heimkehrenden Soldaten davon ausgehen, daß sie von ihrer Familie, Freunden und Kollegen mit großer Spannung erwartet werden. Stattdessen erfahren sie nur ein kurzes Anfangsinteresse, danach aber schnell Gleichgültigkeit und Ablehnung in bezug auf ihre Erlebnisse im Einsatzland.“<sup>268</sup>

Thomas, Kammhuber und Layes gehen leider nicht dezidiert auf die Rolle von Religionen bei der Werte- und Normengese innerhalb eines Kulturraumes ein. Die Beachtung dieser Kategorie ist jedoch unabläßlich wichtig für das Verständnis von Fremdkulturen. Anders als im weitgehend säkularisierten Westeuropa, wird das Verhalten der Menschen in anderen Teilen der Welt, auch in aktuellen und potentiellen Einsatzräumen der Bundeswehr, maßgeblich von ihrer religiösen Orientierung bestimmt. Auch dies ist eine Ursache unterschiedlicher Bewertungen und damit unterschiedlicher Handlungen. „Ein Christ wird für seine Rechtfertigung auf die neutestamentliche Tradition, ein Muslim auf den Koran, ein säkularer Weltenbürger auf den Wertekatalog einer Verfassung, ein Atheist auf Prinzipien

<sup>266</sup> Paige 1984, zitiert nach: Thomas, Kammhuber, Layes 1997: 135.

<sup>267</sup> Dies.: ebd.

<sup>268</sup> Dies.: ebd; auf denselben Sachverhalt macht auch Ditzer aufmerksam: „Ferner haben diese Erfahrungen [des Einsatzes, d. Verf.] zur Folge (...), daß bisher gewohnte, akzeptierte und gewünschte Statussymbole, Verhaltensweisen etc. relativiert, kritisch beleuchtet, bisherige Werte umgewertet usw. werden. Kommt man aus dem Einsatz in Urlaub oder überhaupt zurück, stößt man sich an 'den alten Selbstverständlichkeiten', 'findet die Menschen oberflächlich', 'ihr Verhalten, ihre Selbstdarstellungsweise und ihre Ansprüche unangemessen' usw.: 'Wenn man so viele Menschen hat hungern gesehen, kann man doch nicht einfach zulassen, daß hier bei uns das Brot einfach in den Mülleimer geschmissen wird.' (Manche Familie weiß davon zu berichten, daß der 'Vater nach seinem Einsatz die Familie aufzumischen versucht hat'. Von vielen Ehefrauen wurde zwar noch versucht, das Anliegen (und Tun) des Mannes nachzuvollziehen und ihm mit Verständnis zu begegnen, was aber von den Halbwüchsigen überhaupt nicht verstanden wurde und zu heftigen Protesten – wenn nicht mehr – führte.) Dänische Soldaten berichteten nach ihrem Einsatz in Bosnien-Herzegowina, daß sie daheim mit dem üblichen militärischen Zeremoniell nicht mehr zurechtkamen.“, Ditzer 1996a: 259. Um diesen Reintegrationschock aufzufangen, führt die Bundeswehr grundsätzlich mit allen aus einem Einsatz zurückkehrenden Soldaten mehrtägige Reintegrationsseminare durch.

allgemeiner Humanität, ein Jude auf den Dekalog zurückgreifen, wenn er eine rechtfertigende Basisorientierung für sein Handeln sucht.“<sup>269</sup> Wie auch die persönliche Glaubensüberzeugung des einzelnen Soldaten im Einsatz beschaffen sein mag, wird doch sein durch die christliche Religion geprägtes Wertesystem in einem Einsatz beispielsweise im islamischen Glaubensraum durch das Verhalten der Menschen hinterfragt. Der „clash of civilizations“ hat auch eine religiöse Komponente, verschiedene Religionen bringen je verschiedene Ethiken hervor. „Geschichtliches Faktum ist, daß die meisten dieser religions-, kultur-, konfessions-, weltanschaulich- etc. spezifischen Maximen keineswegs von allen Menschen als universal verpflichtende, oder allein verpflichtende Grundsätze anerkannt werden. (...) Genannte Ethikprinzipien besitzen daher nur regionale Kompetenz (...).“<sup>270</sup> Auch Scheunpflug kommt zu dem Ergebnis: „Gerade die Beurteilung der Dynamik von Konflikten ist durch kulturell vermittelte Wertvorstellungen geprägt, etwa die Einschätzung des Wertes eines einzelnen menschlichen Lebens. Andere Kulturen oder Religionen legen hier häufig aber andere Maßstäbe zugrunde als Mitteleuropäer. Offiziere müssen von daher beurteilen lernen, inwieweit ihre Einschätzungen durch ihre Werte bedingt sind und welche anderen Perspektiven der Einschätzung möglich sein könnten.“<sup>271</sup> Auch Becker fordert kulturelle und religiöse Empathie vom Offizier im Einsatzland: „Wichtig für den Führer vor Ort ist, daß er sich in die kulturellen, religiösen, sozialen und ethnischen Besonderheiten des jeweiligen Landes einfühlt. Die Verletzung religiöser Gefühle oder Mißachtung sozialer Strukturen kann einen Einsatz gefährden. Es muß die Bereitschaft da sein, die andere Seite kennenzulernen, sie zu verstehen und auf ihre Werte und Bedürfnisse einzugehen.“<sup>272</sup> Eisele beschreibt die religiöse Vielfalt innerhalb eines Einsatzkontingentes der UNO: „(...) muslimische Blauhelme [stehen] neben Buddhisten, Hindus neben Atheisten, Schintoisten neben Christen. Vielfach bestimmen strenge religiöse Vorschriften die Tagesabläufe einzelner Soldaten oder ganzer Kontingente bis in die Einzelheiten des täglichen Dienstes hinein. (...) Auch bei der Bereitstellung der Verpflegung reicht es nicht aus, routinemäßig nach Rationen pro Kopf und Tag zu rechnen, denn es bedarf der Freigabe der Nahrungsmittel durch besonders dazu bestellte Feldgeistliche. Diese nehmen bisweilen sogar Einfluß auf die Nutzung von Blutkonserven, um zu verhindern, daß das Blut Ungläubiger in die Adern ihrer Schutzbefohlenen gerät. 'Im Auftrag der Vereinten Nationen' wird also ein besonders hohes Maß an Toleranz verlangt, sehr viel mitmenschliches Verständnis und durchaus christliche

---

<sup>269</sup> Bucher 2000: 75.

<sup>270</sup> Ders.: 76.

<sup>271</sup> Scheunpflug 1995: 407.

<sup>272</sup> Becker 1993, zitiert nach Scheunpflug 1995: 408.

Nächstenliebe.“<sup>273</sup> Auf die orientierungsstiftende Funktion der Religiosität wird im zweiten Kapitel dieser Arbeit eingegangen.

#### 1.5.2.2.2. Kriegsbild der Gegenwart und Zukunft

Die Forschung zum Thema dieses Unterkapitels ist inzwischen so breit<sup>274</sup>, daß eine ausführliche Darstellung eine eigene Arbeit rechtfertigen würde. Somit können an dieser Stelle nur Trends aufgezeigt und Stichworte genannt werden. Hoffmann kommt zu der Aussage: „Nur wenig hat sich in den letzten Jahren so grundlegend verändert wie das Kriegsbild, wobei darunter nicht nur das militärische Szenario, sondern auch die jeweiligen politischen, wirtschaftlichen, technischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten zu verstehen sind.“<sup>275</sup> Aus deutscher Sicht habe sich das mögliche Kriegsbild entscheidend mit dem erweiterten Auftrag der Bundeswehr gewandelt. Während des „Kalten Krieges“ sei das Kriegsbild durch die Szenarien eines globalen, atomaren Krieges geprägt gewesen, heute sei es facettenreicher. Der außerhalb Deutschlands stattfindende Einsatz konfrontiere die Soldaten mit Lebensverhältnissen und Wertvorstellungen, die dem eigenen Verständnis zutiefst widersprechen könnten.<sup>276</sup> „Zusätzlich wird sich im Kriegsfall das Gefechtsfeld und damit das Bild des Soldaten wandeln. Es werden zukünftige technologische Entwicklungen vor allem im Bereich der Informationstechnologien völlig neuartige Kriegsformen hervorbringen (‘information warfare’, ‘cyberwar’).“<sup>277</sup> Mit diesen Begriffen wird der Einfluß der modernen Informationstechnologien auf das Kriegsgeschehen beschrieben. Arquilla und Ronfeldt umschreiben den Begriff *Cyberwar* wie folgt: „Cyberwar bezieht sich auf das Führen und das Vorbereiten zum Führen militärischer Operationen gemäß informationsbezogener Prinzipien. Es bedeutet das Stören, wenn nicht das Zerstören von Informations- und Kommunikationssystemen (...), auf die sich der Gegner verläßt (...).“<sup>278</sup> So wie die Industrialisierung zum Abnutzungskrieg von Massenarmeen geführt habe (Erster Weltkrieg), die Mechanisierung zu Panzerschlachten (Zweiter Weltkrieg), werde die

---

<sup>273</sup> Eisele 2000: 165. Um der Situation der unterschiedlichen Wertesysteme Rechnung zu tragen, versucht die UNO, alle Soldaten einer Friedensoperation mit einer Taschenkarte auszustatten, die in einfachen Worten den Tugendkatalog enthält, auf den sie sich verpflichten sollen, vgl. Eisele 2000: 166 f.

<sup>274</sup> Vor allem im US-amerikanischen Raum gibt es seit Beginn der neunziger eine große Anzahl von Publikationen zu diesem Thema, vgl. beispielsweise Crevelde 1991, Shaw 1991, Arquilla/Ronfeldt 1993, Toffler/Toffler 1993, Alexander 1995, Dunnigan 1996, Friedman/Friedman 1996 und Adams 1998.

<sup>275</sup> Hoffmann 1997: 139.

<sup>276</sup> Vgl. ders.: 139 f.

<sup>277</sup> Ders.: 140.

<sup>278</sup> Arquilla, Ronfeldt 1993: 146.

*information revolution* den Cyberwar hervorbringen, über dessen Ausgang nicht mehr Masse oder Mobilität entschieden, sondern das bessere und verfügbare Wissen über den Gegner sowie die Fähigkeit, das Wissen des Gegners zu stören. Kommunikation und Nachrichtenwesen seien in der Geschichte des Kriegswesens immer wichtig gewesen, aber in der Zukunft würden sie zum Hauptfaktor aller militärischen Strategie.<sup>279</sup> Die Möglichkeiten, die sich aus dem aggressiven Einsatz der modernen Informationstechnologie ergeben, sind sehr weitreichend. Harder führt einige Beispiele an: „Cyberkrieg [ist] eine Kombination aus Computer-Sabotage und Viren-Attacke, ein Angriff auf die Infrastruktur des Gegners durch die Zerstörung seiner Daten- und Kommunikationsnetze. Das Opfer wird eine Weile brauchen, um herauszufinden, daß Krieg herrscht (...). Und es wird noch länger dauern, um zu erkennen, wer der Angreifer ist. Eines Nachts gehen bei ihm einfach die Lichter aus, Kraftwerke kommen zum Stillstand, die Computer des Bankensystems kollabieren.“<sup>280</sup> In der Vergangenheit wurden bereits mehrere Vorkommnisse dieser Form der „Kriegsführung“ bekannt, so wurde beispielsweise während des Kosovo-Krieges die Internet-Seite der NATO durch tausende elektronische Briefe (*e-mails*) tagelang gelähmt, das US-Verteidigungsministerium registriert wöchentlich angeblich ca. 400 Eindringversuche in militärische Systeme.<sup>281</sup> Zieht man in Betracht, daß sich die Rechenleistung von Computern alle achtzehn Monate verdoppelt<sup>282</sup>, so ist die zunehmende Wichtigkeit dieses Aspektes des gegenwärtigen und zukünftigen Kriegsbildes leicht zu prognostizieren.

Der technische Fortschritt hat in vielen Bereichen zu einer Distanzierung und Anonymisierung des Kriegsgeschehens geführt. Weitreichende Waffen haben zur Folge, daß der Bediener dieser Waffen die Wirkung im Ziel selbst nicht wahrnimmt. „Das galt (...) schon für die Artilleristen und die Bomberbesatzungen im Zweiten Weltkrieg und hat sich dank der militärischen Spitzentechnologie unserer Tage nochmals erheblich verstärkt. Im Rahmen der Fernsehberichterstattung über den Golfkrieg wurde dies auch der Öffentlichkeit stärker bewußt. Marschflugkörper auf vorprogrammiertem Kurs, elektronische Aufklärung und lasergesteuerte Bomben, Videokontrolle der Waffenwirkung im Ziel – das war zwar militärische Realität, wirkte jedoch seltsam distanziert wie die Konfiguration eines Computerspiels.“<sup>283</sup> Diese Abstraktion vollzieht sich in allen denkbaren Szenarien. Kampfflugzeuge bekämpfen einander heute schon, bevor sie in Sichtweite geraten, der

---

<sup>279</sup> Vgl. dies.: 141.

<sup>280</sup> Harder 2000: 37.

<sup>281</sup> Ders.: 36 ff.

<sup>282</sup> Vgl. Adams 1998: 309.

<sup>283</sup> Schmidtchen 1995: 171.

Gegner wird zu einem beweglichen Lichtpunkt auf dem Display und damit im Bewußtsein zu einem technischen System versachlicht. Jagdflugzeuge suchen den Gegner nicht mehr, sondern werden von einer Leitstelle auf elektronischem Wege herangeführt.<sup>284</sup> Bei Bombenabwürfen kann der Bordcomputer moderner Flugzeuge nicht nur die Navigation zum Ziel übernehmen, sondern auch die Waffe zum vorausberechneten Zeitpunkt selbständig auslösen. Auch in der Seekriegsführung wird dieser Effekt der Abstraktion offensichtlich, „wo es eben nicht die feindlichen Seeleute sind, sondern der Zerstörer, die Fregatte oder das Unterseeboot als Ganzes den Feindbegriff ausmachen. Auch hierbei spielen wieder die Distanzen eine erhebliche Rolle, denn nur selten wird der Gegner optisch oder akustisch direkt wahrgenommen.“<sup>285</sup> Auch im Szenario eines Landkrieges hat die technische Entwicklung das Kriegsbild entscheidend verändert. „Zielsuchende Waffen, geleitet aus Gefechtsständen in der Tiefe, nehmen dem Schützen wie dem Gefechtsfahrzeug Aufgaben ab und verringern ihr Risiko. Nachtsichtgeräte verleihen Sicherheit und Schutz. Umgekehrt werden hochbewegliche gepanzerte Transport- und Kampffahrzeuge die eigene Truppe dem Feuer eher entziehen können, als das bisher der Fall war.“<sup>286</sup> Friedman und Friedman beschreiben Planungen des US-amerikanischen Heeres, wonach sich ein Soldat der Infanterie – ausgerüstet mit Computertechnologie – vernetzt über das Schlachtfeld bewegt. Über ein in den Stahlhelm integriertes *Head-Up-Display*, wie es in Flugzeugkabinen seit längerem üblich ist, erhält er in Echtzeit Informationen über den Feind, die eigene Truppe, verfügbare Munition oder auch Befehle seines Vorgesetzten. Mit Hilfe seines integrierten satellitengestützten Navigationssystems (GPS) ist nicht nur sein aktueller Standort bekannt, sondern auch die Feuerleitung seiner mitgeführten Waffen wird erleichtert und präzisiert.<sup>287</sup> Um das Gewicht der mitgeführten Ausrüstung zu kompensieren und trotzdem beweglich zu bleiben, kann er einen Anzug tragen, der mit Hilfe von Roboter- und Computertechnologie seine eigene Muskelkraft verstärkt und ihn außerdem vor feindlicher Waffeneinwirkung schützt (sog. *Exoskelett*). An dieser Technologie wird in den USA schon seit den achtziger Jahren geforscht.<sup>288</sup> Die Folge dieser im Vergleich zu früheren Zeiten technisch immer ausgereiften und präziseren Ausrüstung führt auch zu veränderten Strategien und Einsatzgrundsätzen. Um einen militärischen Erfolg zu erzielen, braucht man demnach keine Massenheere mehr, sondern begrenzte intelligente Waffeneinsätze, die den Gegner schnell und verlustarm kampfunfähig machen. Dieser Gedanke veranlaßt Reichardt zu der Hoffnung:

---

<sup>284</sup> Vgl. ders.: ebd.

<sup>285</sup> Ders.: 171 f.

<sup>286</sup> Reichardt 1999: 14.

<sup>287</sup> Vgl. Friedman, Friedman 1996: 377 ff.

<sup>288</sup> Vgl. dies.: 388 f.

„Vielleicht könnte der Krieg durch Präzisionssysteme wieder ein vergleichsweise humaneres Gesicht bekommen.“<sup>289</sup>

Paradoxerweise ist bisher das Gegenteil der Fall. Die meisten Konflikte der letzten Jahrzehnte fanden unter Gegnern statt, denen die beschriebene elaborierte Technologie nicht zur Verfügung steht. Das Phänomen des *Low-Intensity Conflicts (LIC)*, denen ca. drei Viertel der bewaffneten Konflikte nach 1945 zugerechnet werden können,<sup>290</sup> wird von anderen Parametern bestimmt. Van Crefeld beschreibt diese: 1. Die meisten LIC ereigneten sich in „weniger entwickelten“ Gegenden der Welt, die in „entwickelten“ Ländern würden mit Begriffen wie „Terrorismus“ oder „Polizeiaktion“ beschrieben. 2. Sehr selten würden sie von regulären Streitkräften auf beiden Seiten ausgetragen, oft seien auf der einen Seite Streitkräfte und auf der anderen Guerillas, Terroristen oder Zivilbevölkerung, einschließlich Frauen und Kindern. 3. In den meisten LIC komme moderne Waffentechnologie nicht zum Einsatz. 4. Schließlich seien die LIC im Vergleich zu anderen Konflikten nach 1945 die bei weitem blutigsten Konflikte.<sup>291</sup> Sie sind gekennzeichnet durch eine besondere Grausamkeit und eine hohe Zahl von Opfern.

„Eine Statistik der UNICEF (aus dem Jahr 1992) rechnet vor, daß von den Kriegsoptern des Ersten Weltkriegs 80 Prozent Soldaten waren, von denen des Zweiten Weltkriegs nur noch 50 Prozent. Von den seither zu beklagenden rund dreißig Millionen Kriegstoten waren 80 Prozent Zivilisten, meist Frauen und Kinder.“<sup>292</sup> Glucksmann vertieft diesen Gedanken: „In den Kriegen standen sich einst Armeen gegenüber, während Massaker unter den Zivilisten vom sekundären Kriegsgewinn herrührten, da die Armeen im Land wüteten und sich aus dem Land verpflegten. (...) Seither ist das Sekundäre primär und die Ausnahme zur Regel geworden. In allen Krisenregionen der zweiten, dritten und vierten Welt ist die Konfrontation von Militärs und Zivilisten nicht nur bei der Machtübernahme, sondern auch bei der Ausübung der Macht die vorherrschende Methode. (...) Nach drei Jahren Barbarei in Ex-Jugoslawien ist der Name keiner Schlacht in Erinnerung geblieben, aber eine ganze Liste von Namen der dem Erdboden gleichgemachter Städte können wir herunterbeten. Die Litanei von Vukovar, Dubrovnik, Sarajevo, Gorašde, Mostar, Banja Luka... spricht für sich. Soldaten

<sup>289</sup> Reichardt 1999: 14; diesem Zweck dient auch die aktuelle Entwicklung nicht-tödlicher Waffen (*non-lethal weapons*). Auch hier geht es „nur“ um das Kampfunfähigmachen des Gegners, beispielsweise mit Hilfe von schnell erhärtendem Schaum, Blendwaffen oder Beschallung mit speziellen Frequenzen. Detaillierte Einblicke in dieses Thema finden sich bei Alexander 1999.

<sup>290</sup> Vgl. Creveld 1991: 20.

<sup>291</sup> Vgl. ders.: ebd.

<sup>292</sup> Glucksmann 1998: 44.

erringen ihre Siege selten im Kampf gegen andere Soldaten, eher im Niedermetzeln unbewaffneter Bürger.“<sup>293</sup>

Auch von Bredow und Kümmel beschreiben gegenwärtige und zukünftige Kriege: „Es handelt sich bei ihnen zumeist um sog. 'kleine', lokal geführte Kriege und um innerstaatliche Konflikte zwischen vergleichsweise schwachen Regierungen und relativ starken Regierungesgegnern. Die Gewalt, die sich in diesen Konflikten entlädt, wird gespeist durch die archaische Energie kollektiven Hasses.“<sup>294</sup> Sog. „ethnische Säuberungen“ am Rande des Völkermordes scheinen häufig am Ende dieser Gewalt zu stehen. Die Kampfweise in solchen kleinen Kriegen ist überdies 'schmutzig', d.h. sie ist durch eine Art Semi-Professionalismus und die Terrorisierung und Ermordung von Menschen gekennzeichnet<sup>295</sup>; ebenso werden die Kombattanten<sup>296</sup> in diesen Auseinandersetzungen häufig Zivilisten sein, die ihre Gewalt vornehmlich auf andere Zivilisten richten. In einem solchen Umfeld verlieren die Regeln der Kriegsführung ihre Wirkung.“<sup>297</sup>

Ein Kennzeichen von LIC ist somit, daß die kämpfenden Parteien oft keine regulären Streitkräfte sind. Oft sind es Banden, die von sog. *warlords* angeführt werden. Hierzu hat der schwedische Historiker Peter Englund Stellung genommen: „Am augenfälligsten ist die

---

<sup>293</sup> Ders.: 44 f.

<sup>294</sup> Als Beispiel mag der Bürgerkrieg in Ruanda 1994 dienen. „In Ruanda wurde die Hutu-Mehrheit Mitte April 1994 im ganzen Land von Einpeitschern zum Massenmord an der Tutsi-Minderheit und kooperierenden Hutus aufgehetzt. Es begann der nach Intensität und Relation zur Bevölkerung gewalttätigste Völkermord der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts. In rund acht Wochen wurde eine knappe Million Menschen umgebracht, nicht mit Massenvernichtungsmitteln, sondern mit Macheten und einfachen Gewehren, wie durch Ertränken“, Arnold 1999: 9. Glucksmann kommentiert diesen Völkermord so: „Die Geschwindigkeitsrekorde, die dort beim Töten aufgestellt werden, und die katastrophalen Folgen sichern ihm auf der Liste der schlimmsten soziopolitischen Greuelthaten zusammen mit dem Wüten der Roten Khmer in Kambodscha den zweiten Platz direkt hinter Auschwitz“, Glucksmann 1998: 165.

<sup>295</sup> Im Zuge der sog. „ethnischen Säuberungen“ im ehemaligen Jugoslawien kam es verbreitet zu Massen-Vergewaltigungen. Die Vergewaltigung wurde faktisch als „Kriegswaffe“ zur Unterwerfung des Gegners eingesetzt und angeblich von Vorgesetzten befohlen. Ditzer hat die diesem Verhalten zugrundeliegenden psychologischen Vorgänge beschrieben: „(...) eine Analyse derzeitiger Massaker, Folter und Vergewaltigungen [zeigt], daß die schrecklichen Handlungen noch eine psychologische 'Botschaft' und Zielrichtung haben: die psycho-physische Denaturierung der Opfer, die Zerstörung ihrer Identität. Die Vergewaltigungen haben nicht nur das Ziel, das Opfer zu zwingen, ungeliebte (Feindes-)Kinder in die Welt setzen zu müssen, sondern es auch in seiner (humanisierten) sexuellen Identität zu zerstören. Vormenschliche Aggressionshandlungen kommen hier zum Vorschein. Denn wie Affen in ihren Kriegen dem Gegner sexuell aufreiten als Signal an den Feind, daß der Sieger bis in die Sexualität Macht über ihn habe und er sich deshalb total zu unterwerfen habe, so soll auch hier dem Opfer seine totale Unterlegenheit erlebbar gemacht werden: nicht einmal über seine Körperlichkeit und seine 'Gebärmacht' kann er noch selbst verfügen. Dies ist in höchster Weise demütigend, der Mensch wird bis ins Letzte zerbrochen.“, Ditzer 1996a: 610.

<sup>296</sup> Der Begriff *Kombattant* wird hier mißverständlich gebraucht. Die Autoren meinen die tatsächlich Kämpfenden. Nach dem I. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 sind Kombattanten rechtmäßig kämpfende Angehörige von Streitkräften. Somit können Zivilisten – bis auf klar definierte Ausnahmen – nicht Kombattanten sein. Nicht rechtmäßig Kämpfende werden hingegen als *Partisanen* oder *Freischärler* bezeichnet, vgl. I. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949, in: Humanitäres Völkerrecht in bewaffneten Konflikten. Textsammlung, 1991: 280.

<sup>297</sup> Bredow, Kümmel 1999: 10.



Wiederkehr des Kriegsherren. Die postmodernen Kriege werden selten von regulären Armeen in unserem Sinne ausgefochten. Die Kämpfenden sind stattdessen Banden, Klans, Kriegerhorden. Diese Verbände werden in der Regel von einem Kriegsherren gelenkt. Letzten Endes schlägt er sich nur für seine eigenen Interessen.<sup>298</sup> Ein weiteres Kennzeichen dieser Form des Kriegsgeschehens ist der verbrecherische Einsatz von Kindern als Soldaten. Weltweit soll es zwischen 250.000 und 300.000 dieser „Kindersoldaten“ geben, die aufgrund ihrer geringeren Ansprüche und ihrer Bereitschaft, auch höchst risikoreiche Aktionen auszuführen, für die Kriegsherren besonders interessant sind.<sup>299</sup> Die so mißbrauchten Kinder müssen, wenn sie überleben, auch als Erwachsene ihr Leben lang an den Folgen tragen.

Das beschriebene Kriegsbild hat natürlich tiefgreifende Folgen für die Ausbildung der Soldaten westlicher Streitkräfte, auch der Bundeswehr. Es stellt sich die Frage, ob Soldaten der Bundeswehr in einer denkbaren Atmosphäre unkontrollierter Gewalt bestehen und darüberhinaus ihren Auftrag erfüllen können. Das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr nennt daher in einer Beschreibung des Anforderungsprofils des Soldaten u.a.:

- „- Physische Belastbarkeit:
  - + Gesundheit und Auslandsverwendungsfähigkeit,
  - + körperliche Fitneß;
- Psychische Belastbarkeit:
  - + Stabilität unter Druck
  - + Stehvermögen und Standfestigkeit,
  - + Fähigkeit zur Prävention von psychischen Schäden;<sup>300</sup>

Weiterhin sind „auch Themen wie Kampf, Leid und Elend, Verwundung, Tod und Waffeneinsatz gegen Menschen mit der Folge Tod und Verwundung Teil einer mentalen Vorbereitung auf den Einsatz.“<sup>301</sup>

Auf ethische Grenzsituationen, denen der Soldat im Einsatz begegnen kann, wird im Unterkapitel 1.5.2.3. eingegangen.

<sup>298</sup> Englund 1998, zitiert nach: Arnold 1999: 11.

<sup>299</sup> Vgl. Arnold 1999: 11.

<sup>300</sup> Zentrum Innere Führung 1999d: 10.

### 1.5.2.3. Grenzerfahrung: Die Belastung des Soldaten im Einsatz

Projiziert man nun den Soldaten der Bundeswehr – und letztlich auch jeder anderen Armee – in das beschriebene Kriegsbild, so lassen sich eine Reihe von Belastungsfaktoren herausarbeiten, die auf den Soldaten im Einsatz einwirken. Das Zentrum Innere Führung kommt im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen zu einer Auflistung von zehn Faktoren<sup>302</sup>, die sich je nach positiver oder negativer Ausprägung verschieden auswirken können. Sie sollen im folgenden in unterschiedlicher Intensität betrachtet werden.

1. Vorbereitungszeit auf den Einsatz: Wenn alle Vorbereitungen einschließlich des Abschiednehmens von Familie und Angehörigen innerhalb eines sehr kurzen Zeitraumes stattfinden, hat dies eine sehr hohe Streßbelastung zur Folge.
2. Einsatzdauer: Je länger die Trennung von der Familie dauert, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß Streßreaktionen eintreten.
3. Klarheit des Auftrages: Ein klar definierter Auftrag verursacht weniger Streß als vage formulierte Aufträge mit wechselnden Schwerpunkten.
4. Verbindungen zur Heimat: Ein guter Kontakt zum vertrauten sozialen Umfeld (Familie, Freunde), kann bedeutend zur Reduzierung von Streß beitragen. Medien der Kontaktpflege sind Briefe, Telefongespräche, Audio- und Videokassetten oder auch heimische Zeitungen.
5. Akzeptanz des Einsatzes durch die Bevölkerung/Darstellung in den Medien: Die ohnehin komplexen und schwierigen Aufträge im Einsatz können noch zusätzlichen Streß erzeugen, wenn die Akzeptanz des Einsatzes in der Bevölkerung schwach ausgeprägt ist oder fehlt<sup>303</sup> oder der Einsatz durch die Medien verzerrt dargestellt wird.
6. Begegnung mit einer fremden und unbekanntem Kultur: Je mehr Begegnungen die eingesetzten Soldaten mit der Bevölkerung des Einsatzgebietes haben, desto größer ist die Möglichkeit, daß sich solche Begegnungen zu Belastungen auswachsen können.<sup>304</sup>

---

<sup>301</sup> Dass.: 11.

<sup>302</sup> Vgl. Zentrum Innere Führung 1997a: 18 f.

<sup>303</sup> Diese Erfahrung machten u.a. die amerikanischen Soldaten vor allem in der Spätphase des Vietnam-Konfliktes. Die bisherigen Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden Umfragen zufolge von einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung befürwortet, s. hierzu auch das Unterkapitel 1.3.2.3.3. dieser Arbeit.

<sup>304</sup> S. hierzu auch das Unterkapitel 1.5.2.2.1. dieser Arbeit.

7. Konfrontation mit Unrecht, Leid und Greuelthaten: Dieser Punkt kann zu einem für den einzelnen enorm bedrückenden Streßfaktor werden. Der Soldat kann mit Tod, Massensterben, Verletzungen, Haß, Leid und Trauer auch und gerade der Zivilbevölkerung konfrontiert werden.<sup>305</sup> Eine Verschärfung dieses Sachverhaltes kann eintreten, wenn ein Soldat aufgrund eines sog. *Stillhalte-* oder *Untersagungsbefehles*, der seine Grundlage in den für den jeweiligen Einsatz geltenden *Rules of Engagement (ROE)* hat, in das Geschehen nicht eingreifen darf.<sup>306</sup> Von Lepel nennt drei mögliche Gründe für einen solchen Befehl: Der zum Handeln entschlossene Soldat könne aus Sicht seiner Vorgesetzten die Lage vor Ort nicht umfassend beurteilen. Trotz einer sich aufdrängenden Notwendigkeit, gefährdete Personen zu schützen, könnten operativ-taktische Überlegungen Vorrang haben. Zweitens sei der Gefahr zu begegnen, daß Nothilfefolgen von außen gezielt herbeigeführt werden, um die Einsatzkräfte zu provozieren und zu demotivieren. Drittens könnte ein punktueller Erfolg, Menschen geschützt oder gerettet zu haben, möglicherweise zu schwerwiegenden Racheakten führen oder gar zum erzwungenen Abzug aller Friedensmissionssoldaten.<sup>307</sup>
8. Extremsituationen Geiselhaft/Gefangenschaft: Auch in friedenserhaltenden Einsätzen können einzelne Soldaten als Geiseln genommen werden. Diese Erfahrung, die schon Soldaten vieler Nationen im Einsatz z.B. im ehemaligen Jugoslawien und in Georgien machen mußten, stellt eine psychische Ausnahmesituation dar und führt zu einer besonderen seelischen Belastung. Eine Geiselnahme verläuft gewöhnlich in vier Phasen: Der Zugriffsphase (Schock, besonders hohe Belastung), der Transportphase (Gefühl der Ohnmacht, Hilflosigkeit, Desorientierung), der Phase des Festhaltens (im Falle der Kriegsgefangenschaft bis zu mehreren Monaten oder Jahren) und der Phase der

---

<sup>305</sup> Somit kann der Soldat im Einsatz u.a. mit folgenden psychisch belastenden Bildern konfrontiert werden:

- „- Brennende, zerstörte oder besetzte Häuser, in vielen Jahren hart erarbeitetes Eigentum als Raub der Flammen.
- Nicht oder nur notdürftig versorgte Verwundete, weil Medikamente fehlen.
- Tote, die nicht von ihren Angehörigen bestattet werden können, die nicht in Würde beerdigt, sondern im Massengrab verscharrt werden oder offen liegen bleiben.
- Opfer, die wenig, manchmal nichts mehr zu essen oder zu trinken haben.
- Menschen ohne Fluchtmöglichkeiten und voller Angst, in Gefangenschaft zu geraten, mit der Aussicht, gefoltert, verstümmelt oder vergewaltigt zu werden, bis hin zu panikartigen Reaktionen.
- Psychische Demoralisierung bis zur Zerstörung und Beraubung der Identität des Einzelnen.
- Physische Vertreibung und Vernichtung, Haß und Gewalttätigkeit“, vgl. Zentrum Innere Führung 1997b: 22.

<sup>306</sup> Zur Situation des Erduldens von Situationen (des Nicht-Kämpfen-Dürfens) finden sich in der Literatur mehrere Veröffentlichungen. Ditzer analysiert die psychischen Abläufe im Nicht-Eingreifen-Dürfenden (Verletzung des „Symmetrieprinzips“, kognitive und emotionale Dissonanz, ethische Widersprüche), vgl. Ditzer 1996a: 632 ff. Von Lepel diskutiert die juristischen Aspekte eines solchen *Stillhaltebefehls*, vgl. Lepel 1997. Es wurden in der Vergangenheit Fälle bekannt, in denen die ROE die beteiligten Personen u.U. in schwere Gewissenskonflikte brachten, vgl. hierzu die Fallschilderungen des Unterkapitels 1.5.2.3.

<sup>307</sup> Vgl. Lepel 1997: 63 f.

Beendigung der Geiselnahme (noch einmal Höhepunkt psychischer Belastung, besonders bei einer gewaltsamen Befreiung). Auch nach beendeter Geiselnahme können die Einwirkungen auf Geist, Körper und Seele den Betroffenen noch lange beschäftigen.<sup>308</sup>

9. Die Situation, auf Menschen schießen zu müssen: Zur Selbstverteidigung oder zur Durchsetzung seines Auftrages kann ein Soldat im Einsatz gezwungen sein, Gewalt einzusetzen. Selbst wenn dieser Einsatz von Gewalt legal und durch die ROE rechtlich gedeckt ist, kann es zu subjektiv empfundenen Schuldgefühlen kommen. Hierzu führt Ditzer aus: „Moralisches Gefühl, moralische Rechtfertigung und legale-legitime Rechtfertigung sind drei verschiedene paar Schuhe. Ich habe bisher keinen (...) Soldaten (weder aus der Wehrmacht, noch unter Vietnam-Soldaten, noch unter Befreiungskämpfern) in Gesprächen, in Beratungssituationen sowie Therapiesitzungen getroffen, die alle legal-legitim getötet hatten – manche sogar nur in einer Notwehrsituation –, die mit diesem Erlebnis fertig geworden wären.“<sup>309</sup> Die Situation, in der ein Soldat im Einsatz steht, ist vergleichbar mit der eines Polizisten, der eine Waffe einsetzt. „Viele Polizeibeamte verkraften es nicht, einen Menschen umgebracht zu haben, leiden noch jahrelang unter dem Ereignis, selbst wenn das gerichtliche Verfahren sie entlastet hat.“<sup>310</sup> Die Polizei hat Erfahrungen mit Beamten, die nach einem Todesschuß, u.U. nach einem sog. *finalen Rettungsschuß*, sich nicht mehr in den geregelten

<sup>308</sup> Vgl. Zentrum Innere Führung 1997:12 ff.; eine Geiselnahme kann auch durch folgende psychische Besonderheiten gekennzeichnet sein: Halluzinationen, den sog. *Flow state* (Wahrnehmung der Umgebung im Zeitlupentempo), das sog. *Stockholm-Syndrom* (benannt nach einer Geiselnahme im Zusammenhang mit einem Banküberfall in Stockholm 1973; die Geiseln entwickelten positive Gefühle gegenüber dem Geiselnehmer und identifizierten sich mit seiner Sache), das Trauma, ein Opfer zu sein (zeitweise Lähmung von Geist und Körper, später Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit, u.U. ein Rückfall in kindliche Verhaltensweisen wie Weinen, Kichern, Einnässen, aber auch Wut, Trauer und Trotz; Verstärkung des Traumas im Falle von Folter und Mißhandlungen), vgl. Zentrum Innere Führung 1997: 21 f.

„Im Extremfall kann die Belastung durch die Geiselhaft oder Gefangenschaft zum Tod führen. Wenn keine anderen tödlichen Verletzungen vorliegen, wird in der Literatur u.a. vom *psychogenen Tod* gesprochen. Er wird auch als 'Voodoo Tod' oder als 'Bambuskrankheit' bezeichnet. Soldaten zeigten nach der Obduktion keine anderen körperlichen Schäden als die Abdrücke der Bambusliege, auf der sie gelegen hatten und gestorben waren. Die Phase vor dem psychogenen Tod ist gekennzeichnet durch eine völlige Passivität, bzw. durch motorische Inaktivität, d.h. Verzicht auf jegliche körperliche Bewegung. Es ist die extremste Form von unbewältigter Belastung“, Zentrum Innere Führung 1997: 18. „Der Zustand kennzeichnet sich durch eine totale Apathie: Der Mensch legt sich auf sein Lager, wendet sich zur Wand, zieht seine Decke über den Kopf, wäscht sich nicht, holt sich kein Essen und will auch nicht essen, gibt jegliches Interesse an der Umwelt auf, spricht kein Wort, rührt sich nicht, bleibt im eigenen Kot und Urin liegen und ist für keinerlei Hilfe oder seelischen Beistand zugänglich. Das sind die äußerlich sichtbaren Zeichen bei dem psychogenen Tod“, Stumpfe 1973, zitiert nach: Zentrum Innere Führung 1997: 18.

<sup>309</sup> Ditzer 1996a: 265; inzwischen sind in der Literatur auch diesbezügliche Berichte über deutsche Luftwaffenpiloten zu finden, die an dem Kampfeinsatz im Kosovo teilgenommen haben: „Als A. erfuhr, daß er höchstwahrscheinlich ein Radarsystem getroffen hat, das von Menschen bedient wird, hat es ihn eigenem Bekunden nach sehr mitgenommen. Auch wenn jeder Treffer der Raketen militärisch gesehen ein Erfolg gewesen sei – 'freuen konnte ich mich nicht'. So hat er sich Gedanken über den Soldaten gemacht, den er womöglich getötet hat, wie alt er wohl gewesen sein mag, ob er eine Familie hatte, die nun zerstört ist“, Truscheit 1999: 8 f., vgl. auch Wagner 1999.

Berufsalltag einfinden können, viele können ihren Beruf gar nicht mehr ausüben.<sup>311</sup> Der Polizist und der Soldat stehen in einer Dilemmasituation. Polizisten berichten: „Wenn ich das Geiselofer retten wollte, mußte ich den Mörder erschießen. Es stand an: das Geiselofer oder der Mörder. Und dennoch hätte ich den 'finalen Rettungsschuß' lieber vermieden. Bis heute geht es mir nicht aus dem Kopf, ob ich nicht doch noch eine Alternative gehabt hätte. Aber ich finde keine.“<sup>312</sup> Beim Soldaten der Bundeswehr im (Kampf-)Einsatz ist es ähnlich. Er führt keinen Angriffskrieg, er kämpft nicht um materielle Vorteile oder Machtgewinn, sondern als äußerstes Mittel (*ultima ratio*), um schon stattfindendes Morden zu beenden. Seine Dilemmasituation heißt: Nicht-Handeln (weiter morden lassen) macht Schuldgefühle, selbst töten macht ebenfalls Schuldgefühle. Hier kommt es darauf an, das eigene Handeln als das kleinere moralische Übel einzustufen.<sup>313</sup> „Das gerettete Leben der 'Schutzbefohlenen' ist seine Rechtfertigung, mit der er auch vor sich bestehen kann – auch wenn er die Situation als solche nicht vergißt.“<sup>314</sup>

Der Umgang mit Schuld und Rechtfertigung hat auch unmittelbar religiöse Implikationen, auf die im zweiten Kapitel dieser Arbeit zurückzukommen sein wird.

10. Risiko schwerer Verwundung oder gar Tod: Das Risiko einer schweren Verwundung, einer Verstümmelung oder gar den Tod zu erleiden, stellt sicherlich die schwerwiegendste Belastung für den Soldaten im Einsatz dar. Auch durch das erlebte Leid anderer Menschen kommt das definitive Ende der eigenen Existenz ins Bewußtsein.<sup>315</sup> „Besonders schwer mit der Thematik tun sich dabei diejenigen, die in der Vergangenheit nie über Lebenspläne und -perspektiven nachgedacht haben, aber zu psychischen Einbrüchen kommt es bei denjenigen, die ihren 'Lebenssinn' an der körperlichen Leistungsfähigkeit, an der ewigen Jugend(lichkeit), an der psycho-physischen Fitneß, an möglicher Karriere usw. festgemacht haben. Führt schon im normalen Leben letztere Orientierung ab Vierzig aufwärts zu Krisen, die man dann durch allerlei Machenschaften zu kaschieren sucht, so wird sie hier nicht mehr kaschierbares Thema.“<sup>316</sup> Auch bei diesem Thema ist natürlich das eigene „Gottesbild“, die religiöse Orientierung im Kern berührt.

---

<sup>310</sup> Vahl 1994: o.S.

<sup>311</sup> Vgl. dies.: ebd., vgl. dazu auch: Knubben 1995.

<sup>312</sup> Ditzer 1996a: 267.

<sup>313</sup> Vgl. ders.: 268.

<sup>314</sup> Ders.: ebd.

<sup>315</sup> Vgl. ders.: 611.

<sup>316</sup> Ders.: 611 f.

Die Belastungen, die auf einen Soldaten im Einsatz einwirken können, sind vielfältig. Welche Reaktionen können derartige Belastungen bei den Betroffenen hervorrufen? Vor allem in der psychologischen Literatur widmet man sich dem Thema der „Angst- und Streßreaktionen“ sehr umfangreich. Stouffer hat durch Beobachtung von amerikanischen Soldaten im Südpazifik eine „Gefechtsangstskala“ entwickelt, deren Stufen durch folgende Symptome gekennzeichnet sind<sup>317</sup>: 1. Heftiges Herzklopfen (violent pounding of the heart) 2. Beklommenheit (sinking feeling in the stomach) 3. Zittern am ganzen Körper (shaking or trembling all over) 4. Übelkeit vom Magen (feeling sick at the stomach) 5. Gefühl der Erstarrung (feeling of stiffness) 6. Schwächegefühl (feeling of weakness or feeling faint) 7. Sich übergeben (vomiting) 8. Einkoten (loosing control of bowels) 9. Einnässen (urinating in pants). Nach Dieterich und Weise betreffen die Reaktionen auf Streß und Angst „den psychophysischen Gesamtbereich des menschlichen Organismus.“<sup>318</sup> Als körperliche Angst- und Streßfolgen nennen sie „Erhöhung des Blutdrucks, der Herzschlagfrequenz, Aktivierung des autonomen Nervensystems, Erhöhung des Muskeltonus (und muskuläre Verspannungen), zentralnervöse Erregungssteigerung im Bereich des Hypothalamus (d.h. einem Hirnareal, das bei der Emotionsbildung eine wichtige Rolle spielt), verstärkte Hormonproduktion, vor allem Adrenalin im Nebennierenmark. Als Dauerfolge von Streß kommt es zu einer Vergrößerung der Nebennieren, zur Schrumpfung der Thymusdrüse und der Lymphknoten (d.h. Schwächung des Immunsystems und der Infektabwehr und damit erhöhte Krankheitsanfälligkeit) und zu gastrointestinaler Ulceration (d.h. zur Ausbildung von Magengeschwüren).“<sup>319</sup> Symptome im Übergangsbereich körperlicher und psychischer Streßfolgen, die sich insbesondere bei langdauernder Einwirkung von Stressoren zeigen, sind „verringerte Widerstandskraft, erhöhte Reizbarkeit, Nervosität, Schlaflosigkeit, Erschöpfung, Nervenzusammenbrüche, psychosomatische Störungen, Neurosebereitschaft usw.“<sup>320</sup> Ebenfalls kann es beim Betroffenen zu Wahrnehmungsbeeinflussungen, zu Denkbeeinflussungen und zu Entscheidungsbeeinflussungen kommen.<sup>321</sup>

Das Zentrum Innere Führung nennt Reaktionsmöglichkeiten von Soldaten, die hohen Belastungen im Einsatz ausgesetzt sind, es könne ein „Wechselbad der Gefühle“ hervorgerufen werden:

<sup>317</sup> Vgl. Stouffer 1949, zitiert nach: Dieterich, Weise 1995: 326.

<sup>318</sup> Dieterich, Weise 1995: 325.

<sup>319</sup> Dies.: 325 f. Das Zentrum Innere Führung kommt in einer entsprechenden Veröffentlichung zu einer ähnlichen Auflistung, vgl. Zentrum Innere Führung 1990: 46 ff.

<sup>320</sup> Dieterich, Weise 1995: 326.

<sup>321</sup> Vgl. dies.: 328 ff.

- „- Kalte Wut, Haß, Vernichtungswünsche,
- Resignation, Ohnmachtsgefühle, Alpträume, 'Nichts-wie-raus'-Wünsche,
- Angst um das eigene Leben, Wünsche nach dem Überleben um jeden Preis,
- Selbstvorwürfe, Vorwürfe an die Vorgesetzten, Befehlshaber, Politiker.“<sup>322</sup>

Schließlich bestehe die Gefahr des Abgleitens in Verhaltensmuster wie:

- „- Verstöße gegen Gesetz, Moral und Berufsethos,
- Verstöße gegen das Völkerrecht und Menschenrechte,
- Entwicklung von Haß, Verzweiflung, Wut, Drang zum Dreinschlagen,
- Ohnmacht, Apathie, Panik,
- abnormes Verhalten, Grausamkeiten, Raserei.“<sup>323</sup>

Ein Langzeitphänomen, das unter Belastungen, wie sie in einem militärischen Einsatz auftreten können, vorkommen kann, ist das *Posttraumatische Streßsyndrom (Post Traumatic Stress Disorder, PTSD)*. Diese in das DSM III<sup>324</sup> aufgenommene Krankheit ist im nachhinein nur schwer therapierbar, vor allem, wenn sie nicht gleich erkannt und behandelt wird und sich dann chronifiziert.<sup>325</sup> Mit PTSD werden seelische und daraus entstehende körperliche Spätschäden nach traumatischen Erlebnissen bezeichnet. Man schätzt, daß ca. 30 Prozent der in Kriegen und Einsätzen ausfallenden Soldaten psychisch verwundet werden. Etwa 10 Prozent davon erkranken an PTSD. Im Golfkrieg allerdings sollen sogar 28 Prozent aller Soldaten mehr oder weniger stark an PTSD gelitten haben.<sup>326</sup> Gemäß dem MSD-Manual<sup>327</sup> ist eine Grundbedingung für eine Erkrankung die Exposition gegenüber einem überwältigenden externen Streßerlebnis. Dabei spielten u.a. eine Rolle: Das plötzliche und völlig unerwartete Eintreten des Ereignisses (wie Großfeuer, Explosionen, Flugzeugabstürze oder Naturkatastrophen), grausame Unmenschlichkeit z.B. bei bewaffnetem Kampf oder

<sup>322</sup> Zentrum Innere Führung 1997b: 23.

<sup>323</sup> Vgl. dass.: ebd. Als Schauplatz eines Kriegsverbrechens im Bluttausch ist das vietnamesische Dorf My Lai in die Geschichte eingegangen, in dem durch einen US-amerikanischen Infanteriezug die Bewohner (einschließlich Frauen und Kindern) brutal getötet worden sind. Ditzer schreibt hierzu: „Eine Analyse z.B. der Vorgänge und Prozesse von My Lai (im Vietnam-Krieg) kann solche Eskalationen und die 'überfahrenen (moralischen) Haltepunkte' aufzeigen. So berichten z.B. ehemalige Vietnam-Soldaten von ihrer eigenen Eskalation bis hin zum Bluttausch an Zivilisten, obwohl es zu ihrer ethischen Grundausstattung und -haltung gehörte, sich nicht an Zivilisten zu vergreifen. (...) Daß so etwas aber (...) vorkommt und zwar ohne (...) daß die Betroffenen zuvor eine typische Sozialisation zum Verbrecher (Verbrecherkarrieren) durchlaufen hätten oder in ihrer (militärischen) Ausbildung 'abgerichtet' worden wären, macht die Dringlichkeit einer ethischen Orientierung und Stabilisierung deutlich“, Ditzer 1994a: 47.

<sup>324</sup> Das DSM III ist ein Verzeichnis psychischer Krankheiten (*Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders* in der dritten Revision) der *American Psychiatric Association* (APA), vgl. Ditzer 1996a: 662.

<sup>325</sup> Vgl. Ditzer 1996a: 643.

<sup>326</sup> Vgl. Zentrum Innere Führung 1997b: 53 f.

terroristischen Überfällen, der langandauernde Streß unmenschlicher Behandlung (wie in Kriegsgefangenen- oder Konzentrationslagern), die psychischen und konstitutionellen Stärken bzw. Schwächen des Opfers, gleichzeitige Körperverletzungen (besonders des Schädels) und Art und Verfügbarkeit sozialer Unterstützung.<sup>328</sup> Von PTSD können somit auch Menschen außerhalb militärischer Einsätze betroffen sein. Die Symptome sind in beiden Fällen (Verursachung durch militärischen Einsatz oder durch ein anderes Trauma) ähnlich. Neben Alpträumen, Schlafstörungen und einem ständigen Wiedererleben der Situation kann es auch zu folgenden Erscheinungsformen kommen: 1. Beziehungsprobleme (Vereinsamung und Rückzug, gestörte Intimbeziehungen, anhaltendes Mißtrauen) 2. Bewußtseinsveränderungen (ständige/überhöhte Alarmbereitschaft, Gedächtnisstörungen, Zwangsgrübeln) 3. Gestörte Selbstwahrnehmung (Ohnmachtsgefühle, Lähmung jeglicher Initiative, Scham- und Schuldgefühle) 4. Störungen der Gefühlsregulierung (aufbrausende oder extrem unterdrückte Wut, zwanghafte oder extrem gehemmte Sexualität, Impotenz, chronische Selbstmordgedanken) 5. Veränderung des Wertesystems (Verlust fester Glaubensinhalte, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung).<sup>329</sup>

Die dargestellten Reaktionen betreffen – wie bereits angedeutet – nur eine Minderheit der an einem Einsatz teilnehmenden Soldaten. Sie erfordern vielfältige Maßnahmen (sog. *Critical Incident Stress Management, CISM*), die je nach Ausprägung der individuellen Belastung von allgemeinen Bewältigungshilfen wie Gesprächen, Erholung oder Entspannungstraining über die Psychische Selbst- und Kameradenhilfe<sup>330</sup>, das vom militärischen Vorgesetzten durchgeführte Sofortgespräch (*Defusing*), die Einsatznachbesprechung und das von einem Psychologen durchgeführte *Critical Incident Stress Debriefing (CISD)* bis zur ärztlichen Therapie reichen können.<sup>331</sup> Die vielfältigen Möglichkeiten der Bewältigung eines *Critical Incident (CI)* sind jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit.

---

<sup>327</sup> Das MSD-Manual (Merck Sharp and Dohme Research Laboratories) ist ein „Manual der Diagnostik und Therapie“, das von der Firma Merck herausgegeben wird und zum weitest verbreiteten medizinischen Buch der Welt geworden ist, vgl. Ditzer 1996a: 663.

<sup>328</sup> Vgl. MSD-Manual, zitiert nach: Ditzer 1996a: 645.

<sup>329</sup> Vgl. Zentrum Innere Führung 1997b: 68.

<sup>330</sup> Näheres zu diesem Konzept findet man bei Zentrum Innere Führung 1998c.

<sup>331</sup> Ausführlicher zu allen Formen des hier angesprochenen *CISM*: Vgl. Zentrum Innere Führung 1997a: 21 ff.



#### 1.5.2.4. Grenzen gesucht: Beispiele ethisch relevanter

##### Entscheidungssituationen im Einsatz

Nachdem in den vergangenen Unterkapiteln bereits einige Entscheidungssituationen implizit angesprochen wurden, sollen nun typische Entscheidungssituationen im Einsatz explizit dargestellt werden. In der Literatur findet sich ein breites Spektrum von Beschreibungen von Situationen, in denen der verantwortliche militärische Führer zwischen verschiedenen Gütern abwägen muß, oft stellt sich die Wahl nur als das Auswählen des kleinsten Übels dar. Erschwert wird diese Entscheidung oft durch den Umstand, daß sie unter großem Zeitdruck getroffen werden muß. „Der Führer ist in diesen Augenblicken trotz modernster Verbindungsmittel meistens allein; weder Vorgesetzte, noch Befehle, noch Erfahrungswerte aus der Friedensausbildung stehen ihm zu Rate; sein Entscheid – meist über Leben und Tod – basiert auf seinen eigenen sittlichen Überzeugungen und Wertvorstellungen.“<sup>332</sup> In solchen Augenblicken ist das Gewissen angefragt. Für den deutschen Soldaten gilt auch in einer Zwangslage die im Grundgesetz garantierte Freiheit des Gewissens (Art. 4 (1) GG).<sup>333</sup> Ohne an dieser Stelle dezidiert auf Aspekte oder die Notwendigkeit der Gewissensbildung einzugehen – dies geschieht im zweiten Kapitel dieser Arbeit – soll hier lediglich herausgestellt werden, daß in einer konkreten Situation das Gewissen höhere Verbindlichkeit beanspruchen kann als ein Befehl, was auch die Bereitschaft einschließt, die eigene Gewissensentscheidung zu verantworten, d.h. sich im äußersten Fall dem Urteil eines Gerichts zu stellen.<sup>334</sup> Viele Entscheidungen im militärischen Alltag sind durch Gesetze und Dienstvorschriften geregelt.<sup>335</sup> Andere Fälle sind nicht dezidiert geregelt und erfordern daher eine Prüfung „im Sinne der Gesetze und Vorschriften“, was u.U. einen großen Entscheidungsspielraum einschließt und somit Unsicherheit hervorrufen kann.

Ethisch relevante Entscheidungssituationen treten auf allen Ebenen soldatischen Handelns auf, im Friedensdienst wie im Einsatz. Dyer nennt zunächst einige unspektakuläre Beispiele unethischen Verhaltens: Das „Schönen“ von Berichten über die körperliche Fitneß von Soldaten. Da diese Berichte eine Grundlage für Beurteilungen und Beförderungen seien, sei das Beförderungsgremium gezwungen, die wahre Leistungsfähigkeit aus solchen Berichten „herauszulesen“. Ein weiteres Beispiel sei die Meldung der Einsatzfähigkeit von Gerät. Ein

<sup>332</sup> Zwygart 1992: 33.

<sup>333</sup> Vgl. Zentrum Innere Führung 1996: 6.

<sup>334</sup> Vgl. dass.: ebd.

<sup>335</sup> Ein Vorgesetzter in der Bundeswehr lernt beispielsweise ausführlich, einen rechtmäßigen von einem rechtswidrigen Befehl zu unterscheiden. Der Untergebene lernt, zu prüfen, ob ein Befehl für ihn verbindlich ist,

Kommandeur eines fliegenden Geschwaders habe sein Wartungspersonal ermutigt, „geschönte“ Meldungen über den Klarstand zu machen, um das Geschwader gut aussehen zu lassen. Die Folge sei gewesen, daß das Geschwader dringend benötigte Unterstützung nicht bekam. Ein anderes Beispiel seien Piloten, die ihre tatsächlichen Flugstunden nicht ordnungsgemäß registrierten. Dyer warnt davor, daß die Tolerierung dieser Sachverhalte Fehlverhalten mit größeren Auswirkungen hervorrufen werde.<sup>336</sup> In einem Einsatz können sich Entscheidungen eines militärischen Führers fundamental von den eben genannten unterscheiden, da sie weitreichende Folgen (Leben oder Tod vieler Menschen) nach sich ziehen können. Angefangen mit der Entscheidung zum Waffeneinsatz überhaupt<sup>337</sup>, geht es dann um Einzelheiten der Durchführung des Waffeneinsatzes. Auch bei Einhaltung aller Vorgaben durch das humanitäre Völkerrecht, bleibt ein Entscheidungsspielraum. Bei den Luftwaffeneinsätzen im Kosovo wurde dies beispielsweise an der Frage nach der Flughöhe während der Einsätze deutlich. Das Dilemma bestand darin, abzuwägen, wer das größere Risiko zu tragen habe. Fliegen die Piloten in großer Höhe, sind sie sicherer vor der feindlichen Flugabwehr, können aber ihre Waffen weniger gezielt zum Einsatz bringen, d.h. das Risiko für die Verwundung oder den Tod unbeteiligter Zivilisten am Boden steigt. Die Einhaltung der Regeln des humanitären Völkerrechtes ist nicht nur moralisch begründet, sondern für den deutschen Soldaten gesetzliche Pflicht.<sup>338</sup> Begines diskutiert Argumente, die auch aus taktischen Gründen für die Einhaltung der Regeln des Völkerrechtes sprechen.<sup>339</sup> Trotz aller Argumente, setzt dies aber zunächst die Entscheidung des Vorgesetzten voraus, die

---

d.h. ob der Befehl ausgeführt werden muß, nicht ausgeführt zu werden braucht oder nicht ausgeführt werden darf (im Falle einer Straftat), vgl. §§ 10, 11 SG.

<sup>336</sup> Vgl. Dyer 1994: 13.

<sup>337</sup> De Maizière nennt das Beispiel einer schweren Entscheidung aus dem Zweiten Weltkrieg: „Es war in Rußland 1944. Ich war der Ia der 10. PzGrenDiv (heute etwa dem Chef des Stabes vergleichbar). Mein Divisionskommandeur war ein hochdekoriertes Troupier, ein kräftiger, lebensnaher Franke. Er war in der gleichen Division schon vor dem Kriege Regimentskommandeur gewesen, dann Regimentskommandeur in Polen und Frankreich und schließlich seit zwei Jahren Divisionskommandeur in Rußland. Da er aus der Division hervorgegangen war, besaß er große Personalkenntnisse.

Die Division befand sich im Rückzug hinter dem Dnjepr, der von der Division unter starkem Druck nachfolgender sowjetischer Verbände über eine Kriegsbrücke zu überwinden war. Der zunächst noch verhältnismäßig große Brückenkopf mußte und konnte im Zuge der Operation verkleinert werden. Beim Lagevortrag schlug ich dem Kommandeur vor, das verstärkte Kradschützenbataillon mit der Bildung des verkleinerten Brückenkopfes zu beauftragen mit dem strikten Befehl, die Stellung so lange zu halten, (...) bis die Masse der Division den Strom überschritten hatte. Es war jedem klar, daß dies ein schwerer und verlustreicher Auftrag war.

Mein General saß lange schweigend am Tisch, den Kopf in die Hände gestützt. Plötzlich schlug er mit der Faust auf den Tisch und sagte: 'Verdammt noch mal, Sie haben ja recht, ich muß das tun. Aber Sie haben es gut, Sie brauchen mir das nur vorzuschlagen. Ich aber muß es befehlen. Und ich muß dann die Briefe an die Hinterbliebenen schreiben. Und ich kenne diese Frauen doch alle', Maizière 1985a: 48. Als aktuelles Beispiele für die Schwere einer Entscheidung zum Waffeneinsatz mag wiederum der Einsatz der deutschen Luftwaffe im Kosovokrieg dienen, s. Fußnote 309 dieses Kapitels.

<sup>338</sup> Nach Art. 25 GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechtes und gehen den Gesetzen vor.

<sup>339</sup> Vgl. Begines 1992.

Bestimmungen des Völkerrechts einzuhalten. Geht der „Führer vor Ort“ leichtfertig mit diesen Bestimmungen um, d.h. achtet er nicht auf ihre Einhaltung oder bricht er sie sogar vorsätzlich, hat dies in der Regel katastrophale Folgen.<sup>340</sup>

Aber auch der Soldat, der auf der Seite des Rechts steht, der rechtmäßig und „nach bestem Wissen und Gewissen“ handeln will, kann in schwere Gewissensnot geraten. Auch wenn alle Handlungsalternativen legal sind, kann durch seine Entscheidung Leid verursacht werden. Oft gibt es keine „richtige“ und „falsche“ Lösung, er muß eine Güterabwägung vornehmen und sein Verhalten von ihr leiten lassen. Das Zentrum Innere Führung hat eine Fallsammlung erstellt<sup>341</sup>, die diesen Sachverhalt widerspiegelt. Alle dargestellten Fälle haben sich in verschiedenen Einsätzen der Bundeswehr bzw. der UNO während der letzten Jahre tatsächlich zugetragen. Ausgewählte Fälle sollen hier wiedergegeben werden<sup>342</sup>, einschließlich des tatsächlichen Verhaltens der betroffenen Personen. Eine Bewertung des Verhaltens wird nicht vorgenommen, an dieser Stelle sollen lediglich die Entscheidungssituationen selbst vorgestellt werden.

Fall 1: Töten im Rahmen des Wachauftrages – Persönliche und strafrechtliche Verantwortung

Die zur Bewachung des Lagers Beled Weyne (Somalia) eingesetzten Sicherungssoldaten haben den Auftrag, Eindringversuche in das Lager in Übereinstimmung mit den „rules of engagement“ notfalls unter Anwendung von Waffengewalt abzuwehren. In der Nacht versuchen zwei Somalier, nahe dem Betriebsstoffdepot in das Lager einzudringen. Nach Abgabe von Warnschüssen zieht sich ein Somalier zurück. Der zweite Somalier setzt seinen Eindringversuch fort.

Handeln des Wachsoldaten: Weitere Schüsse werden abgegeben, dabei wird der Somalier tödlich getroffen. In der Folge gibt es keine weiteren Eindringversuche in das Lager.

Fall 2: Befehlslage contra Mitleid

Die in Beled Weyne eingesetzten Soldaten werden ständig mit Not und Elend konfrontiert, am Rande von Konvois, in Ortschaften. Überall begegnen ihnen bettelnde Menschen, vor allem Frauen und Kinder. Es entsteht das dringende Bedürfnis, Lebensmittel abzugeben. Allerdings besteht strikter Befehl auf Unterlassung.

---

<sup>340</sup> In der Kriegsgeschichte gibt es etliche Beispiele dieser in jedem Krieg vorkommenden Rechtsbrüche. Einen detaillierten Überblick über die bekannt gewordenen Kriegsverbrechen der jüngeren und jüngsten Vergangenheit findet man bei Gutmann, Rieff 1999.

<sup>341</sup> Vgl. Zentrum Innere Führung 1996.

Entscheidung der betroffenen Soldaten: Aus eigener Einsicht und aufgrund gegenseitiger Hinweise setzt sich durch, in Anwesenheit von Einheimischen nicht zu essen und zu trinken.

Fall 3: Kann Nothilfe untersagt werden? – Auftrag und Nothilfe<sup>343</sup>

Auf dem Flugplatz in Sarajewo eingesetzte Luftwaffensoldaten werden auf dem Transfer mit einem Transportpanzer zur Unterkunft Zeugen, wie ein nicht erkennbarer Heckenschütze eine unbewaffnete Zivilistin niederschießt.

Handeln der Luftwaffensoldaten: Die Soldaten versuchen der Frau zu helfen, indem sie mit dem Transportpanzer direkt zu ihr fahren und so zu der vermuteten Schußrichtung Deckung bieten. Die Frau wird geborgen und einer ärztlichen Versorgung zugeführt.

Fall 4: Risikoabwägung – ärztliche Pflicht gegen persönliche Gefährdung

Abseits des Lagers Beled Weyne ist ein mit 25 Somaliern besetzter Pick-Up auf eine Mine gefahren. Der Rettungshubschrauber wird alarmiert und eingesetzt. An der Unglücksstelle bietet sich aus der Luft folgendes Bild: ein Fahrzeugwrack und in einem Radius von ca. 50 m verletzte Personen. Der Hubschrauber landet. Die zur Hilfe gerufenen Soldaten haben damit zu rechnen, daß im Bereich weitere Minen verborgen sind.

Entscheidung des Rettungsarztes: Der Rettungsarzt entscheidet, sich allein in dem unüberprüften Gelände zu bewegen und die übrigen Soldaten bei dem Hubschrauber warten zu lassen.

Fall 5: Risikoabwägung – Pflicht contra Gefährdung

Die Besatzung eines im Irak eingesetzten Hubschraubers erhält den Auftrag, zwei schwerverletzte dänische UN-Soldaten aus Mossul auszufliegen. Kurz nach der Landung ist die Maschine von einer aggressiven Menschenmenge umringt. Es gelingt, den ersten Verletzten an Bord der Maschine zu nehmen. Die Zuführung des zweiten UN-Soldaten verzögert sich. Zwischenzeitlich eskaliert die Stimmung der Menge, der Hubschrauber wird mit Steinen beworfen und immer stärker beschädigt.

---

<sup>342</sup> Vgl. dass: 15 ff.

<sup>343</sup> Dieser Fall berührt die Thematik des *Stillhaltebefehls*, vgl. S. 83 dieser Arbeit.

Entscheidung des Luftfahrzeugführers: Er entscheidet sich zu warten. Nach Aufnahme des zweiten Verletzten wird der Flug mit einer nicht unerheblich beschädigten Maschine angetreten.

#### Fall 6: Risikoabwägung – Auftrag und Befehlslage contra Kameradenhilfe<sup>344</sup>

Zehn zum Schutz der ruandischen Premierministerin eingesetzte belgische Blauhelm-Soldaten werden von einer Überzahl ruandischer Soldaten eingeschlossen. Den Belgiern wird zunächst angeboten, ihre Waffen niederzulegen und dafür freies Geleit zu erhalten. Über Funk erhält der Führer der Belgier, ein Leutnant, von seinen Vorgesetzten „freie Hand“, d.h. er ist damit befugt, lageabhängig zu handeln. Bald darauf meldet er, daß sich die Ruander immer feindseliger verhalten. Dieser Funkspruch wird durch einen in der Nähe befindlichen leichten gepanzerten Spähtrupp der Belgier mitgehört. Der Spähtruppführer ersucht um einen Befehl zum Eingreifen, was durch den zuständigen UN-Kommandeur abgelehnt wird.

Handeln der belgischen Soldaten: Der Leutnant entscheidet, die Waffen niederzulegen. Die Premierministerin Ruandas hat inzwischen versucht zu entkommen, sie wird ermordet. Der belgische Spähtruppführer handelt im Sinne der Befehlslage. Die belgischen Soldaten werden anschließend verschleppt, grausam gefoltert und ermordet.

#### Fall 7: Risikoabwägung – Auftrag gegen Gefährdung

Eine Luftwaffenmaschine hat Versorgungsgüter nach Sanaa, der Hauptstadt des Nordjemen, geflogen. Die Besatzung legt anschließend einen Ruhetag in Aden ein. Die Lage scheint ruhig. Doch am Morgen des nächsten Tages, für den der Rückflug geplant ist, setzen in der Stadt heftige Kämpfe ein. Auf Empfehlung der deutschen Botschaft verbleibt die Besatzung zunächst in ihrem Hotel. Zwei Tage später erhält sie Weisung, sofort eine Anzahl deutscher Zivilpersonen zu evakuieren. Das Flugzeug ist nicht für den Personentransport ausgerüstet und hätte nach einer Berechnung der Besatzung maximal 59 Personen behelfsmäßig transportieren können. Darüber hinaus war die Maschine durch mehrere Einschüsse beschädigt worden. Dennoch wurde eine Flugdurchführung für möglich erachtet.

Zum Abflugzeitpunkt erscheinen mehrere hundert Deutsche, Franzosen und Schweizer, vorwiegend Frauen mit Kindern und bitten um Evakuierung. Die Besatzung hat zwischenzeitlich auch in Erfahrung gebracht, daß seit Ausbruch der Kämpfe sämtliche

Flugzeuge im Luftraum von Sanaa beschossen wurden. Aufgrund unzureichender Fernmeldemittel kann mit der deutschen Einsatzleitung keine Verbindung aufgenommen werden.

Entscheidung des Luftfahrzeugführers: Nach gründlicher Überprüfung der Maschine entscheidet der Flugzeugführer, die Evakuierung von 50 Frauen und Kindern durchzuführen. Der Laderaum wird mit Ketten und Gurten verspannt, die Passagiere lassen sich auf dem Boden nieder. Das Flugzeug erreicht ohne Zwischenfälle Djibouti.

Die bisher geschilderten Fälle mögen als eine Auswahl genügen, um einen Eindruck gegenwärtiger und zukünftiger Entscheidungsherausforderungen an Soldaten im Einsatz zu erhalten.<sup>345</sup> Ein Kennzeichen ist, daß von derartigen Entscheidungen im Einsatz oftmals die Führer der unteren Ebenen betroffen sind. Dies sind naturgemäß eher die jüngeren und daher noch unerfahreneren Offiziere. Daher soll dieser Personenkreis im Fortgang der Arbeit im Mittelpunkt des Beobachtungsinteresses stehen.

## 1.6. Steigende Komplexität

Sieht man die im ersten Kapitel dieser Arbeit getroffenen Aussagen im Gesamtüberblick, so wird deutlich, daß auf allen militärischen Entscheidungsebenen, angefangen von der politischen und der obersten militärischen Führung bis hin zum einzelnen Soldaten, die Komplexität des Berufsfeldes „Soldat“ in Deutschland seit 1989 entscheidend zugenommen hat. Kennzeichnend für diese Situation ist das bereits erwähnte Paradoxon: Im „Kalten Krieg“ war Deutschland von hochgerüsteten und zum Einsatz bereiten Alliierten sowie Gegnern umgeben, das persönliche Risiko des einzelnen Soldaten der Bundeswehr, in einem Einsatz verwundet oder getötet zu werden oder selbst Waffen einzusetzen, ging jedoch aufgrund des relativen Gleichgewichts beider Blöcke gegen Null. Im Nachgang der Vereinigung der beiden deutschen Staaten ist Deutschland heute nur noch von Verbündeten umgeben, Deutschlands geostrategische Lage hat sich dramatisch verbessert. Das persönliche Risiko, in einen Einsatz zu gehen und sich mit den vielen diesbezüglichen Belastungsfaktoren auseinandersetzen zu

---

<sup>344</sup> Dieser Fall ist ein prominent gewordenes Beispiel für einen *Stillhaltebefehl*, der u.a. einen Brief des Generalinspektors der Bundeswehr an den Katholischen Militärbischof zur Folge hatte, in dem die Frage diskutiert wurde, wie deutsche Soldaten sich in einer solchen Lage zu verhalten hätten.

<sup>345</sup> Weitere zahlreiche Fallschilderungen auch anderer Streitkräfte u.a. aus dem Zweiten Weltkrieg, dem Vietnamkonflikt, dem Sechs-Tage-Krieg oder dem Falklandkrieg finden sich bei Zwygart 1992.

müssen, ist jedoch immens gestiegen.<sup>346</sup> Wie dargelegt wurde, hatte der Wandel seit 1989 für Deutschland einen sicherheitspolitischen Paradigmenwechsel zur Folge. Politik und Bundeswehr haben in vielfältiger Weise reagiert, um diesem Wandel gerecht zu werden. Auch die deutsche Bevölkerung hat einen Meinungswandel durchlaufen. In der Bundeswehr wurden Struktur, Umfang, Ausrüstung und Ausbildung in manchen Bereichen fundamental verändert. In der Ausbildung werden Themen wie Verwundung und Tod, Leid und Schuld, nicht mehr ausgeklammert, wie noch zu Zeiten des „Kalten Krieges“.

Im Fortgang der Arbeit soll die berufsethische Unterrichtung in den Mittelpunkt des Interesses rücken. Der Verfasser vertritt mit anderen<sup>347</sup> die These, daß eine Beschäftigung mit ethischen Fragestellungen im Rahmen der Ausbildung dazu beiträgt, einem Soldaten, der im Einsatz mit ethischen Fragestellungen konfrontiert wird, Verhaltenssicherheit zu geben. Ist er mit möglichen Grenzfällen rechtzeitig vertraut gemacht worden, wird es ihm im Bedarfsfall leichter fallen, das ihn umgebende Geschehen zu ordnen, zu bewerten und die richtigen Entscheidungen für sein Handeln abzuleiten. „Richtig“ bedeutet in diesem Fall, daß sein Handeln im Einklang mit den Werten des Grundgesetzes, der Wehrgesetze, Vorschriften und nicht zuletzt mit seinem eigenen Gewissen steht. Der preußische General und Kriegstheoretiker Carl von Clausewitz hat diesen Gedanken so ausgedrückt: „Es ist unendlich wichtig, daß der Soldat, hoch oder niedrig, auf welcher Stufe er auch stehe, diejenigen Erscheinungen des Krieges, die ihn beim erstenmal in Verwunderung und Verlegenheit setzen, nicht erst im Kriege zum erstenmal sehe; sind sie ihm früher nur ein einziges Mal vorgekommen, so ist er schon halb damit vertraut. Das bezieht sich selbst auf körperliche Anstrengungen. Sie müssen geübt werden, weniger, daß sich die Natur, als daß sich der Verstand daran gewöhne.“<sup>348</sup>

Dörner definiert Komplexität als die „Existenz von vielen, voneinander abhängigen Merkmalen in einem Ausschnitt der Realität (...). Die Komplexität eines Realitätsausschnittes ist also um so höher, je mehr Merkmale vorhanden sind und je mehr diese voneinander abhängig sind. Der Grad an Komplexität ergibt sich also aus dem Ausmaß, in dem verschiedene Aspekte eines Realitätsausschnittes und ihre Verbindungen beachtet werden müssen, um eine Situation in dem jeweiligen Realitätsausschnitt zu erfassen und Handlungen zu planen. Eine hohe Komplexität stellt hohe Anforderungen an die Fähigkeiten eines

---

<sup>346</sup> Zahlreiche Soldaten der Bundeswehr haben in einem Auslandseinsatz bereits ihr Leben verloren oder sind schwer verwundet worden. Allein auf dem Balkan haben seit Beginn des NATO-Einsatzes bis zum Mai 2001 24 Soldaten der Bundeswehr ihr Leben verloren, vgl. Bundeswehr 2001: o.S.

<sup>347</sup> S. z.B. Dyer 1994, Ditzer 1997 und Ertmann 2000.

<sup>348</sup> Clausewitz o.J., zitiert nach: Zentrum Innere Führung 1997b: 42.

Akteurs, Informationen zu sammeln, zu integrieren und Handlungen zu planen.“<sup>349</sup> Weiterhin führt Dörner aus, um in einer komplexen und dynamischen Situation handeln zu können, sei *Strukturwissen* erforderlich, „das heißt Wissen über die Art und Weise, wie die Variablen des Systems zusammenhängen, wie sie sich beeinflussen.“<sup>350</sup> Nicht nur im Gefecht, aber insbesondere dort, steht ein Soldat in einer komplexen und dynamischen Situation. Um sie zu bewältigen, braucht er Strukturwissen. Dieses muß ihm in der Ausbildung vermittelt werden. Es kann auch beschrieben werden als ein „durch eigenes Nachdenken ermitteltes theoretisches Wissen“<sup>351</sup>, als *kritisches Reflexionswissen*. Diesbezüglich weist Clausewitz darauf hin „(...) daß hier, wie in allen praktischen Dingen, die Theorie mehr da ist, den praktischen Mann zu bilden, sein Urteil zu erziehen, als ihm in der Ausbildung seines Geschäfts unmittelbar beizustehen.“<sup>352</sup>

Die Ausbildung zum Offizier umfaßt sehr viele Facetten, da auch komplexe Anforderungen in einer Vielzahl von Szenarien denkbar sind. Menschenführung an sich ist ein komplexer Vorgang, technische Systeme sind in der Regel hochkomplex, strategische und taktische Lagen sind von Komplexität gekennzeichnet. All diesem wird in der militärischen Ausbildung Rechnung getragen, ist jedoch nicht Gegenstand dieser Arbeit. Sie beschränkt ihre Beobachtung auf die Komplexität ethisch relevanter Entscheidungssituationen und dem Beitrag einer entsprechenden Ausbildung mit dem Ziel der Komplexitätsreduktion, d.h. zur Vermittlung von Verhaltenssicherheit für das handelnde Individuum. Im dritten Kapitel wird daraufhin die Ausbildungsgestaltung zweier militärischer Ausbildungsstätten vergleichend betrachtet.

Wie dargestellt wurde, können die Belastungen, die auf einen Soldaten im Einsatz einwirken, sehr vielfältig und intensiv sein. Ethische Bildung darf nicht als „Allheilmittel“ mißverstanden werden. Neben der fachlichen Ausbildung, der Politischen Bildung und auch psychologischen und anderen Verfahren, ist sie ein Element, um der Situation schon im Vorfeld bestmöglich gerecht zu werden. So kommt Ditzer zu der Aussage: „Es kommt (...) alles darauf an, daß der Soldat eine sittlich gefestigte Persönlichkeit ist und über die Fähigkeit

---

<sup>349</sup> Dörner 1989: 60.

<sup>350</sup> Ders.: 64.

<sup>351</sup> Hartmann 1998: 148; auch Bucher weist darauf hin, daß in einer ethischen Krise bewährte „Rezepte“ oft nicht genügen: Die ethische Krise wird greifbar, wenn tradierte Maximen aufgrund fundamental veränderter Alltagssituation an der ethischen Selbstbestimmung des Handelnden scheitern, beziehungsweise wenn aufgrund neuer Handlungsbereiche keine Handlungsmaximen erwogen, ausgewählt und erprobt vorliegen. Die personal-interpersonale Aufforderung zur Selbstbestimmung kann dann nicht auf bewährte Handlungsregeln und Regelhandlungen verweisen und setzt den zum Handeln Herausgeforderten der Aufgabe aus, die Regeln seiner ethischen Selbstbestimmung zu suchen“, Bucher 1988: 5.

<sup>352</sup> Clausewitz o.J., zitiert nach: Hartmann 1998: 148.



verfügt, sich sittliche Urteile bilden und im Handeln umsetzen zu können.“<sup>353</sup> Ertmann führt aus: „In solchen Situationen wird der Soldat nur dann bestehen, wenn er neben dem konkreten Handlungsmuster von Befehl und Gehorsam auch über ein ethisches Fundament verfügt, wie es soldatische Tugenden beschreiben.“<sup>354</sup> Das Zentrum Innere Führung der Bundeswehr kommt zu ähnlichen Aussagen: „Werte und Tugenden können helfen, Extremsituationen besser zu bewältigen. (...) Je fester der einzelne Soldat, besonders der Führer, in Wertvorstellungen eingebunden ist, desto besser kann er in extremen Situationen standhalten. (...) Tugenden geben Halt und Stütze und helfen, mit geringeren Verwundungen an Geist, Körper und Seele Aufträge auszuführen und Extremsituationen zu bestehen.“<sup>355</sup> Schließlich wird gefordert: „Alle Soldaten müssen sich mit Grundfragen der Ethik soldatischen Handelns intensiv auseinandersetzen.“<sup>356</sup> Hieran wird deutlich, daß die Bundeswehr diese Thematik aufgenommen hat. Inwieweit sie in der Ausbildung tatsächlich umgesetzt wird, wird im dritten Kapitel am Beispiel der Marineschule Mürwik deutlich werden.

Der Bedarf an solcher Ausbildung zur Schaffung von *kritischem Reflexionswissen* sollte deutlich geworden sein. „Als Vorgesetzter kann man sich nicht darauf verlassen, daß Soldaten sich von sich aus privat mit diesen oder ähnlichen Problembereichen beschäftigen.“<sup>357</sup> Dyer hebt die Notwendigkeit einer regelmäßigen Beschäftigung mit ethischen Inhalten bildhaft hervor: „Üben [im Original: „Training“, d. Verf.] ist in allen Bereichen militärischer Spezifizierung entscheidend, um ein gewisses Maß an Effizienz zu erlangen und zu halten. Kein Pilot würde es erwägen, ein Flugzeug zu führen, das er nicht zu fliegen geübt hat. In ähnlicher Weise kann von Soldaten nicht erwartet werden, eine hohe Stufe ethischen Verhaltens zu erlangen und zu halten ohne angemessenes Üben.“<sup>358</sup>

---

<sup>353</sup> Ditzer 1996a: 624; anhand des Phänomens My Lai macht Ditzer die Notwendigkeit der Beschäftigung mit der Thematik von Kriegsverbrechen und Blutausch deutlich, und führt aus, daß „gerade die Nicht-Auseinandersetzung mit solch einer Thematik, ihren psychologischen Mechanismen und ethischen Implikationen, Phänomene, für die My Lai ja nur paradigmatisch steht, erst möglich [macht].“, ders.: ebd.

<sup>354</sup> Ertmann 2000: 176.

<sup>355</sup> Zentrum Innere Führung 1997b: 22 ff.

<sup>356</sup> Dass.: 24.

<sup>357</sup> Ditzer 1996a: 624; an anderer Stelle vertieft Ditzer diesen Gedanken: „Wir können bei dem sozio-kulturellen Werdegang unserer Soldaten in unserer Gesellschaft nicht davon ausgehen, daß sie den psychischen Belastungen so ohne weiteres standhalten – wie es sich ja auch bei den UN-Soldaten anderer Armeen gezeigt hat. Ich kann nicht unter der Fahne: 'Unsere deutschen Soldaten tun so etwas nicht!', unter einem hohen ethischen Pathos eine Leistung von ihnen fordern und erwarten, die sie aufgrund ihrer bis dahin erworbenen psychisch-ethischen Reife gar nicht erbringen können. (...) Wenn Normalbürger ohne besondere Belastungen (...) schon in unserer Gesellschaft angesichts der vorhandenen Tendenz zur weiteren (...) Individualisierung und Pluralisierung Probleme haben, eine stabile Identität und Selbstorganisation aufzubauen und oft nur mühsam ein instabiles Gleichgewicht zustande bringen, dann kann man von unseren Soldaten, insbesondere nicht den jungen, nicht ohne besondere Vorbereitung eine solche Krisenbewältigungskompetenz, wie sie UN-Einsätze fordern, einfachhin erwarten.“, Ditzer 1997: 36.

<sup>358</sup> Dyer 1994: 14 f.

Wie dargestellt wurde, ist die diesbezügliche Ausbildung der Offizieranwärter und Offiziere von besonderer Bedeutung, da sie das Verhalten der ihnen unterstellten Soldaten beeinflussen und somit als Multiplikatoren wirken. So kommt Beck zu der Aussage: „Vor allem der Offizier ist für die Vermittlung der geistigen und sittlichen Grundlagen des Soldatenberufs verantwortlich. Er ist es, der in erster Linie auf die Grundhaltung seiner Soldaten einzuwirken hat.“<sup>359</sup> Auch Ditzer hebt diesen Gedanken hervor: „Der Vorgesetzte kann seinem Soldaten die ‚Gewissensbildung‘ nicht abnehmen, aber er kann und soll seinen Beitrag leisten, daß sie stattfinden kann.“<sup>360</sup>

Das folgende Kapitel widmet sich dem Themenkomplex der Wertevermittlung und will der Frage nachspüren, wie eine solche im militärischen Milieu umgesetzt werden kann.

---

<sup>359</sup> Beck 1999a: 4.

<sup>360</sup> Ditzer 1991: 140.